Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. Mai 1977
Jg. 5, Nr. 22

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Kohl auf Schmidts Spuren

Helmut Kohl, Kanzlerkandidat der CDU, ist eigens nach Rom gereist, um die italienischen Christdemokraten zu warnen, die Revisionisten in die Regierung zu nehmen. Das würde „das Ende der Zusammenarbeit ... bedeuten". Er „respektiere" es, wenn mit Hilfe der Revisionisten „die jetzt notwendigen Gesetze ... die ja zum Teil vom Internationalen Währungsfonds und von anderen internationalen Stellen von der italienischen Regierung zur Abwendung der Krise gefordert werden", verabschiedet würden. Aber das sei dann „auch der äußerste Rahmen". Die Revisionisten wollen den italienischen Imperialismus wieder konkurrenzfähig machen. Kohl tritt als Vertreter der Gläubiger des italienischen Staats, der BRD-Imperialisten, auf und verlangt, daß die italienische Regierung schwach bleiben muß wie sie war. Wenig später war Kohl beim spanischen Ministerpräsidenten Suarez, um ihm nahezulegen, im Falle des Gelingens der Wahlfarce eine christdemokratische Fraktion im Parlament zu bilden, „auch unter dem Gesichtspunkt ... der Bindung an Europa, an die EG und die Gemeinschaft der europäischen Parteien". Europäische Gemeinschaft heißt für die Imperialisten der BRD, daß alles auf ihr Kommando hört. Schmidt hatte im Feldwebelton vor einiger Zeit der italienischen Regierung verschiedene „Korrekturen" ihrer Politik befohlen und teilt bei jeder Gelegenheit Lob und Tadel aus. Kohl tritt auf als Oberlehrer und Hauptmann der Reserve, der durch besonders schneidenden Befehlston verdecken will, daß er eine Falsche ist.

Generalstreik in Frankreich

Mehr als 8 Millionen Arbeiter und Angestellte haben sich am Generalstreik der französischen Gewerkschaften am letzten Dienstag beteiligt. Die Reformisten und Revisionisten haben versucht, den ganzen Generalstreik in eine Art riesigen parlamentarischen Hammelsprung für ihr Ziel, von der herrschenden Klasse in die Regierung berufen zu werden, zu verwandeln. Tatsache ist aber, daß ein Großteil der Arbeiter und Angestellten den Streik und die Demonstrationen, an denen Hunderttausende teilnahmen, als eine Kampfansage an die herrschende Klasse verstanden und angepackt hat. Unübersehbar waren die Forderungen nach Erhöhung der Löhne, der 35-Stunden-Woche, Anhebung der Renten, waren Forderungen und Losungen gegen die politische Reaktion und für demokratische Kampfrechte der Arbeiter und der Volksmassen in den Demonstrationen vertreten. Das war es, was die Bourgeoisie so besorgt gemacht hat, nicht nur die reine Zahl der Streikenden. Es war nicht nur die größte, sondern auch eine der kämpferischsten Aktionen der französischen Arbeiterklasse seit dem Generalstreik gegen das gaullistische Regime im Pariser Mai-Aufstand 1968. Tatsache ist allerdings auch, daß die revisionistische Führung des Kampfes die Einheit und Schlagkraft der Aktion hemmte. Eine Reihe von Belegschaften in Industriebetrieben hat teilweise gearbeitet. Für die Regierung ein schwacher Trost. Barre erklärte nur soviel, daß er „weitermache".

Wachsende Unterstützung des Befreiungskampfs des saharauischen Volkes in Mauretanien

In vielen Städten Mauretaniens finden Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg statt. Hafenarbeiter in Nouakchott, der mauretanischen Hauptstadt, weigerten sich unlängst, marokkanische Waffen zu entladen. Am 1. Mai griff die Front POLISARIO, die Befreiungsorganisation des saharauischen Volkes, die Stadt Zouerate in Mauretanien an. Zouerate ist das Zentrum des mauretanischen Erzbergbaus, der direkt von den französischen Imperialisten betrieben wird. Das Militärkommando in der Stadt liegt in den Händen französischer Offiziere. Den Kämpfern der Front POLISARIO gelang es in einem vierstündigen Kampf, Kasernen und entscheidende Bahnhöfe und Elektrizitätswerke zu zerstören. Sie eroberten 10 Land Rover, 3 Granatwerfer, 7 Maschinengewehre, 12 Bazookas und große Mengen von Munition. Die Verluste auf der Seite des Feindes waren: 2 französische Techniker, 65 tote und 70 verletzte mauretanische Soldaten. Ein Sprecher der Front POLISARIO sagte, daß sie den Angriff am 1. Mai unternommen haben, „weil er der Tag der Arbeiter ist und Zouerate ein großes Zentrum der Ausbeutung ist, wo es zahlreiche Arbeiter gibt". Die französische Zeitung „Le Monde" schrieb am 5. Mai: „Der spektakuläre Angriff der F. POLISARIO auf die äußerst gut befestigte Stadt beweist einmal mehr, daß die Saharauis viele Komplizen in diesem Gebiet haben ..."

Die Kapitalisten vernichten die Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitsämter werden reine Bespitzelungsanstalten

Ist es nicht unerträglich für die Arbeiter und für alle Lohnabhängigen, wenn der Präsident der westdeutschen Kapitalistenverbände BDI und BDA, Hanns Martin Schleyer, gleich zweimal in einer Woche gegen „Arbeitsamt-Dirigismus" wettern kann, und es wird ihm von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht die passende Antwort zuteil. Schleyer weiß auch, daß die Schikanen und Schnüffeleien der Arbeitsämter verhaßt sind. Dagegen aber hat er nichts. Er hat andere Absichten. Man muß sich die Tatsachen ansehen, wenn man die Absichten der Kapitalisten aus ihren Worten entnehmen will.

Jüngst hat ein Chemie-Kapitalist in Hanau folgenden Brief an die Beschäftigten des Werkes geschrieben: „Da wir die Besetzung Ihres Arbeitsplatzes überprüfen müssen, bitten wir um Unterschrift auf der beigefügten Bescheinigung, die wir Ihrem behandelnden Arzt und/oder Ihren früher behandelnden Ärzten zur Befragung vorlegen können." Solche Fälle kommen jetzt öfter vor. Seltener werden sie bekannt. Die Presse-Kampagnen der Kapitalisten gehen anders. Wenn es plump wird, heißt es: „Steigender Bodensatz von Faulpelzen." Sonst heißt es: es gebe Lohnabhängige, die besonders gefährdet sind, arbeitslos zu werden. Auch das stellt die Sache auf den Kopf. Der Grund, daß einer arbeitslos wird, ist nicht, daß er abgeschafft oder krank ist. Es gäbe doch keinen einzigen Arbeitslosen weniger, wenn etwa das Durchschnittsalter der Arbeiterschaft jünger wäre. Es ist vielmehr so, daß die Kapitalisten die Massenarbeitslosigkeit, die ein Ergebnis der Herrschaft der Kapitalistenklasse ist, nutzen, um die Arbeitskraft auszusondern, die ihnen weniger Mehrarbeit liefert als andere. Das System der Lohnarbeit, das die Arbeitskraft zur Ware macht, gibt ihnen die Möglichkeit dazu. Der überfüllte Arbeitsmarkt drückt auf die Lohnabhängigen, damit sie sich allerhand gefallen lassen sollen. Bis dahin, daß sie sich ärztlich ihre zukünftige Arbeitsleistung beschauen lassen.

Der „Vorwärts" der SPD hat in einer seiner letzten Nummern geschrieben, der „Begriff Massenarbeitslosigkeit" müsse wieder dorthin gelangen, „wo er für Sozialdemokraten hingehört: ins Fremdwörterlexikon". Die Wahrheit ist, daß die Massenarbeitslosigkeit ein Produkt des monopolistischen Kapitalismus ist. Niemals in der Geschichte gab es ein solches Heer von Arbeitslosen wie jetzt – mit Ausnahme von 1929.

Allein in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften sind mehr Arbeitslose registriert, als Arbeiter beschäftigt sind, um die gesamte westdeutsche Industrieproduktion herzustellen. In Westdeutschland waren in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Durchschnitt 1 152 886 Arbeitslose registriert. Das waren erheblich *mehr* als 1976. Alle Lohnabhängigen in allen Berufen und Wirtschaftszweigen sind davon erfaßt. Fast 40 % von diesen Arbeitslosen sind länger als ein halbes Jahr arbeitslos. Sie sind von den Kapitalisten ausgesondert, bilden eine verarmte Schicht von Arbeitern, dienen als Drohung, moralisches und wirtschaftliches Druckmittel gegen alle Arbeiter und Angestellten. „Problemfälle" nennt Herbert Ehrenberg das. Auch die Geschwindigkeit, mit der die Lohnabhängigen durch die Sortiermaschine gejagt werden, hat zugenommen. 1 214 200 Arbeiter und Angestellte mußten sich in den ersten vier Monaten 1977 arbeitslos melden. Viele sind für die Mehrwertauspressung gegenwärtig „nicht geeignet", diejenigen, die relativ rasch wieder einen Käufer ihrer Arbeitskraft finden, kommen selten auf denselben Lohn, den sie zuvor hatten. Aus der Statistik des Arbeitsamtes geht hervor, daß das durchschnittliche Arbeitslosengeld im ersten Vierteljahr 1977 sogar im Geldbetrag ein Prozent niedriger war wie im Vorjahr. Dies zeigt an, wie die Löhne gedrückt werden.

Die „Mobilitätshilfen", die die Konkurrenz der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt verschärfen sollten, haben ihre Wirkung weitgehend verfehlt, weil sie das Arbeitslosengeld unberührt ließen. Ebenso alle anderen Programme.

Fortsetzung Seite 2



Vor zehn Jahren, am 2. Juni 1967, hat der israelische Kolonialstaat einen neuen Angriff auf die arabische Nation und die arabischen Staaten gestartet. In Absprache mit den US-Imperialisten haben die Zionisten weiteres arabisches Gebiet besetzt, das sie seither nicht mehr herausgeben wollen. Aber die Zeiten der erfolgreichen imperialistischen Kolonialabenteuer sind vorbei. Seit dem israelischen Aggressionskrieg von 1967 hat sich der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO ununterbrochen entwickelt. Im Oktober 1973 haben die arabischen Staaten einen Gegenangriff geführt. Ägyptische Truppen haben den Suezkanal überschritten und die zionistischen Befestigungslinien durchbrochen (unser Bild). Israel mußte Teile der Sinaihalbinsel räumen. Zweifellos planen die Zionisten neue Abenteuer und Eroberungszüge. Die Wahl Begins beweist das. Wie der Junikrieg der Zionisten den Oktoberkrieg hervorgebracht hat, so werden die neuen Abenteuer des Zionismus nur seinen unvermeidlichen Untergang beschleunigen.

„Autoboom" und seine Folgen für die Automobilarbeiter

„Autoboom – mit diesem Schlagwort belegt die Bourgeoisie die Entwicklung in der Automobilindustrie. „Die allgemeinwirtschaftliche Lage unterscheidet sich von der positiven Situation in der Autoindustrie deutlich", erklärte der VW-Vorstandsvorsitzende Schmücker auf der Bilanzpressekonferenz. In der Entwicklung des VW-Konzerns spiegelt sich dieser Boom wider. Rund eine Milliarde DM Profit wurde 1976 gemacht. Die weltweite Produktion des Konzerns lag 1976 11,6 % höher als im Vorjahr, die der VW AG gar um 17 %. Es wurden 15,2 % mehr VWs an Kunden ausgeliefert. Und auch investiert wird wieder fast wie vor Beginn der Krise: 1,1 Milliarden DM 1976. Das entspricht einer Steigerung von 21,3 %. Die Produktion ist erweitert, die Investitionen werden getätigt. Profit ist reichlich gemacht. Alle Bedingungen sind also gegeben, die die Bourgeoisie hier notwendig findet, um von einer gesunden Wirtschaftslage zu sprechen.

Gehts der Wirtschaft gut, gehts allen gut, lautet eine Allerweltsweisheit der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie will diese Allerweltsweisheit ein wenig modeln durch ihre Forderungen nach Investitionshilfen, -lenkung und -kontrollen und der paritätischen Mitbestimmung, aber ihre Weltanschauung hat letztendlich diese Wurzel. Kann die Arbeiterklasse sich mit dem Kapitalismus abfinden, weil schließlich auf jede Krise der kapitalistischen Produktion auch einmal ein „Boom" folgt?

Die Wahrheit ist genau andersherum. Dem Boom der Kapitalisten entspricht die Steigerung der Ausbeutung und damit ein „Boom" in der Verelendung der Arbeiter. 1976 konnte Schmücker den „Rohertrag" pro Beschäftigten um 38 % steigern. „Die erfreuliche Ertragsentwicklung im VW-Konzern ist das Resultat der Anstrengungen, die in vergangenen Jahren unternommen worden sind, um einerseits die notwendige Umstellung des Modellprogramms zu bewerkstelligen und um andererseits die Anpassung an die weltwirtschaftlichen Veränderungen zu vollziehen. Unsere neuen Modelle und das 1975 eingeleitete Rationalisierungs- und Sparprogramm, das sind die Grundlagen für die VW-Erholung." (Schmückers Bilanzpressekonferenz)

Mit der „notwendigen Umstellung des Modellprogramms" trug der VW-Konzern nur der Tatsache Rechnung, daß Autos einerseits notwendiges Konsumtionsmittel der Massen geworden sind, und andererseits, daß die Massen ihre Konsumtion einschränken müssen. Die großen Absatzzahlen erreichte der VW-Konzern daher mit dem Golf, dem Polo und jetzt mit dem neuen Derby. Alles Autos, die relativ billig sind und die geringen Spritverbrauch haben. Die „weltwirtschaftliche Veränderung" ist vor allem, die auf Grund der enger gewordenen Märkte verschärfte Konkurrenz unter den Automobilmonopolen. Auf alle zwei Modelle des VW-Konzerns, die in Europa produziert werden, kommt bereits heute ein japanischer Wagen." (Schmücker auf der Bilanzpressekonferenz) Und das, obwohl der Marktanteil des VW-Konzerns in Europa, insbesondere in der BRD sogar erhöht werden konnte.

Die „Anstrengungen" des Managers des Jahres richteten sich also vor allem auf die Steigerung der Ausbeutung der VW-Arbeiter, mit der die Konkurrenz aus dem Feld geschlagen werden soll. Redet Schmücker von Sparprogramm, ist damit hauptsächlich die Ersparnis von Arbeitslöhnen gemeint. Dies kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Aufwendungen für die Belegschaft 1976 um 1,1 % auf 29,1 % gefallen sind, obwohl die Belegschaft weltweit um 3,6 % und in der BRD gar um 5,6 % zugenommen hat (nach Handelsblatt, 2.5.77). Insofern die Einsparung von Material gemeint ist, so bedeutet das vor allem eine Verschlechterung des Materials, was auch in den allermeisten Fällen auf die Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit hinausläuft. Sind die Bleche für die VW's billiger, so sind sie auch schwächer. Für die Arbeiter im Presswerk heißt das, daß sie zusätzlich die Bleche schmieren müssen, damit sie bei der Verformung nicht reißen. Sind die Gummis zum Fenstereinbau billiger, so sind sie auch härter, auch das braucht mehr Zeit beim Einbau. Redet Schmücker vom Rationalisierungsprogramm, so ist damit die Steigerung der Anzahl der produzierten Autos je Beschäftigten von 9,9 % 1974 auf 12,0 1976 gemeint. An der neuen Derby-Roboterschweißstraße arbeiten noch ganze drei Arbeiter, die den ganzen Tag die gleichen vier Handgriffe machen müssen. Schutzgitter auf, Teil eingelegt, Schutzgitter zu. Teil aus dem Behälter nehmen. Schutzgitter auf usw. Acht Stunden lang. Das ist aber nur die eine Seite des Rationalisierungsprogramms. Die andere Seite, und das ist die Hauptseite, ist die nackte Antreiberei durch Heraufsetzen der Akkordleistungen. Hierbei ist Schmücker seit Amtsantritt weit vorangekommen. Die Arbeiter führen dagegen einen zähen Krieg, der sich immer mehr zuspitzt.

Vorletzte Woche ist ein Arbeiter aus der Golf-Endmontage fristlos wegen Störung des Betriebsfriedens entlassen worden, weil er im Auftrag seiner Abteilung eine Resolution gegen die Einführung von Fertigungsplänen an den Betriebsrat und den Vertrauensleutekörper gerichtet hat. In den Facharbeiterabteilungen im Bereich der Wartung von Werkzeugen, Anlagen und Maschinen werden umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen vorbereitet. Seit drei Wochen müssen die Arbeiter dort überall Lochkarten ausfüllen, die einen ziemlich genauen Überblick geben, wie lange welche Reparaturen dauern und wo Poren im Arbeitsablauf sind. Schließlich ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit

Fortsetzung Seite 2

Die Kapitalisten vernichten die Arbeitslosenversicherung

Fortsetzung von Seite 1

die auf dem Prinzip der Prämierung beruhen. Damit die Reservearmee ihren ganzen Druck entfalten kann, müssen die Kapitalisten die Arbeitslosenhilfe streichen. So wie nach 1929 die meisten Arbeitslosen um einen Teller Suppe bei der Wohlfahrt betteln mußten. Schleyer steuert solches an. Die von der Reformisten wieder hervorgekramte Parole vom „Recht auf Arbeit" macht ihm eine demagogische Verkleidung seines Angriffs leicht. Aus dem „erzwingbaren Recht auf Arbeit würde sehr schnell ein Zwang zur Arbeit, jeder Arbeit, die der Staat für richtig hält", sagt er. In der Tat bedeutet die reformistische Forderung nach „Recht auf Arbeit" unter kapitalistischen Bedingungen staatliche Zwangsarbeit wie Hitlers Arbeitsdienst. Unter Berufung auf die Reformisten-Parole kann Schleyer die Arbeitslosenversicherung madig machen, um ihre *Zerstörung* vorzubereiten.

Indes besorgen die Sozialdemokraten eilfertig den Ausbau des Überwachungsapparates. Anläßlich eines Gedankenaustausches mit 600 Kapitalisten hat Heinz-Oskar Vetter dem Schleyer letzte Woche in St. Gallen versichert, die Arbeitsämter seien noch nicht ausreichend ausgebaut, um „jedem Arbeitsunwilligen die Unsolidarität klar zu machen, die in seinem Verhalten liege". Für ein Glas Sekt legt Vetter den Kapitalisten die Interessen der Arbeiter zu Füßen.

Den Wünschen der Kapitalisten entsprechend hat die Bundesregierung letzten Mittwoch ihr neuestes „Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" beschlossen. Es wird jetzt dann das Dutzend solcher Programme im Umfang mehrerer Milliarden DM voll sein. Ihr Zweck ist die Öffnung der Kasse für die Kapitalisten und die Dirigierung der Reservearmee nach den Absichten der Bourgeoisie. Für 600 Millionen DM sollen die Löhne von Arbeitern und Arbeiterinnen gezahlt werden, die ausbessern sollen, was der Profitwirtschaft zum Opfer gefallen ist – Walddurchforstung, Bau von Schwimmbädern werden genannt. Natürlich wird ein erbärmlicher Lohn gezahlt, und hinterher sind die Arbeiter wieder arbeitslos. Zweitens soll ein Pflichtbildungsjahr für Jugendliche eingeführt werden, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Drittens soll die Berechnung des Arbeitslosengeldes so verschärft werden, daß „der Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung größer wird". Arbeitslosengeld wird höchstens noch 11 Monate gezahlt. Viertens werden 1 600 zusätzliche Beamte beim Arbeitsamt eingestellt. Ausdrücklich soll so dieselbe Zahl „bewährter Beamter" für den *Außendienst* freigestellt werden. Außendienst, das heißt den Arbeitslosen in der Wohnung, bei der Vorstellung im Betrieb und sonstwo nachzuspionieren. Systematisch haben die Kapitalisten den Spitzelapparat ausgebaut. Seit 1950 haben sich daher die Verwaltungskosten verzehnfacht. Jetzt soll ein weiterer entscheidender Schritt gemacht werden.

Am 1. Mai ist eine geänderte Richtlinie der Bundesanstalt für Arbeit, die „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme" in Kraft getreten. Sie wurde in ihrer ersten Fassung im Dezember 1969 erlassen mit der Behauptung, Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsbeihilfen usw. sollten gezahlt werden. Nun wurden zwei Paragraphen aufgenommen, die den Arbeitsämtern die Möglichkeit bieten, die „ernstliche Arbeitsbereitschaft" und den „Arbeitswillen" von Arbeitslosen zu überprüfen. Arbeitslose können zur „Arbeitserprobung" oder zur „Probebeschäftigung" zwangsverschickt werden. § 25a bestimmt: „Zur Feststellung oder Erprobung einer beruflichen Eignung können die erforderlichen Kosten bis zur Dauer von vier Wochen übernommen werden, wenn sich die Eignungsfeststellung für eine Arbeitsaufnahme als notwendig erweist." Während dieser Zeit erhält der dem Kapitalisten zur Probe preisgegebene Arbeiter keinen Lohn, sondern Arbeitslosengeld. Es besteht kein Arbeitsvertrag. Will ein Kapitalist einen kostenlosen Arbeiter länger testen, so weist das Arbeitsamt den Arbeiter bis zu drei Monaten dem Kapitalisten zu. Hierbei wird ein befristeter Arbeitsvertrag geschlossen. Hält der Arbeitslose der Überprüfung nicht stand, so wird ihm beim ersten Mißerfolg das Arbeitslosengeld für vier Wochen gestrichen. Fällt er beim zweiten Mal durch, so verliert er seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld ganz. Dies geht aus einem „Vermerk" des Landesarbeitsamtes in Hessen und der Begründung der geänderten Anordnung hervor. Dies sind Methoden, die den Wünschen der Kapitalisten nach völliger Versklavung der Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staatsapparat und für den Profit der Kapitalisten ziemlich nahe kommen.

Es zieht sich eine Linie durch die „Reformen" der Arbeitslosenversicherung. 1969 das „Arbeitsförderungsgesetz", 1975 das „Haushaltssicherungsgesetz", das vor allem die „zumutbare Arbeit" so definiert, daß der arbeitslose Arbeiter zur Annahme nahezu jeder Arbeit gezwungen werden kann. Nunmehr die zwangsweise Vorführung vor einen Kapitalisten mit Entzug des Arbeitslosengeldes, wenn der Kapitalist nicht zugreift. Auch diese Anordnung, die Gesetzeskraft hat, wurde im Verwaltungsrat der Bundesanstalt einträchtig von Vertretern der Regierung, der Kapitalisten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung verabschiedet. Die Bourgeois wissen, weshalb sie die Forderung nach *Selbstverwaltung duch die Versicherten* so sehr hassen. Zerstörung der Versicherungswirkung und Ausbau des Instrumentariums der Unterdrückung ist die Linie der Kapitalisten. Zwinkert Schleyer mit den Augen, so eilen Schmidt und Vetter ans Geschäft. Es ist teuer, daß die Arbeiter ihre Forderungen in und dadurch mit den Gewerkschaften noch nicht weiter durchsetzen können, stattdessen die Sozialdemokraten die Oberhand haben. *Zu teuer*.

„Autoboom" und seine Folgen für die Automobilarbeiter

Fortsetzung von Seite 1

der Arbeiter in der Produktion durch die Sonderschichten auf ca. 41 Stunden angewachsen.

Für die VW-Arbeiter wirkt sich diese gewaltige Steigerung der Ausbeutung im frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft und in zunehmender Verelendung der Arbeiter aus. Aus diesem Grund erfolgt nach einer Betriebsvereinbarung die Verrentung der VW-Arbeiter bereits mit 59 Jahren. Das ist für den VW-Konzern zusätzlich ein gutes Geschäft. Die 59Jährigen werden bis zur Erreichung des Rentenalters aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt. Die Differenz zum Lohn gleicht der VW-Konzern aus. Er braucht aber während dieser Zeit keine „Sozialversicherung" zahlen, was fast diese Differenz ausmacht. Außerdem wäre der Krankenstand bei diesen Arbeitern entsprechend hoch, die Zeit, wo die Kapitalisten die Arbeitskraft nicht ausbeuten könnten, aber dafür zahlen müßten, entsprechend lang.

Zur Bilanzpressekonferenz lag an den Werkswachen eine Ausgabe von Schmückers Hauspostille „Autogramm" mit der Balkenüberschrift „Wieder festen Boden unter den Füßen". Ein Arbeiter kommentierte diese Überschrift so: „Von wegen festen Boden, wenn ich daran denke, wie das hier weitergehen soll, so kann man nur noch radikal werden." Die Spitzensozialdemokraten tun das übrige, um die Auffassung zu verbreiten, wenn schon die Arbeiter nichts außer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen vom Autoboom spüren, so sei wenigstens ihre Existenz sicherer geworden. In der gleichen Woche wie das Kapitalistenschmierblatt „Autogramm" erschien ein Mitteilungsblatt des Gesamtbetriebsrats mit der Überschrift „Neue Personalpolitik hat sich bewährt". Aber selbst das ist falsch. Die Arbeitslosigkeit lag mit 5,2 % im März 1977 noch um 0,4 % höher als im Bundesdurchschnitt. Das liegt daran, daß Schmücker aus allen Ecken der BRD frische, unverbrauchte Arbeitskräfte ankarren läßt. Den Arbeiter wird gesagt, sie sollten auf keinen Fall mit ihren Familien vor Ablauf der Probezeit nach Wolfsburg ziehen, sondern erstmal im VW-Wohnheim wohnen. Viele, die den Anforderungen der Arbeitshetze an den Bändern nicht genügen, werden gleich wieder entlassen. Manche kündigen auch selbst, weil sie es nicht aushalten.

Die absolute Verelendung der Bevölkerung wächst. 1975 zahlte die Stadt Wolfsburg 18,1 Millionen DM Sozialhilfe, 1976 22,1 Millionen, und für 1977 sind im Haushalt 24,5 Millionen DM veranschlagt. Daß es sich hierbei nicht etwa um Mildtätigkeit der Bourgeoispolitiker aus dem Stadtrat handelt, kommt darin zum Ausdruck, daß die Gebühreneinnahmen der Stadt von 1975 59 Millionen DM auf 86 Millionen DM 1980 ansteigen sollen.

„Die größte Frage in unserer Branche heißt: Wie lange hält der Autoboom? Ich weiß darauf auch keine sichere Antwort." Den Kapitalisten bereitet das aber keine großen Sorgen: „Wir dürfen jedoch feststellen, daß der VW-Konzern gegenüber einer solchen Entwicklung weit weniger verwundbar ist als noch vor einigen Jahren." (Schmücker, Bilanzpressekonferenz)

„Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten, so daß der Arbeiter nur lebt, um für den Kapitalisten zu arbeiten." (Programm des KBW)

Die Arbeiterklasse hat keine andere Wahl, als die Revolution zu machen.

(VW-Zelle Wolfsburg)

Recht auf Verteidigung kann es im Imperialismus nicht geben

„Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber", mahnt Müller-Meiningen in der „Süddeutschen Zeitung" die Bourgeoisie und ihre Regierung, die ihren Plan zur akustischen Überwachung der Verteidigergespräche hat fallenlassen müssen und die angesichts der nahen Entlassung „terroristischer Straftäter" ein Gesetz plant, das Sicherungsverwahrung auch schon bei erstmaliger Verurteilung ermöglicht. Es ist eine Mahnung unter Brüdern: „Treibt es nicht zu weit, das kann nur Ärger geben." „Jeder kann – zu Recht oder Unrecht – einmal Beschuldigter werden", war der Grund für den Rechtsanwalt Dahs auf dem 39. Deutschen Anwaltstag, die Überwachung des Verteidigergesprächs abzulehnen, um sogleich in derselben Rede an deren Stelle erweiterte Verteidigerausschlußmöglichkeiten vorzuschlagen. Das eine wie das andere dient der weiteren Einschränkung des Rechts, sich vor Gericht zu verteidigen.

Völlig unabhängig vom Willen einzelner Bourgeois ist die imperialistische Bourgeoisie zur Einschränkung dieses Rechts bis zu seiner völligen Aushöhlung gezwungen. Worüber immer die Bourgeoisie zu Gericht sitzt, es sind Verstöße gegen die bürgerliche Eigentumsordnung. Wie sie auf jeden „Verstoß" mit zügelloser Unterdrükkung, immer härteren Strafen reagiert, muß sie auch das Recht auf Verteidigung nehmen. Der „geringfügigste" Ladendiebstahl ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen ein kleiner Haufen schmarotzender Bourgeois die arbeitenden Massen nicht nur von den Produktionsmitteln trennt, sondern ihnen selbst die allernotwendigsten Lebensmittel vorenthält. Jeder Ladendiebstahl ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die gesellschaftliche Produktion zu organisieren, ist ein Beweis, wie verfault der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist.

Notgedrungen führt die Arbeiterklasse den Lohnkampf. Jedoch: Ist der Streik nicht „sozialadäquat", bestraft ihn die Bourgeoisie als Nötigung. Organisieren die arbeitenden Massen große Demonstrationen zur Verhinderung weiterer staatlicher Plündermaßnahmen durch Gebührenerhöhungen bei den notwendigsten Versorgungseinrichtungen wie Gas, Wasser, Strom und Nahverkehrsmittel, verfolgt die bürgerliche Justiz das als Parlamentsnötigung. Demonstrationen für Lohnfortzahlung in der Armee und jederzeitiges Kündigungsrecht werden schnell als Zersetzung der Bundeswehr zum Straftatbestand, und der Veranstalter solcher Demonstrationen ist bald eine kriminelle Vereinigung. Kurz: Die materielle Not der Massen, ihr Elend, aber auch ihre Entschlossenheit zur Gegenwehr, zum Kampf gegen die Verhältnisse auf der einen Seite treten immer schroffer der wilden Entschlossenheit der bürgerlichen Klasse auf der anderen Seite gegenüber, die Verhältnisse zu erhalten, wie sie sind. Der erstarkenden Arbeiterbewegung und demokratischen Massenbewegung auf der einen Seite entspricht die Reaktion der bürgerlichen Klasse auf der ganzen Linie auf der anderen Seite. Das ist eine zwangsläufige Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche, die erst in der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die proletarische Revolution aufgehoben werden.

Die bürgerliche Klasse kennt diese Gesetzmäßigkeit und versucht mit aller Verzweiflung, ihr zu entrinnen. Schon 1950/51 hat sie sich das Bundeskriminalamt, den Verfassungsschutz und den Bundesgrenzschutz geschaffen. Im ersten Strafrechtsänderungsgesetz hat sie die Straftaten des Hochverrats, der Staatsgefährdung und des Landesverrats neu in das Strafgesetzbuch eingeführt. Die Große Koalition hat 1968 die Notstandsgesetze gegen den Widerstand der jungen demokratischen Massenbewegung durchgesetzt. Das Versammlungsrecht wurde verschärft. Zur gleichen Zeit hat die SPD durch Änderung der Strafprozeßordnung die Möglichkeit der akustischen Überwachung von Verteidigergesprächen abgeschafft, Erklärungsrecht für Angeklagten und Verteidiger geschaffen und die Fälle erweitert, in denen ein Angeklagter einen Verteidiger haben muß und ihm notfalls einer bestellt werden muß. Das waren nicht die Zugeständnisse des bürgerlichen Staates, als was sie damals und heute, wo sie wieder genommen worden sind oder genommen werden sollen, gerne hingestellt werden. Es handelt sich hier wie bei jeder imperialistischen „Reform" um ein schlichtes Betrugsmanöver, das die Verschärfung des materiellen Strafrechts verhüllen sollte, mit dem die Bourgeoisie sich auf die zukünftigen Klassenauseinandersetzungen vorbereitete. Der Betrug der „Strafprozeßrechtsreform" der sechziger Jahre kam in den siebziger Jahren auf, als die Bourgeoisie zusammen mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz, also mit der Einführung der Paragraphen 88 a, 129 a und 130 a StGB gleich auch drastische Eingriffe gerade in jene prozessualen Rechte vorgenommen hat, die sie in den sechziger Jahren in die Prozeßordnung aufgenommen hatte: in das Erklärungsrecht des Angeklagten und Verteidigers, in die Verteidigerüberwachung, und zusätzlich die Möglichkeit des Verteidigerausschlusses vorgesehen hat, den sie sofort im RAF-Prozeß in Stammheim zur Anwendung gebracht hat. „Im Rahmen des staatlichen Strafverfolgungsrechts sollten deshalb die Strafprozeßordnung und das Strafgesetzbuch parallel geschaltet werden", das ist die Kurzformel für diesen Vorgang, wie ihn Robert Leicht von der „Süddeutschen Zeitung" (23.5.77) sieht. Man muß es so sagen: Der Verschärfung des materiellen Strafrechts, die Ende der sechziger Jahre und nochmals mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz von 1976 vorgenommen wurde, folgte, dem Verlauf der sich verschärfenden Klassenkämpfe in der BRD entsprechend, die Verschärfung des Strafprozeßrechts, nämlich die Einschränkung der Rechte, sich zu verteidigen. Keines von beiden aber wird an der gesetzmäßigen Entwicklung des Imperialismus hin zu seinem Sturz durch die siegreiche Arbeiterklasse etwas ändern. – (ek, Frankfurt)

Baden – aber wo?

Jetzt, wo wieder Sommer wird, werden die Arbeitsbedingungen in der Fabrik besonders mörderisch. Im letzten Sommer konnte man bei Benecke Hannover Temperaturen von 60 Grad am Kalender messen. Bei Westinghouse Hannover hatte auch die Spätschicht 32 Grad in den Hallen, die Luft war voll von Gewittertierchen, die man jedesmal eingeatmet hat, wenn man nur den Mund aufgemacht hat. Im Sommer macht sich besonders bemerkbar, daß der Mensch im kapitalistischen Produktionsprozeß nur Anhängsel der Maschine ist, daß der Arbeiter in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingepreßt wird.

Die Hitze macht die Arbeit besonders zur Qual, die einseitigen körperlichen Bewegungen führen zum schnellen Verschleiß einzelner Körperteile, Kreislauferkrankungen nehmen zu. Der Arbeiter, der im Kapitalismus nichts hat als seine Arbeitskraft, muß sie so gut und so schnell wie möglich wiederherstellen, um sie erneut an die Kapitalisten verkaufen zu können.

Viel Erholungsmöglichkeiten gibt es nicht. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse führen zur Vernichtung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes. Flüsse und Seen werden verseucht, und man holt sich Typhus darin. Wo man früher gut baden konnte, schwimmen jetzt Fischleichen, Chemikalien und manches mehr. Wenn man seine Arbeitskraft wiederherstellen will, schwimmen will, muß man ins städtische Freibad. Eine Wonne ist das nicht. Erst schon mal der Preis. Der Stadtteil Mühlenberg, eine Trabantenstadt von Hannover hat zum Beispiel kein eigenes Schwimmbad. Wenn man dort schwimmen gehen will, muß man nach Ricklingen. Für Erwachsene kostet der Eintritt 1,00 DM, für Kinder 0,50 DM. Man muß mit der Straßenbahn hin und zurück fahren. Wenn eine Mutter mit ihren zwei Kindern fährt, dann ist sie für das ganze Unternehmen schon 8,00 DM los. Das Schwimmbad, das man ohne Straßenbahn erreichen könnte, ist für kleine Kinder zu kalt und im übrigen so verdreckt, daß man mit grünem Zeug im Haar wieder nach Hause geht.

Die Schwimmbäder sind im Sommer total überfüllt. In Hannover gibt es auf rund 570 000 Einwohner neun städtische Freibäder. Das sind pro 63 333 Menschen ein Freibad. Oft ist das Wasser total verdreckt und verchlort. Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft wiederherstellen, er ist der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat ausgeliefert, wenn er sich nicht dagegen zusammenschließt. Die Bäderpreise sind gestiegen. Als es im letzten Jahr so heiß war, konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 26.6.76 lesen, wie man sich bei heißen Temperaturen verhalten soll: „...sich möglichst keine schweren Belastungen zwischen 10.00 Uhr und 17.00 Uhr zumuten, öfters Ruhepausen einlegen, Streßsituationen vermeiden." Diese Ratschläge der „Frankfurter Allgemeinen" sind Tips für die Kapitalisten, die wie Helmut Horten ihre eigne Art haben, Streßsituationen zu vermeiden.

Für die Arbeiter dagegen ist das Baden überhaupt mehr als schwierig. Ehe man nach der Arbeit zu Hause ist, seine Kinder zusammengepackt hat und dann endlich im Freibad ist, kann man wieder einpakken.

Die Arbeiterklasse und das Volk üben Druck auf den bürgerlichen Staat aus, daß Freizeiteinrichtungen gebaut werden und Bademöglichekeiten bereitgestellt werden. Die Stadt Hannover behauptet, daß sie die Umweltqualitäten nicht nur sichern, sondern auch verbessern will. Was in den Händen der Kapitalisten und ihrem Staat dabei entsteht, haben wir bei den Kernkraftwerken gesehen. Das Absterben der Flüsse durch zu hohe Wassertemperaturen wird eingeplant, entscheidend ist der Profit. In Hannover haben sie die Fahrpreise im Winter erhöht mit dem Argument, daß sie die Naherholung verbessern wollen. Was dabei herausgekommen ist, ist, daß die Badeinsel am Steinhuder Meer, wo man tatsächlich billig baden konnte, bis heute nicht eröffnet ist. Stattdessen entsteht am Ufer des Steinhuder Meeres ein „große Appartementhotel mit Restaurant und einem Segelhafen. ..... durch den Bau wird jedoch die Ufervegetation teilweise vernichtet."

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 22: 32 000

Soldaten- und Reservistentag 1977

Resolution der Soldaten- und Reservistentage

Wir die Teilnehmer an den Soldaten- und Reservistentagen in Hannover, Köln und München, wir Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten, wir, Männer wie Frauen erklären:

Wir wissen um die elende und rechtlose Lage der Soldaten in der imperialistischen Armee. Wir wissen um die Kasernenunterdrückung. Viele von uns sind Reservisten und haben die gehässige Unterdrückung in der imperialistischen Armee am eigenen Leib erfahren. Viele von uns sind derzeit als Wehrpflichtige in die bürgerliche Armee gezogen und der täglichen Unterdrückung durch Befehl und Gehorsam unterworfen . Sie leben von einem Hungersold und sind der Schinderei durch das Offiziersgesindel unterworfen. Wir wissen, was die Kapitalistenklasse damit bezweckt. Die Kapitalistenklasse, diese Handvoll Ausbeuter und Schmarotzer, braucht eine Söldnerarmee, um ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln und ihre Ausbeuterherrschaft zu verteidigen. Dazu will sie Kadavergehorsam erzwingen in der Armee, im Bundesgrenzschutz und in der Polizei. Wir wissen um den Kampf der Soldaten gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei mit Befehl und Gehorsam. Wir wissen, daß diese Kämpfe der Soldaten unsere Unterstützung verdienen und brauchen. Wir sind nicht bereit, Kasernenmauern Kasernenmauern sein zu lassen und hinter den Kasernenmauern die Bourgeoisie mit unseren Klassenbrüdern umspringen zu lassen. Wir fordern jetzt Lohnfortzahlung, Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten. Die Bourgeoisie will die Soldaten als rechtlose Werkzeuge ihrer Unterdrückung. Die Soldaten wollen Rechte, wollen politische und gewerkschaftliche Freiheiten. Das unterstützen wir unbedingt und ohne jedes Wenn und Aber.

Wir wissen, daß der Klassenkampf unvermeidlich zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, zwischen dem Volk und dem imperialistischen Staat führt. Die Rechtlosigkeit der Soldaten ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Der Kampf der Soldaten dagegen ist eine große Hoffnung für die Arbeiterklasse. Hat dieser Kampf Erfolg, dann wird er die Herrschaft der Bourgeoisie schwächen. Das ist gut. Die Bourgeoisie bereitet den Krieg vor, der aus der imperialistischen Konkurrenz hervorgeht. Die Kämpfe der Soldaten gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei richten sich direkt gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung. Das ist ein weiterer Grund, warum wir diese Kämpfe unbedingt unterstützen.

In jedem großen Klassenkampf werden die Kasernenmauern niedergerissen und wird die Abspaltung der Soldaten von den Volksmassen überwunden. Es gibt Verbrüderung. Davor zittert die Bourgeoisie. Darauf setzt die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Sie kann das, wenn alle Kämpfe und Rebellionen der Soldaten unterstützt werden. Das zu tun ist unsere Absicht. Deshalb werden wir in Zukunft jedes Jahr Soldaten- und Reservistentage durchführen, deshalb wählen wir einen Sprecherrat des Soldaten- und Reservistentages in Hannover, wie in München und Köln ein solcher Sprecherrat gewählt wird. Alle Soldaten sollen wissen, wo sie Unterstützung finden im Kampf gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei durch Befehl und Gehorsam.

Mit diesen Soldaten- und Reservistentagen haben wir einen Kampf eingeleitet, der breite Unterstützung in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen findet. Diese ersten Soldaten- und Reservistentage sind ein Beginn. Schluß mit der Unterdrückung der Soldaten, nieder mit der imperialistischen Armee, diese Losungen drücken eine kraftvolle Strömung der Volksmassen aus. Wir werden sie organisieren.

Lohnfortzahlung, Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten, das sind die aktuellen Forderungen. Für ihre Durchsetzung muß jetzt eine Front errichtet werden, eine Front, die die Soldatenbewegung und die Volksmassen zusammenschließt und in der die Soldaten Unterstützung finden.

Wir rufen auf: Organisiert euch in den Soldaten- und Reservistenkomitees. Baut Soldaten- und Reservistenkomitees auf. Soldaten und Reservisten schließt Euch zusammen!



Auf der Veranstaltung wurde einstimmig die Resolution zum weiteren Vorgehen beschlossen und der Sprecherrat des Soldaten- und Reservistentages gewählt. Zuvor hatte ein Vertreter der SRK und ein Vertreter des Zentralen Komitee des KBW gesprochen.



Zweieinhalbtausend Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler demonstrierten in Hannover unter den Parolen Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, Polizisten und Grenzschützer.



Nach der Kundgebung führten mehrere Demonstrationen zur Niedersachsenhalle. Dabei wurden Spenden für Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt.



Kundgebung auf dem Klagesmarkt im Anschluß an die Aufmärsche. Auf der Kundgebung wurde eine Grußadresse von 27 Arbeitern des VW-Werks Wolfsburgs verlesen.



Eine Fotoausstellung über Waffensysteme, imperialistische Armee und revolutionäre Armee wurde in der Demonstration mitgeführt.



Mit einer Gulaschkanone wurden alle Demonstranten während der Kundgebung rasch verpflegt.

Der schlechte Abschluß beschleunigt die Rationalisierungsbemühungen des Dienstherrn

Das Aktionsprogramm des Innenministers Maihofer, zum ersten Mal vorgelegt im November 1975 auf Grundlage der Thesen des früheren Innenminister Genscher vom November 1973, soll jetzt ziemlich schlagartig umgesetzt werden. Nach dem Lohnraub- und Lohnsenkungsabschluß scheint der Bourgeoisie die Gelegenheit günstig.

Die geplanten Maßnahmen sind brutal, sie zielen darauf ab, einerseits vor allem den gehobenen und höheren Dienst für die Unterdrückerfunktionen zu gewinnen und die Masse der Beschäftigten in die unteren Lohngruppen zu drücken.

Die Ausbildung für den gehobenen und höheren Dienst nimmt daher in dem Programm einen wichtigen Stellenwert ein sowie die „leistungsgerechte Bezahlung" und Kontrolle im mittleren und einfachen Dienst.

Dazu ist es notwendig, verschiedene Schranken zu beseitigen, die der ungehemmten Konkurrenz unter den Beschäftigten entgegenstehen. Das sind einmal der Bewährungsaufstieg bei den Angestellten und Arbeiter. Bei den Beamten ist der entsprechende Regelaufstieg mit dem Haushaltssicherungsgesetz beseitigt. Des weiteren haben die Beamten, Angestellten und Arbeiter das Recht auf Alterssteigerung, Dienstalter bei Beamten und Arbeitern, ausgerichtet am Lebensalter bei den Angestellten. Alle zwei Jahre, bei 11 Steigerungen, macht das für BAT V b 554,68 DM und 461,18 DM bei BAT V c. Der Unterschied zwischen diesen Lohngruppen beträgt lediglich 120 DM.

Wichtigste Schranke, die entfernt werden soll, ist jedoch die Abschaffung des „Besitzstandes" bei verminderter Leistungsfähigkeit bzw. Versetzung auf einen Dienstposten, der niedriger bewertet ist. Nach dem Beamtenrecht kann einem Beamten nur vermittels eines verwaltungsgerichtlichen Disziplinarverfahrens aufgrund einer sogenannten Dienstverfehlung der Lohn gekürzt werden – selbst wenn der Beamte wegen Krankheit oder Änderung des Arbeitsablaufs oder Auflösung des Amtes, also praktisch Wegfall seines Dienstes versetzt wird, kann er nicht zurückgruppiert werden. Ist der Dienstposten niedriger bewertet, muß eine entsprechende Zulage gezahlt werden. All diese Bestimmungen wirken der Konkurrenz entgegen. Diese Schranken sollen nach den Plänen der Regierung fallen:

Das Aktionsprogramm sieht die völlige Abschaffung der Regelbeförderung sowie des Bewährungsaufstiegs für Arbeiter und Angestellte vor. Stattdessen soll der Bezug zur Leistung hergestellt werden (gleich Mehrarbeit), die Anerkennung der Erfahrung, also die Alterssteigerung, soll abgeschafft werden und ebenfalls an der Leistung (gleich Mehrarbeit) gemessen werden, und zwar an guter und schlechter Leistung. Bei schlechter Leistung kann die Steigerung auf zwei Jahre hinausgezögert werden.

Rückgruppierung soll generell auf der Tagesordnung stehen. Über eine Leistungsprüfung in zweijährigem Abstand wird die leistungsgerechte Eingruppierung überprüft.

Das umfassende Ziel der „Modernisierung" à la Abhörminister ist Kostensenkung, Lohnkostensenkung.

Das Problem der vorherigen Entwürfe war es immer, daß die Probleme der Regelung im Vordergrund standen. Das ist: sollen alle zu Beamten gemacht werden, oder auf welche Weise soll das Streikrecht abgeschafft werden?

Mit der zunehmenden Zusammenarbeit der Sozialdemokratie in Gewerkschaft und Regierung hat Maihofer es vorgezogen, dieses Problem nicht hochzuspielen, sondern es bei der Feststellung zu belassen. Es soll so geregelt werden wie bisher für die Angestellten und Arbeiter per Tarifvertrag, für die Beamten per Gesetz. Der Beamtenbund im DGB, der grundsätzlich mit dem Programm einverstanden ist, ist der Ansicht, wenn verschiedene Sachen wie leistungsgerechte Bezahlung, Feststellung der Funktion und entsprechende Dienstpostenbeschreibungen erst mal bei den Beamten eingeführt sind, erleichtert dies auch die Umsetzung in den entsprechenden anderen Rechtsverhältnissen in öffentlichen Diensten.

Es hat sich ja gezeigt, daß weder bei der Streichung des Ortszuschlags noch bei anderen Verschlechterungen die ÖTV Schwierigkeiten gemacht hat (außer sie protestiert energisch). So hat die ÖTV schon Ende 1974 zugestimmt, daß der Bewährungsaufstieg von BAT X nach BAT IX b nicht mehr nach Bewährung nach zwei Jahren durchgeführt wird, sondern von der Erfüllung eines besonderen Tätigkeitsmerkmals abhängt, ebenso bei dem Bewährungsaufstieg von BAT IX a nach BAT IX b. Die Absicht, die unteren Lohngruppen aufzufüllen, erscheint deutlich. In dem März-Heft des ÖTV-Magazins fordert die Gewerkschaft ÖTV die Mitglieder auf, sich mit dem Aktionsprogramm des Innenministers auseinanderzusetzen.

Wenn die Beschäftigten in öffentlichen Diensten sich klarmachen den direkten Zusammenhang der Ergebnisse des Tarifkampfes mit diesen von langer Hand vorbereiteten Plänen zur Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung und politischen Entrechtung und daß dies nur möglich ist aufgrund der Spaltung durch die Lohnsenkung, werden sie die Einheit gegen die Umsetzung dieser Modernisierungspläne herstellen können. – (Z-Red.)

Kann man Äpfel mit Birnen vergleichen?

„Die Gewerkschaft ÖTV protestiert energisch gegen die Kürzung der Anwärterbezüge." Entsprechende Kürzungen hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der ÖTV schon im Februar zusammen mit dem Lohnraubabschluß von 5,3 Prozent ausgehandelt. „Bei den Tarifverhandlungen haben die öffentlichen Arbeitgeber darauf bestanden", schreibt die ÖTV in ihrem Magazin vom Mai 77. Ja warum sollten sie bei den Anwärtern warum sollten sie bei den Anwärtern dann nicht darauf bestehen? Oder was soll der „energische Protest" bewirken? Der Entwurf des 6. Besoldungserhöhungsgesetzes sieht neben der Erhöhung der Vergütung für Beamte von 5,3 % vor, die Ausbildungsvergütung für alle Beamtenanwärter über 70 DM im einfachen bis zu 167 DM im höheren Dienst zu kürzen.

„Analog dazu sollen jetzt die Anwärterbezüge gekürzt werden. Das ist Äpfel mit Birnen verglichen", teilt das ÖTV-Magazin mit, weil: „Würde die für die Praktikanten geltende Bemessungsgrundlage auf die Anwärterbezüge übertragen, so müßten die Anwärterbezüge erheblich erhöht werden, und zwar um 118,95 Mark im mittleren und 202,38 Mark im gehobenen und 366,44 Mark im höheren Dienst." „Was wäre, wenn" – mit diesen bis auf den Pfennig zwei Stellen genau ausgerechneten „wenn" sollen wohl die Kürzungen gerechtfertigt werden bei den Praktikanten und Krankenpflegeschülern. Die Rechnung, wie die Anwärter und die Pflegeschüler von dem Geld leben sollen, macht die ÖTV in ihrem Magazin nicht auf, weil sie nicht aufgeht. Und was soll dabei das „analog" heißen?

Nicht die Streichung bei den Krankenpflegeschülern und den Praktikanten im Erziehungsdienst (Sozialarbeiter usw.) sind die Grundlage für das „analoge" Vorgehen der Dienstherren bei den Beamten in Ausbildung. Beide Male ist der Lohnraubabschluß von 5,3 Prozent die „analoge" Grundlage. Prozent die „analoge" Grundlage. „Was wäre, wenn" die Beschäftigten ungehindert von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung den Kampf um ausreichenden Lohn hätten führen können? Bestimmt keine Kürzung bei den Auszubildenden in öffentlichen Diensten, oder kann sich das jemand vorstellen? Tatsächlich ist die Streichung bei den Auszubildenden nicht zu denken ohne die Niederlage im Tarifkampf, denn die politische Folge des Lohnraubs ist die Vertiefung der Spaltung unter den Beschäftigten. Sie beruht auf der Verschärfung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen um den Preis für den Verkauf der Arbeitskraft.

Deshalb konnten die Kürzungen bei den Krankenpflegeschülern im Tarifkampf nicht zurückgeschlagen werden. Der Kampf um den Lohn ist grundlegend für die Überwindung der Spaltung. Die Spaltung auf Grund des Lohnraubs wird von der Bourgeoisie genutzt, um langgehegte Pläne gegen die Beschäftigten in öffentlichen Diensten jetzt endgültig umzusetzen. – (Z-Red.)

Rückstufung der Lehramtsanwärter zählt zu den „verwirklichten Vorhaben"

Maihofer hat sein Aktionsprogramm aufgeteilt in a) bereits verwirklichte Vorhaben, b) laufende Vorhaben und c) Vorhaben in der Erprobung (in einzelnen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes) und der Entwicklung (in Kommissionen).

Das 6. Besoldungserhöhungsgesetz sieht neben der generellen Kürzung für die auszubildenden Beamten für die Stufenlehrer in Ausbildung die Rückstufung ihrer Anwärtervergütung von der Bemessungsgrundlage A 13 nach A 12 vor, das sind nochmals 40 DM weniger. Der Regierungsentwurf kann sich dabei auf das zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom Mai 1975 beziehen, das Maihofer ausdrücklich zu den „bereits verwirklichten Vorhaben", zur „Modernisierung" des öffentlichen Dienstes zählt. Nach § 18 dieses Gesetzes können unter dem „Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung" die Ämter „nach ihrer Wertigkeit unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange aller Dienstherren den Besoldungsgruppen zugeordnet werden". Die gemeinsamen Belange aller Dienstherren sind bekannt.

Sie setzen mit ihren Angriffen auf die Beschäftigten in öffentlichen Diensten bevorzugt dort an, wo die Spaltung in der Lohnbewegung am wenigsten überwunden werden konnte. Es ist nicht gelungen, die Lehrer in dem notwendigen Umfang in den Kampf um den Lohn mit einzubeziehen. Die GEW-Führung hatte die Aufgabe übernommen, eine Festschrift gegen die Festgeldforderung herauszugeben. Ebenfalls auf Anregung (u.a.) des GEW-Vorsitzenden Frister ist laut ÖTV-Magazin vom Februar 1977 die Forderung nach Teilzeit für Beamte Grundlage für einen entsprechenden Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes an Maihofer.

Maihofer zählt bei Vorlage seines Aktionsprogramms im Mai 1976 die Ausdehnung der Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung zu den bereits verwirklichten Vorhaben.

Frister hat mit seinem Vorschlag, den Forderungen der Lehrer nach Abschaffung der Zweidrittel-Teilzeitverträge und Einstellung aller Lehrer auf volle Planstellen einen Nackenschlag versetzt. Die Dienstherren honorieren es den Lehrern aber nicht (höchstens dem Herrn Frister persönlich), daß sie sich aus dem Lohnkampf weitgehend herausgehalten haben. Dieses „Heraushalten" hat seine Ursache in dem mangelnden Zusammenschluß der Lehrer gegen den staatlichen Dienstherren, also kann hier leichter gekürzt werden.

Wie will Festschriftautor Frister, gegen Festgeld, den Kampf gegen die Kürzungen, gegen den Dienstherren organisieren, wenn er Schriften für sie im Lohnkampf verbreitet und wenn er sich auch noch als Retter der imperialistischen Bildungsreform aufspielt. Jeder vernünftig denkende Mensch wird gleich sehen, je billiger die Reform, um so besser wird die Bourgeoisie sie finden. Die meisten Funktionäre haben den Frister auch auf seiner hastig einberufenen Konferenz in Köln am vergangenen Dienstag sitzenlassen. Eine Beschlußfassung über Maßnahmen gegen die Kürzungsvorschläge der Regierung war sowieso nicht vorgesehen. Frister wird sich nunmehr darauf beschränken, wie angekündigt in der üblichen Lobby Stimmung gegen die Kürzung zu machen, während den Lehrern weitgehend klar ist, was nicht durch Streik abgewehrt wird, wird erst mal durchkommen. Die Lehrer werden, wenn sie für ihre Interessen den Kampf führen, dies nur erfolgreich können, wenn sie klar zwischen sich und dem staatlichen Dienstherrn einen Strich ziehen und sich auf die Masse der Beschäftigten in öffentlichen Diensten stützen und sich einreihen in die Front gegen den bürgerlichen Staat, und das wird ganz bestimmt nicht mit der Verteidigung der imperialistischen Bildungsreform gehen, sondern nur gegen sie.

„Bezahlungsgerechtigkeit und damit auch Leistungsmotivation"

„Befremdet" zeigt sich die ÖTV-Gewerkschaftsführung im ÖTV-Magazin 5/77: Die Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden haben gemeinsam Prämienlohnrichtlinien für Angestellte in zentralen Schreibdiensten erarbeitet und haben diese den Verwaltungen des öffentlichen Dienstes zur Anwendung empfohlen. Angestrebt ist, die Wirksamkeit der Richtlinie durch Nebenabsprachen zu den Arbeitsverträgen sicherzustellen. Zu solchen Nebenabsprachen können die Beschäftigten nur gezwungen werden, wenn der Tariflohn so niedrig ist, daß er durch Prämien „aufgestockt" werden muß.

Die Befremdung nimmt man der Gewerkschaftsführung nicht ab. Ihr ganzes Sinnen und Trachten bei der Verwirklichung des Maihoferschen Aktionsprogramms ist die „Mitwirkung". Dazu hatten sich die Gewerkschaftsführer einen zuständigen Ministerialrat eingeladen, der auch gleich ein Gesprächsangebot gemacht hat, „denn Ziel der Reform sei auch Einigkeit aller Beteiligten" (ÖTV-Magazin März 76).

Im Maihofer-Programm, das dann im Mai 76 herausgekommen ist, heißt es: „Mit der Leistungsbewertung soll die vom Mitarbeiter am Arbeitsplatz konkret erbrachte Arbeitsleistung bewertet werden." Und: „. . . sie ist Voraussetzung für die individuelle Anerkennung erbrachter Leistung in der Bezahlung bei gleichbleibender Tätigkeit." – „Mit der Entwicklung und Erprobung ist sofort zu beginnen. Dabei kann auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden."

Die Zelle des KBW Universität Bremen berichtet von solchen „Vorarbeiten" – auf die wird die Regierung aber nicht als Beispiel zurückblicken wollen.

Seit 1974 versucht der Staat einen zentralen Schreibdienst einzurichten. Gruppen von 20 oder mehr Schreibkräften sollen dort zusammengepfercht werden, sollen dort nichts als tippen unter der Fuchtel einer Aufseherin. Sie sollen dort eine Mindestzahl von Anschlägen leisten. Um mehr aus ihnen herauszuholen, *wird der Lohn so niedrig gesetzt, daß sie auf Prämien angewiesen sind.* Die ÖTV sieht hier einen völlig anderen Zusammenhang: „Ein Prämiensystem einzuführen, ist verhängnisvoll. Es reizt die Schreibkräfte dazu, die Zahl der Anschläge zu erhöhen und sich zu überfordern. Damit schaden sie ihrer Gesundheit!" Wenn man gerade wie die ÖTV-Führung im Tarifkampf dafür gesorgt hat, daß ein möglichst niedriger Abschluß zustandekam, muß man schon den Beschäftigten die Schuld an der Einführung von Prämienlohn geben. So ist es aber in der Realität nicht, die Beschäftigten schließen sich zusammen gegen die „Reform".

„1974 hatte die zuständige Behörde geplant, sämtliche Schreibkräfte der Universität aufs schärfste zu überprüfen. Von jedem Schriftstück sollte eine Kopie abgeliefert werden, abends sollten die Anschläge gezählt werden, und alle 10 Minuten sollte die augenblickliche Tätigkeit aufgeschrieben werden, und das alles vier Wochen lang.

Durch den Widerstand der Beschäftigten war die Behörde gezwungen worden, den Plan zurückzunehmen. Jetzt nach dem Lohnraubabschluß hat sie ihn wieder hervorgeholt. Am Dienstag, den 10. Mai haben die Schreibkräfte und einige Beamte der Universität Bremen im Bereich Forschung und Lehre nicht gearbeitet. Auf einer Personalversammlung haben sie beraten, wie sie ihre Forderungen gegen den verschärften Arbeitsdruck durchsetzen können."



Rationalisierung im Schreibdienst: Die Bundesregierung fordert die Verwaltungen auf, in den nächsten drei bis vier Jahren 30 Prozent der Schreibkraftstellen zu streichen, danach sollen nochmal 16 Prozent weggestrichen werden. Dazu sollen die Tarifverträge so geändert werden, daß eine Schreibkraft nicht mehr nach Minutentest, sondern nach Dauerleistung eingruppiert wird. Die Schreibkräfte schließen sich gegen diese Einführung von Akkordarbeit zusammen.

Fortentwicklung des Laufbahnsystems: „Frühzeitiger Einstieg in einer niedrigen Eingangsstufe"

Unter dem Punkt „Fortentwicklung des Laufbahnsystems" entwickelt Maihofer unter anderem den Gedanken, die jenigen, die für eine gehobene und höhere Position in öffentlichen Diensten in Aussicht genommen werden können, möglichst früh unter die Kontrolle der Dienstaufsicht zu kriegen und möglichst billig ihre Arbeitskraft zu vernutzen, praxisnah. Jüngste Reform unter dem Motto „Praxisnah" ist die Ausbildung der Medizinstudenten im Praktischen Jahr ohne Bezahlung und ohne Ausbildungsvertrag. Sie ist auf heftigen Widerstand und Streik der Studenten gestoßen. Es sieht weder danach aus, daß sich „hieraus eine Entlastung der Bildungseinrichtung ergeben" wird, noch das Endziel der Maihoferschen Reform verwirklicht wird. „Hierdurch soll eine Verringerung des Personalbedarfs erreicht werden."

Mit derselben Begründung „mehr Praxisnähe" ist seinerzeit das Referendariat bei den Lehrern eingeführt und von den Bourgeoispolitikern begrüßt worden. „Die Unsicherheit, die den jungen Lehrer bisher ankam, wenn er plötzlich aus dem Studium heraus in die praktische Tätigkeit als Lehrer entlassen wurde und er sich sofort in beinahe voller Tätigkeit als Lehrer zu bewähren hatte", sollte beseitigt werden (Schulsenator Drexelius auf der Hamburger Bürgerschaftsversammlung im November 1966). Heute fordern einige Innenminister der Länder, die Referendare auf BAFöG zu setzen.

Die jungen Lehrer halten das Referendariat für eine reine Kontrolleinrichtung des bürgerlichen Staates, deshalb hat die GEW-Betriebsgruppe des Hauptseminars in Hamburg die Forderung nach Abschaffung des Referendariats aufgestellt und fordert die Übernahme aller Lehrer nach dem Ersten Staatsexamen in den Schuldienst.

„Den Streik aufnehmen und führen und die 170 DM durchsetzen!“

82,5 Prozent der Chemiearbeiter in Rheinland-Pfalz haben für Streik gestimmt. Ist die Einheit jetzt hergestellt?

Die Urabstimmung über Streik im Chemietarifkampf Rheinland-Pfalz hat eine eindeutige Mehrheit ergeben für Streik. Von den insgesamt 20 Betrieben, in denen die Urabstimmung durchgeführt wurde, haben sich 92,2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder beteiligt. 82,5 Prozent haben für den Streik gestimmt. Am Freitag hat der Hauptvorstand der IG Chemie dem Streik zugestimmt.

Die Kapitalisten haben auf das Scheitern der Schlichtung geantwortet mit 7 Prozent Auszahlung ab Mai. Das Hausblatt der BASF-Kapitalisten, „BASF-intern“ ist direkt am nächsten Tag herausgekommen. Mit der Überschrift „Schlichtung gescheitert – BASF zahlt 7 Prozent.“ Das war ihre Kampfansage G an die Belegschaft.

Die Werksversammlung, die Demonstration vor dem Bau I, die Urabstimmung für Streik, das war die Antwort, das ist die Kampfansage der Belegschaft an die Kapitalisten. Zum Teil haben ganze Abteilungen die Arbeit liegen gelassen und sind geschlossen zur Urabstimmung außerhalb des Werks gegangen (im Werk hatte die BASF die Urabstimmung verboten). Drei Tage lang hat man Trupps von Arbeitern in ihren Blaumännern und gelben Helmen durch die Stadt ziehen sehen. Die Lehrlinge der Lehrwerkstätten sind am Dienstag geschlossen in einem Block von mehreren hundert zum Abstimmungslokal gezogen. Das Ergebnis der Urabstimmung in der BASF, 91,1 Prozent Beteiligung, 83,4 Prozent für Streik, drückt die Entschlossenheit der Arbeiter aus, sich den Chemiekapitalisten nicht zu beugen.

Jetzt kommt es darauf an, den Kampf erfolgreich auszutragen. Die Kapitalisten bereiten den Streik zielstrebig vor. In den kaufmännischen Abteilungen werden Überstunden gemacht, um die Transportwege auf andere Produktionsstätten umzuleiten. Zusätzliche Außenlager sind angemietet, und in großem Umfang werden diese Lager aus dem Werk heraus gefüllt. Außertarifliche Angestellte und die leitenden Angestellten werden für die Produktion eingeteilt. Ingenieure werden an den Kesseln angelernt. In den meisten Betrieben werden jetzt Lebensmittel eingelagert, die Produktion wird voll ausgefahren und ein Tanklastzug nach dem anderen rollt aus dem Werk. Wenn man sich auch vorstellen kann, was dabei herauskommt, wenn die Doktoren die Kessel fahren, es zeigt sich doch, die Kapitalisten sind entschlossen, den Streik niederzukämpfen.

Wie bereitet die Gewerkschaft den Streik vor? Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung behandeln den Streik so, als sei er nur eine Frage der geschickten Taktik. Sicher, Streik ist auch eine taktische Frage. Aber bevor die Arbeiter über die richtige Taktik entscheiden können, müssen sie sich über das Ziel einig sein. Die Sozialdemokraten haben die Urabstimmung durchgeführt „gegen das Lohndiktat der Unternehmer“ – nicht für eine Forderung. Das Ziel des Streiks ist dabei bewußt im Unklaren gelassen. Wie soll da eine Streikfront zum Stehen kommen?

„Für 0,4 oder 0,5 Prozent zu streiken, das lohnt sich nicht.“ Das war die Meinung der meisten Arbeiter. Trotzdem haben sie mit Ja gestimmt. „Wir müssen jetzt in der Urabstimmung zeigen, daß die mit uns nicht machen können, was sie wollen.“ Wo immer wir die Diskussion geführt haben, im Betrieb und vor den Urabstimmungslokalen, daß auf der Prozentforderung ein Streik geführt werden könnte, der die BASF zu etwas zwingt, das hat kaum einer vertreten. „Vier bis acht Wochen“, haben ältere Arbeiter gemeint, müßte so ein Streik gehen. „Aber so wie jetzt, einfach gegen 7 Prozent, das hält ein paar Tage, keine Woche.“

Fast alle haben bestätigt: „Mit einer Forderung von 170 DM wäre das anders, man könnte den Streik aufnehmen und führen und die 170 DM durchsetzen.“ Die Einheit ist noch nicht hergestellt, aber herstellbar. Das liegt daran, daß den Arbeitern und Angestellten eines gemeinsam ist: die Ausbeutung und verschärfte Ausbeutung durch die BASF-Kapitalisten.

Von einer neuen Taktik hat Schweitzer im Fernsehen gesprochen. Vom Ziel des Streikes nicht. Diese „neue Taktik“ besteht darin, kurzfristig Streiks in einzelnen Bauten durchzuführen. Doch jeder weiß, daß die Anlagen meistens Tage brauchen, um abgestellt werden zu können. Die Prozentforderung hat die Belegschaft von vornherein gespalten und geschwächt. Diese Unsicherheit über den Ablauf des Streiks ist die Folge. Das verschafft den Kapitalisten Oberwasser. Durch die Meister werden die Arbeiter einzeln hochgerufen und gefragt, ob sie im Streikfall weiter mitarbeiten oder streiken würden. In einem Bau haben sich so 90 Prozent der Produktionsarbeiter und der Großteil der Schlosser bereit erklärt, weiterzuarbeiten, obwohl fast alle in der Urabstimmung mit Ja gestimmt hatten. Die Frage nach dem Ziel des Streiks stellt sich jetzt immer dringlicher.

„Die BASF läßt es darauf ankommen, wenn das so weitergeht. lassen sie uns auflaufen, die sind ja auf den Streik besser vorbereitet als wir.“ „Die 170 Prozent wären richtig“ heißt es jetzt in den Diskussionen. Was während der Urabstimmung noch ging, gegen das Lohndiktat zu stimmen ohne klare Vorstellung über das Ziel, stellt sich jetzt als unmöglich heraus. Ein Streik ohne einheitliches Streikziel kann von den Arbeitern nicht erfolgreich gegen die Kapitalisten geführt werden. Solange die Arbeiter den Streik nicht selbst in die Hand nehmen – und das geht nur für 170 DM, werden sie Spielball für die Manöver der Kapitalisten, wie der Manöver der Sozialdemokraten sein. – (Zelle BASF, Ludwigshafen)

Hannover. Am 27.5. haben die Sozialdemokraten von der IG Chemie-Führung in einem Flugblatt den Arbeitern der Continental Gummiwerke mitgeteilt, daß sie sich mit den Kapitalisten der Kautschukindustrie in den Tarifbezirken Niedersachsen und Hessen über den neuen Tarif geeinigt haben: Die Tariflöhne, Lehrlingslöhne und Tarifgehälter werden ab 1.7. um 6 % erhöht, der Jahresurlaub wird ab 1977 um einen Tag und ab 1978 um eine weiteren Tag verlängert. Um den Lohnraub etwas zu frisieren, bekommen die Lohngruppen I und II in DM und Pfennig die gleiche Tariferhöhung wie die Lohngruppe III: 74,50 DM brutto, das sind netto 40 DM mehr Grundlohn. Für einen Arbeiter in Lohngruppe IV/2, der Durchschnittslohngruppe für Contiarbeiter, bedeuten die 6 % mit Zulagen 118 DM brutto und 62 DM netto. Lohnsteuerklasse IV).

„Die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen waren besonders hart“, heucheln die Sozialdemokraten vom Vorstand der IG Chemie. Dabei haben sie lange vor dem Auslaufen des bisherigen Tarifs und noch vor dem offiziellen ersten Verhandlungstermin der Tarifkommission mit den Kapitalistenvertretern am 2. Juni putschmäßig abgeschlossen. Die Kapitalisten wie die Sozialdemokraten fürchten die Bewegung der Contiarbeiter für 1 DM Festgeld, die sich im Beschluß der Vertrauensleute des Hannoveraner Werks Vahrenwald ausdrückt. Die Produktion platzt zur Zeit aus den Nähten, ein Streik träfe die Kapitalisten empfindlich.

Ob der Abschluß durchgesetzt werden kann, ist noch nicht entschieden, am Dienstag tagen in allen Hannoveraner Werken der Conti die Vertrauensleuteversammlungen. In den Abteilungen im Werk Vahrenwald sind die Vertrauensleute von den Arbeitern bereits beauftragt worden, das Verhandlungsergebnis abzulehnen und die Forderung nach 1 DM Festgeld zu bekräftigen.

Gnadenlose Lohndrückerei in Kaufhäusern

Von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern wird in ihrem Flugblatt der Einzelhandelsabschluß so gefeiert: „Der Erfolg dieses Tarifabschlusses liegt darin, daß er prozentual in die derzeitige Tariflandschaft paßt.“ Da haben die Sozialdemokraten recht und es ist schon wahr, denn sie haben den Auftrag der Kapitalisten erfüllt, ein Teil der Löhne bis unter das Existenzminimum zu drücken.

Freiburg

6,5 % durchschnittliche Lohnerhöhung im Handel. In den meisten Kaufhäusern, so z.B. bei Hertie in Freiburg haben sie die Lohnerhöhung voll auf die übertariflichen Zulagen angerechnet. Was heißt das konkret? Für eine(n) gelernte(n) Verkäufer(in) z.B. im 4. Berufsjahr wird der Lohn von 975 DM brutto auf 1035 DM brutto erhöht. Also von netto 710 DM (ledig) auf 744 DM. Eine Verkaufshilfe (ungelernt) erhielt im ersten Tätigkeitsjahr 960 DM brutto, nach Tarif wären es 713 DM brutto gewesen. Einer Verheirateten, Steuerklasse V, bleiben bei 960 DM brutto noch 610 DM netto. Jetzt nach der Lohnerhöhung wäre sie nach Tarif auf 759 DM noch erheblich darüber, kriegt deshalb keinen Pfennig Lohnerhöhung, muß also weiter mit 610 DM netto nach Hause gehen.

Viele Arbeiter in den Kaufhäusern kommen von auswärts, die meisten haben daher hohe Fahrtkosten. Das kommt im Monat auf 40 bis 60 DM. Die Kaufhauskapitalisten verlangen, daß alle adrett und gepflegt angezogen sind. Das heißt für die Kollegen, daß sie nicht in Jeans herumlaufen können, sondern sich astrein kleiden müssen. Und das alles von einem Nettolohn von beispielsweise 610 DM. Große Sprünge kann man da nicht machen. Im Freiburger Hallenbad kostet der Eintritt 3,50 DM. Ein Teil der Kaufhausarbeiter müssen dafür genau eine Stunde arbeiten!

Begründet werden die niedrigen Löhne im Handel so, daß es sich ja um keine schwere körperliche Arbeit und außerdem um „Zusatzverdienst“, weil der größte Teil der Beschäftigten Frauen sind, handeln würde. Verschwiegen wird, daß gerade im Handelsbereich durch zunehmende Rationalisierung die Arbeitshetze und der Druck auf die Arbeiter ständig verschärft werden. Mit dem Wort „Zusatzverdienst“ soll verschleiert werden, daß heute keine Arbeiterfamilie von diesem Lohn leben kann. – (Handelskollektiv, Bezirksverband Südbaden)

Kiel

Schon jetzt liegen die Löhne im Einzelhandel weit unter denen der anderen Lohnabhängigen. Am niedrigsten sind sie bei den großen Kaufhauskonzernen. Noch unter die Hungerlöhne, die die Masse der Verkäufer kriegt, haben die Handelskapitalisten Lagerarbeiter und Putzkräfte gedrückt.

Bei Hertie Kiel sind bis auf zwei oder drei alle Putzkräfte nicht direkt bei Hertie, sondern bei der „Kaufhausreinigung“ angestellt. Die „Kaufhausreinigung“ ist Teil der Firma „Spiegelblank“, und dahinter steht wieder der Hertie-Konzern.

Eine Putzfrau verdient sechs Mark in der Stunde. Im Monat kommt sie bei vier Stunden täglich auf 600 DM netto. Sie arbeitet ohne Lohnsteuerkarte. Die Kapitalisten zahlen also keine Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung muß sie selbst zahlen. Sie braucht das Geld. Ein Sohn studiert, der andere arbeitet auch im Einzelhandel. Um in ihrem alten Beruf arbeiten zu können, hätte sie einen Abendkurs in Kiel machen müssen. Das ging nicht, weil es von dem Ort, wo sie wohnt, abends keine Verbindung nach Kiel gibt.

In den vier Stunden hat sie im ganzen Haus (Hertie Kiel ist das zweitgrößte Haus des Konzerns: Keller und fünf Stockwerke) die Toiletten und Waschräume des Personals zu reinigen, Handtuchrollen zu wechseln usw. Bis vor wenigen Monaten haben das zwei Frauen gemacht. Eine wurde entlassen.

Zwei andere Frauen, die ganztags angestellt sind, müssen die Büros einzelner Abteilungen und Flure reinigen und nachmittags die Toiletten. Zur Zeit muß eine die Arbeit allein machen, weil die andere im Urlaub ist. Vor einiger Zeit wollte der Abteilungsleiter durchsetzen, daß die beiden einzeln losgehen. Das hat er nicht durchsetzen können.

Abends kommt noch eine „Putzkolonne“ für das ganze Haus. Davon sind kürzlich 17 Frauen entlassen worden, die Arbeit müssen die anderen jetzt mitmachen. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

Lübeck. Auf ihrer letzten Sitzung beschloß die Jugendgruppe der IG Drupa Lübeck einstimmig (11 Anwesende) die Unterstützung der Forderung nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich. Der Kreisjugendausschuß der IG Drupa Lübeck stellte an die Bundesjugendkonferenz der IG Drupa den Antrag, diese Forderung ebenfalls zu erheben.

Hamburg. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat den Kapitalisten den Entwurf eines Raster-Tarifvertrags vom 16./17. Mai vorgelegt, mit dem das Aktionsprogramm der IG DruPa von Mitte März 1977 praktisch zu den Akten gelegt wird. Hieß es in dem Aktionsprogramm noch, daß bei Einführung neuer Technologien niemand arbeitslos werden dürfe, wird in dem Rastertarifvertrag nur noch die Höhe der Abfindung geregelt, wenn der zu Entlassende „erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden kann“. Den Kapitalisten werden alle Möglichkeiten offengelassen, durch Umsetzungen etc. den Lohn der Beschäftigten zu drükken. Die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier , Ortsverein Hamburg, hat ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung den Hauptvorstand aufgefordert, den Rastertarifvertrag unverzüglich zurückzunehmen.

Hildesheim. Die Mitgliederversammlung der IG Bau-Steine-Erden, Ortsverein Hildesheim, hat am 23.5.77 bei 20 Anwesenden die Forderung nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich beschlossen. Der Versuch der beiden anwesenden Vorstandsmitglieder, diese Forderung als Programm gegen die Arbeitslosigkeit beschließen zu lassen, wurde zurückgewiesen und festgehalten, daß die Forderung sich richtet gegen die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft auf dem Bau und die Ausdehnung der Arbeitszeit. Weiter wurde festgehalten, daß im Lohnkampf Festgeldforderungen aufgestellt werden müssen.

Warum sollte der Tarifvertrag über 12 Monate halten?

Zum 6,5 %-Abschluß in der Textilindustrie

Die Gewerkschaft Textil/Bekleidung hat für die Beschäftigten der Textilindustrie im Tarifgebiet Bremen/Weser-Ems mit 6,5 % abgeschlossen.

Dieser Abschluß drückt große Teile der Arbeiterklasse ins absolute Elend. Bisher gab es Tariflöhne zwischen 6,22 DM und 7,76 DM pro Stunde, Effektivlöhne, die zum größten Teil zwischen 7,50 DM und 8,50 DM pro Stunde und zwischen 800 DM und 1 200 DM netto im Monat liegen, werden in der Textilindustrie gezahlt für Arbeit unter unerträglichen Arbeitsbedingungen:

Aus der Kämmerei der Vereinigten Kammgarnspinnerei (VKS) in Delmenhorst berichtet ein Arbeiter:

„Der Lärm ist geradezu unerträglich. Jetzt wurden wir aufgefordert, Gehörschutzstöpsel zu tragen. Aber die Dinger werden kaum benutzt, weil es doch nicht viel nützt. Außerdem kann man sich viel schlechter verständigen, und es ist so, daß man wegen der miesen Akkordlöhne die Stillstandzeiten der Maschinen möglichst kurz halten muß. Wenn man aber schon lange an einer Maschine gearbeitet hat, dann hört man, wenn sie nicht richtig läuft. Das ist wichtig, weil nicht alle Defekte von der Signallampe angezeigt werden. Hat man die Stöpsel im Ohr, merkt man es erst später.

Das Klima in der Abteilung wird künstlich so gehalten, daß man sich manchmal wie in den Tropen vorkommt, runde 25 Grad und hohe Luftfeuchigkeit, weil sich dabei die Wolle besser verarbeiten läßt. Gleichzeitig gibt es bei verschiedenen Wollsorten eine unheimliche Staubentwicklung. Das Zeug atmet man dann ein. Es gibt zwar einige ‚Experten‘, die behaupten, daß der Staub unschädlich sei, aber das glaubt niemand so recht.

Bei diesen Akkordlöhnen kann man sich während der achteinhalb Stundenschicht nicht viel mehr Pause leisten als die offizielle halbe Stunde. Wenn es hoch kommt, sind es drei kurze Zigarettenpausen.

In der Spinnerei werden schon seit Monaten Überstunden gefahren. Es gibt Arbeiter, die arbeiten von 6 bis 18.00 Uhr oder von 19.00 Uhr bis 7.00 Uhr. Samstags wird von 6.00 Uhr bis 12.00 Uhr gearbeitet. Viele müssen die Überstunden mitnehmen, wie sollen sie sonst mit dem Geld hinkommen?

Diese Arbeitsbedingungen und Löhne sind in der ganzen Gegend bekannt. Trotz der Zwangsmittel des Arbeitsamtes bleiben die meisten neuen Arbeiter nur einige Wochen. In der Ringspinnerei sollen in den letzten Monaten von 40 Leuten ganze vier geblieben sein.“

„Ich habs ausgerechnet: rund 50 Mark netto kommt dabei heraus“, meinte eine Arbeiterin zu dem 6,5 %-Abschluß. Auf den Hinweis, daß das ja z.B. durch die Mieterhöhungen bei der Neuen Heimat mehr als aufgefressen wird, meinte sie: „Die Miete kannst du ruhig rauslassen. Gas, Wasser, Strom, der Kaffee und die Lebensmittel, da sind die 50 DM weg.“

Raub an Lebensmitteln bedeutet dieser Abschluß. Aber nicht nur auf diese Weise wird der Verschleiß der Arbeitskraft verstärkt. Ein jüngerer Arbeiter: „14 Tage hintereinander habe ich Nachtschicht gemacht, weil mir das Geld nicht reichte. Dann konnte ich mich nicht mehr konzentrieren. Weil ich zu müde war, bin ich mit dem Messer abgerutscht. Es hat nicht viel gefehlt, dann wäre die Fingerkuppe ganz weg gewesen.“ Durch diesen Abschluß werden es noch mehr, die Nachtschicht und Überstunden machen müssen.

Der „Tarifexpreß“, das Flugblatt der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, auf dem das Ergebnis bekannt gemacht wurde („Die Tarifrunde 77 ist erfolgreich abgeschlossen!“), wurde von einigen Arbeitern wütend zerknüllt. Die Kampfbereitschaft der Belegschaft war groß in diesem Lohnkampf. Aber es war nicht gelungen, sich auf eine Forderung zu einigen, die den Zusammenschluß der Belegschaft ermöglicht hätte. Der Reformismus konnte nicht geschlagen werden. „Wir können eine Mark fordern. Wir können das auch durchsetzen. Aber das ist dann unsere letzte Tarifrunde in Textil“, so GTB-Sekretär Henning Eichenauer in der Vorbereitung der Tarifrunde. Von 865 DM auf 972 DM ist der Nettolohn eines Kollegen in zwei Jahren gestiegen. Das hat nicht verhindert, daß etwa 54 000 Textilarbeiter 1975 bzw 1976 „ihre letzte Tarifrunde in Textil“ hatten, weil sie auf die Straße gesetzt wurden.

Es kommt darauf an, die vorhandene Wut zu verwandeln in einen Zusammenschluß im Kampf gegen jeden Versuch der Kapitalisten, die Ausbeutung zu steigern. In diesen Kämpfen muß die Gewerkschaft aufgebaut werden, die im Betrieb mit 750 von 1 100 Beschäftigten existiert, aber nicht mit einem gewählten Vertrauensleutekörper. Wenn der Zusammenschluß hergestellt wird, warum sollte dann ein Tarifvertrag seine Laufzeit von zwölf Monaten über halten. – (Zelle VKS, Bezirk Weser-Ems)

Preussag: Verstärkter Kapitalexport. Dieser Tage legte die Preussag, deren Hauptaktionär die Westdeutsche Landesbank ist, ihre Jahresbilanz für 1976 vor. Der Gesamtkonzernumsatz ist um 4,2 % von 2 940 Millionen DM (1975) auf 3 065 Millionen gestiegen, der Profit ist um 41 % auf 55 Millionen DM gestiegen und der Gewinn für die 100 DM Aktie ist von 15 DM auf 20 DM gestiegen. Dieser Profit wurde durch verschärfte Schweißauspressung der Arbeiter erreicht: Der gestiegene Umsatz ist aus einer um 2 000 Mann auf 17 716 verringerten Belegschaft herausgepreßt worden.

Das Kapital hat Preussag genutzt, um sich besseren und direkteren Zugang zu den Rohstoffen Blei und Zink und für die Metallverarbeitung zu verschaffen. Im März 1977 aben die Preussag-Kapitalisten 26 Prozent von den für 4 379 Millionen Gulden ausgegebenen Aktien der niederländischen Patino NV aufgekauft. Im Mai hatten sie bereits 30 % in ihren Händen und jetzt wird die Mehrheit angepeilt. Über diese Gesellschaft dringt die Preussag vor in den Metallbergbau in Brasilien, den Zinnbergbau und die -verhütung in Nigeria und Malaysia, wo sie billig die Arbeitskraft einsaugen kann, und kommt den Rohstoffen näher, denn die Patino NV handelt weltweit mit Rohstoffen.

Polnische Arbeiter – Fronarbeiter für die Sozialimperialisten

„In den vergangenen 20 Jahren haben sowjetische Außenhandelsunternehmen in Polen komplette Ausrüstungen und Fertigungsstraßen für fast 200 Industrieobjekte erworben. Im laufenden Planjahrfünft (1976 bis 1980) sollen rund 150 sowjetische Betriebe mit kompletten Ausrüstungen aus Polen ausgestattet werden", berichten die Sozialimperialisten in ihrer Zeitschrift „Außenhandel" (9/76). Auch die polnischen Werftarbeiter schanzen vornehmlich für den Aufbau des Reichs der neuen Zaren. 1974 importierte die Sowjetunion Schiffe und Schiffsausrüstungen im Wert von 574,6 Millionen Rubel, 1975 waren es bereits 1 086,5 Millionen Rubel, ein großer Teil kommt aus Polen. „Erwerben" tun die Sozialimperialisten die Produkte der polnischen Arbeiterklasse im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung", des „Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration", was nichts anderes als Instrumente der Sozialimperialisten sind, die übrigen RGW-Staaten wirtschaftlich in immer stärkere Abhängigkeit zu bringen und sie darüber bis auf die Knochen auszuplündern. Während die übrigen RGW-Staaten ihre Produkte an die Sowjetunion zu niedrigen Preisen liefern müssen, müssen sie zu überhöhten Preisen die Waren der Sozialimperialisten beziehen, vor allem Roh- und Treibstoffe, die sie für die Produktion im Rahmen dieser imperialistischen „Arbeitsteilung" brauchen. Das enthüllt beispielhaft der sowjetische Energie- und Treibstoffexport an die übrigen RGW-Staaten. Mußten sie 1973 für 128 Millionen Tonnen SKW 1,9 Milliarden Transferrubel bezahlen, so 1975 bereits 4,6 Milliarden Transferrubel für knapp 150 Millionen Tonnen SKW (Durchschnittskurs 1976: 1 US-Dollar gleich 0,85 Transferrubel). Die Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen muß durch vermehrte Exporte erfolgen, wo sie ihrerseits nur geringfügige Preissteigerungen für ihre Waren durchsetzen konnten. Allein für Energielieferungen in den RGW haben die Sozialimperialisten 1975 gegenüber 1974 eine Profitsteigerung von 1,5 auf 3,2 Milliarden Transferrubel erzielt. Darüberhinaus läßt sich die sowjetische Monopolbourgeoisie die Investitionskosten für die Erschließung der Rohstoffvorkommen noch durch die RGW-Länder finanzieren. Für die Erdgasleitung von Orenburg z.B. haben die Sozialimperialisten die Prospektierung und Planung, also das Kommando, übernommen. Die übrigen RGW-Staaten liefern Maschinen, Devisen und stellen 25 000 Arbeiter und Techniker.

Indem nach der Machtergreifung der Revisionisten in der Sowjetunion die polnischen Arbeiter gezwungen wurden, einen großen Teil des von ihnen produzierten Werts als Tribut an sie abzuführen, hintertrieben die Sozialimperialisten auch die Entwicklung der polnischen Landwirtschaft. Wie alle Industriewaren, wurden auch landwirtschaftliche Maschinen knapp und unerschwinglich teuer für die Bauern. Die Durchführung der Mechanisierung der Landwirtschaft, das Fortschreiten über Kooperativen und Kollektivierung zum Aufbau des Sozialismus wurde so in der Landwirtschaft gestoppt. Heute sind 80 % des Landes wieder in Privatbesitz, drei Viertel davon Kleinbauernwirtschaften unter 5 Hektar. Gleichzeitig verschärft die neue polnische Bourgeoisie, die den Profit mit den Sozialimperialisten teilen muß, die Ausplünderung. Sie treiben die Lebensmittelpreise für die Arbeiter in die Höhe und versucht dadurch, ihr Reproduktionsniveau zu senken. Und sie erhöht die Preise für die Waren, die die Bauern in der Landwirtschaft brauchen. So wurde erst mit Erlaß vom 14.7.76 der Preis für Futter, Aussaat, Pflanzenschutzmittel, landwirtschaftliche Maschinen und Ersatzteile um durchschnittlich 40 % erhöht. „Mißernten" sind die Folge, „eine Million Bauernwirtschaften gaben 1976 die Schweinezucht ganz auf", und „Tendenz zur Autarkwirtschaft" ist die Reaktion der Bauern, berichten die Nachrichten für Außenhandel. Die Folge ist, daß jährlich steigende Mengen Getreide und anderer Lebensmittel importiert werden müssen und die Verschuldung Polens gerade bei den Sozialimperialisten trotz ständig steigender Industriewarenexporte wächst, 1976 auf 6 Milliarden.

Diese Maßnahmen sind für die neue Bourgeoisie gleichzeitig ein Mittel, um ein Bündnis der Arbeiter und Bauern zum Sturz ihrer Ausbeuterherrschaft zu verhindern. Für die steigenden Preise der Waren aus Industrieproduktion macht sie die Lohnforderungen der Arbeiter verantwortlich, für die Krise der Landwirtschaft und die steigenden Lebensmittelpreise die Bauern. Aber mit ständig zunehmenden Widerstandsaktionen immer breiterer Teile des polnischen Volkes wächst auch die Einsicht, daß der gemeinsame Feind die Revisionistenclique an der Macht und die sozialimperialistischen Oberherren sind. – (Z-Red.)

Großer Reibach mit den Fregatten – verschärfte Rationalisierung Lohnsenkung und Entlassungen in der Werftindustrie

Die Presse in Norddeutschland quillt über von wegen Entlassungen in der Werftindustrie. Indes gäbe es da einen Silberstreif am Horizont, das Fregattenbauprogramm der Bundesregierung. Arbeitsplätze soll es sichern, was die bourgeoise Schreibart für Höchstprofite ist. 2,6 Mrd. DM beträgt das Bauprogramm für sechs Fregatten, und seine Erweiterung auf zwölf ist schon festgelegt. Im Vergleich hierzu nimmt sich die Werft- und Reederhilfe des Bundes mit 210 Mill. DM, jetzt gerade um weitere 40 Mill. DM erhöht, direkt bescheiden aus. In diesen Zahlen ist das Verhältnis richtig bestimmt.

Entsprechend wird zur Sache gegangen. Denn daß der Staat die Fregattenabnahme zu einem hohen und festen Preis garantiert (preismäßig entsprechen die 6 Fregatten 18 modernsten Großtankern von 320 000 tdw), enthebt keinen Werftkapitalisten der Initiative, Höchstprofite zu machen. Im Gegenteil: Erstens um das eigene Kapital profitabler zu verwerten, es im größeren Umfang zu erhöhen als der am Fregattenbau gleichfalls teilhabende Konkurrent. Zweitens insbesondere weil es bei der Vergabe des Generalunternehmertitels um die staatliche Fixierung eines Monopols geht und die Fregatten dafür erst der Anfang sein sollen. Man versteht, warum trotz Überproduktionskrise die Investionstätigkeit der Werften keinesfalls erlahmt.

Durchweg handelt es sich um größere Einzelinvestitionen zur produktiveren Fertigung: Erstellung eines neuen Profillagers einschließlich Vollportalmagnetkran und automatischer Querförderanlage, neue Krane flurgesteuert in den Schiffbauhallen, eine Untergruppenmontagestraße für Kleinteile, eine Portalfräsmaschine, ein numerisch gesteuertes Tischbohr- und Fräswerk, eine numerisch gesteuerte Karusselldrehbank, Neubau des zentralen Konstruktions- und Verwaltungsgebäudes. Das Baudock wurde für Reparaturarbeiten ausgebaut, ein 75 t Drehkran wird jetzt vom alten Montageplatz für Großtankersektionen abgebaut und im Arbeitsbereich Schiffspier/Baudock neu aufgestellt.

4 567 „Werftarbeitsplätze" sind laut IGM 1976 vernichtet worden. Weitere 4 000 sollen 1977 folgen.

Selbst die offiziellen Zahlen belegen, daß innerhalb von fünf Jahren die Vulkanarbeiter die doppelte Leistung erbracht haben. Der Rohertrag stieg 1976 auf 277,5 Mill. DM (1975: 273,4; 1972: 147,1 Mill. DM). Obige Investitionen werden der Steigerung der Ausbeutung und darauf folgender Freisetzung von Werftarbeitern neuen Schwung verleihen.

Zum Beispiel das neue Profillager. Ein Mann sitzt im Portalkran, der mit Elekt romagneten statt mit Klauen die Profile hebt. Krananschläger, die die Kette und Klauen ansc hlagen, entfallen. Außer dem Kranfahrer läuft unten noch ein Arbeiter mit, der die entsprechenden Profile sucht und dem Kranfahrer zeigt, wo sie liegen.

Früher, bevor es diese Anlage gab, liefen hier fünf bis sechs Kräne jeweils zumindest mit zwei Anschlägern dabei. Sie hat man „freisetzen" können. Den gleichen Effekt hat die Werft erzielt bei der Umstellung von mehreren Kränen der Schiffbauhalle auf Flurbetrieb: Der Kranführer wurde jeweils eingespart und der Schiffbauer unten muß jetzt die Kransteuerung und Bedienung noch mitübernehmen.

Indes, Spitzenleistung bei der Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit sind die numerisch gesteuerten Maschinen im Maschinenbau. Will man seinen Akkord so wie früher verdienen, ist man gezwungen, bis auf wenige Minuten am Tage als „Bedürfnis- oder Erholzeit" ununterbrochen bis wenige Minuten vor Feierabend an den Maschinen zu stehen. So vollzog sich auf dem Vulkan, wie durchweg auf allen Werften, die Entlassung von Arbeitern als „Arbeitsmangel wegen Produktionsänderung", soweit nicht eigene Kündigungen bei gleichzeitigem Einstellungsstopp, Frühverrentungen, „freiwillige" Kündigungen durch Entlassungsdrohung und Lockung mit Abfindungsprämie oder Kündigung von „Unqualifizierten", „Bummelanten" usw. die entsprechende Form war.

Diese Entlassungen, die industrielle Reservearmee insgesamt, das Gerede über die Werftkrise in der bürgerlichen Presse – all das drückt auf die Werftarbeiter . So werden Umbesetzungen anstatt Entlassungen durchgeführt, immer mit Heruntergruppierungen verbunden, und das sind etliche.

Damit einher geht eine große Umschichtung der Belegschaft, der Austausch von alten verschlissenen Arbeitern gegen junge frische Arbeitskräfte in Verbindung damit, daß wachsende Rationalisierungen Arbeitskräfte mit geringerer Ausbildung ermöglichen. Zum Beispiel ein Akkordschreiber. Jetzt ist er gerade in die 50 gekommen. Er hat laufend Schmerzen in Rücken und Hüfte. Die Krabbelei an Bord hält er nicht mehr aus. Jetzt sitzt er in der Schlosserei und muß Flachschweißen, da ist zwar keine Krabbelei, aber mit dem Rücken oder der Hüfte wird er weiter seine Schwierigkeiten haben. „Verschleiß" sagen die Arbeiter, und der tritt immer früher ein. Mitten in der Frühstückspaus e kriegt ein Arbeiter beim Kaffee einen Schlaganfall, ein anderer fällt mit einer Herzattacke an Deck tot um, alles Arbeiter gerade um die fünfzig.

Hingegen keine Werft, die sich nicht rühmt, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu tun: Vor allem immer mehr Jugendliche werden zur kurzen Anlehre eingestellt, die sie früh befähigt, einfachste, aber mitunter körperlich schwerste Arbeiten zu verrichten bei entsprechend niedriger Lohngruppe. Überall wird sich der Angebote der Arbeitsämter bedient und Jugendliche eingestellt, wo das Amt den Lohn zahlt und die Werft ihn vernutzt. Heute als Schweißer, morgen als Reiniger und übermorgen als Krananschläger. Viele werden schnell wieder rausgeschmissen, das Angebot ist groß, es wird sortiert.

Die Antreibersysteme, Akkord oder Programmlohn werden beständig, aber gerade seit dem letzten Jahr scharf angezogen. Wissenschaftlichere Bemessung und damit „gerechtere" Entlohnung heißt es wenn der Akkord gekürzt wird auf dem Vulkan. Auf der AG Weser Werft wird jetzt der „echte" Programmlohn eingeführt, sagt die Geschäftsleitung, im Gegensatz zu dem anfänglichen „vorgezogenen". „Echt" sind jetzt die Programmlohnkürzungen, im Maschinenbau wiederholt von 100 Prozent auf 94 Prozent, und das, nachdem bei Einführung des Programmlohns schon die Zeiten um rund 10 Prozent durch andere Berechnung verkürzt wurden. Zugleich wird Druck gemacht, daß auch jede „angebotene" Überstunde auch ja geleistet wird.

Verschärfte Rationalisierungen und Lohnsenkungen, daraus folgende Entlassungen , das ist die Lage. 1978 wird der Fregattenbau anlaufen. Bis dahin wird es in bestimmtem Umfang noch Produktionseinschränkungen auf den Werften, Kurzarbeit für Teile von einzelnen Werften geben. Nach dem Sommer soll auf der AG Weser eine erste Branche kurzarbeiten.

Es geht um Fregatten für den Krieg, um die Neuaufteilung der Welt, und dazu muß man die Männer pressen, sowohl die, die sie bauen sollen, als die, die sie s päter auch steuern. Denn auch das wird Ergebnis des Fregattenbaus sein: Militärhoheit auf den Schiffen, nur mit Ausweisen ist das Betreten der Schiffe gestattet und jede Schweißnaht zum Beispiel muß nicht nur geschweißt, sondern mit einem Schlagstempel kenntlich gemacht werden, wer die einzelnen Nähte jeweils geschweißt hat. Kriegsproduktion rundum, vom sinkenden Lohn bis zur politischen Kontrolle und Bespitzelung.

Neu ist das nicht. Auch die Auswirkungen auf die Werftarbeiter sind und waren immer die gleichen bei der Vorbereitung der Weltkri ege. Wer wird sich also auf das Fregattenbauprogramm einlassen wollen? Die Arbeiterbewegung kann es nicht. – (Zelle Bremer Vulkan / Red.)



Hannover. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe sind 600 Teilnehmer gekommen.

Sozialdemokraten für Verschärfung der Akkordarbeit

Auf der Forderung nach Verbot der Akkordarbeit können sich die VW-Arbeiter zusammenschließen

Wolfsburg. Auf der Vertreterversammlung der IGM in Wolfsburg, auf der die Anträge zum Gewerkschaftstag verabschiedet wurden, ist kein einziger Antrag, der sich irgendwie mit der Akkordsystem auch nur befaßte, behandelt worden. Dies ist sehr verwunderlich, wo doch im Bereich der Verwaltungsstelle Wolfsburg Tausende von Akkordarbeitern des Volkswagenwerks wohnen. Selbst im Vertrauenskörper wird über Anträge gegen das Akkordsystem nicht beraten. Die Spitzensozialdemokraten blocken. den Kampf gegen die Einführung von neuen Fertigungsplänen ab, und die Rolle, die die Spitzensozialdemokraten dabei spielen, zeigt, warum sie die Diskussion um diese Frage fürchten, wie der Teufel das Weihwasser.

Die neuen Fertigungspläne bedeuten einmal direkt eine weitere Auspressung von Mehrarbeit auf Grundlage des Akkordsystems. 5 % der Arbeiter sollen von den Bändern abgezogen werden und ihre Arbeit auf die restlichen Arbeiter verteilt werden. Dies geschieht durch Schließen von Poren sowohl in den einzelnen Arbeitsabläufen als auch durch Veränderung der Arbeitsorganisation am ganzen Band. Zum anderen wird mit der Einführung der Fertigungspläne eine Schranke, die der Tarifvertag der Verschärfung der Ausbeutung mit Hilfe des Akkordsystems setzt, durchbrochen: „Einmal durch Zeitstudien festgelegte Akkorde dürfen nur dann geändert werden, wenn dies durch Änderung der Arbeitsmethoden, technische Verbesserungen, Änderung des Materials oder offenbar grobe Fehler begründet ist." (Lohntarifvertrag § 4.5) Die neuen Fertigungspläne bringen unweigerlich eine „Änderung der Arbeitsmethoden" mit sich. Der Weg ist frei für umfangreiche Neuabstoppungen.

Die Arbeiter der Golf-Endmontage führen seit Monaten einen zähen Kampf dagegen. Die Vertrauensleute der Sitzungsgruppe Halle 12, Schicht 1, forderten noch in einem Streik von 28 Kollegen die sofortige Rücknahme der Fertigungspläne, die in Teilen der Halle schon durchgesetzt sind. Der Betriebsrat zögerte bisher Verhandlungen mit der Abteilungsleitung hinaus mit der Begründung, die Argumente für die Ablehnung fehlten. Solange die Mehrarbeit auf Grundlage der Stoppuhr gemacht würde, ginge alles reell zu.

Inzwischen hat sich der Kampf zugespitzt. Am Montag, den 23.5., ist ein Arbeiter aus der Schicht 2 fristlos entlassen worden. Er hatte im Auftrag von 16 Arbeitern eine Resolution an den Betriebsrat und den Vertrauenskörper der IGM unterschrieben und weitergeleitet. Die Resolution richtet sich gegen die Fertigungspläne und fordert den Betriebsrat auf, sofort gegenüber der Abteilungsleitung der Halle 12 die Forderung der Vertrauensleute und der Arbeiter aus der anderen Schicht nach Rücknahme der Fertigungspläne vorzutragen. Die Spitzensozialdemokraten gingen in ihrer Anbetung des Akkordsystems soweit, die Resolution an die Personalabteilung weiterzuleiten. Die Personalabteilung hat sich das natürlich nicht entgehen lassen in der Hoffnung, Ruhe in die Halle 12 zu kriegen, die Schmücker braucht, um die Fertigungspläne endlich durchzusetzen. Der Entlassungsgrund lautete „Störung des Betriebsfriedens" und der Betriebsrat hat zugestimmt.

Am Dienstag hatten die Sozialdemokraten, offensichtlich, um den Eindruck der Entlassung auszunutzen, dann doch Verhandlungen einberufen. Anwesend war dabei die Sitzungsgruppenleitung der Vertrauensleute Schicht 1. Doch der Schuß ging nach hinten los. Keine Einigung. Die Vertrauensleute halten die Forderung aufrecht. Inzwischen haben beide Vertrauensleute-Sitzungsgruppen der Halle 12 getagt. Auf beiden Sitzungen sollten Anträge gegen die Fertigungspläne und gegen die Entlassung verabschiedet werden. Auf beiden Sitzungen konnten die Sozialdemokraten nur noch mit der Notbremse der Bedrohung mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß die Beschlußfassung zu verhindern.

Am Donnerstag, einen Tag vor der Vertrauensleutesitzung der Schicht 1, also der Sitzungsgruppe, die die Fertigungspläne per Beschluß ablehnt, erschien ein Nachrichtenblatt der IGM-Verwaltungsstelle Wolfsburg für die Vertrauensleute mit der Überschrift: „Die Wahrheit über den neuen Fertigungsplan in Halle 12". Darin wird die Entlassung durch die Personalabteilung gerechtfertigt, indem behauptet wird, der Beschluß der 16 Arbeiter sei vom KBW nur fingiert. Die Arbeiter hätten sich vom KBW distanziert. Wie das zustandekommt, kann man sich gut vorstellen. Keiner der Arbeiter wird dem Betriebsrat oder wen die Spitzensozialdemokraten ihnen auch sonst auf den Hals gehetzt haben, eine Auskunft geben. Er muß damit rechnen, daß sie ebenfalls weitergeleitet zu einem Strick für ihn wird. In dem Mitteilungsblatt werden außerdem die Fertigungspläne gerechtfertigt: „mit dem neuen Fertigungsplan in der Halle 12 ist den Vorgesetzten jetzt ein willkürlicher Einsatz oder Herausnahme von Personal möglich, weil auch die M-Ausstattungen deutlich in den Arbeitsablauf eingebaut sind."

Das stimmt auch tatsächlich, und diese Forderung ist von den Vertrauensleuten schon lange erhoben worden. Der Tarifvertrag sichert sie zu, wie im Mitteilungsblatt selbst gesagt. Bisher haben die Sozialdemokraten aus dem Betriebsrat das mit der Begründung, da kann man, wenn es trotzdem vorkommt, im Moment nichts machen, beiseite geschoben. Was ist das überhaupt für ein großartiger Vorzug des neuen Fertigungsplans, Mehrarbeit machen zu müssen für die bloße Einhaltung des bestehenden Tarifvertrags?!

Geht alles auf Grundlage des Akkordsystems zu, dann sind die Sozialdemokraten zufrieden: „Bei Einführung des neuen Fertigungsplans wurde mit dem Betriebsrat vereinbart, daß die alten Zeiten zu übernehmen sind, oder aber auf Wunsch der Kollegen Zeitaufnahmen durch die Standardabteilung vorgenommen werden können oder er sich mit den vorkalkulierten Zeiten einverstanden erklärt." Das muß man sich genau überlegen: Entweder die alten Zeiten werden zugrundgelegt, geschieht dies nicht, kalkuliert die Standardabteilung vor, damit kann sich dann der Arbeiter zufrieden geben. Na, wenn das keine schöne Falle ist, werden sich die Sozialdemokraten gedacht haben. Die Arbeiterbewegung soll in den Maschen des Akkordsystems hängen bleiben. Auf der Forderung nach dem Verbot des Akkordsystems kann die Arbeiterklasse sich gegen die Kapitalistenklasse zusammenschließen. Die Sozialdemokraten wissen, warum sie nicht am Akkordsystem rütteln lassen. Das würde ihre Manöver auch in den jetzigen Auseinandersetzungen um die Fertigungspläne erschweren. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Ausführungsgesetze zum § 218 – „Wegen des Zusammenhangs mit Straftatbeständen von vorrangiger Bedeutung"

Weg mit dem § 218!

Bayern, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hessen haben Gesetzentwürfe zur Ausführung des § 218 vorgelegt. Bei den Ausführungsbestimmungen der Länder handelt es sich um die konkrete Anweisung für das Heer von Sozialarbeitern, Beratern, Amtsärzten, Polizei und Richtern, den auf dem Boden des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zementierten Unterdrückerparagraphen in aller Schärfe anzuwenden. Das ist gemeint mit der Begründung im hessischen Ausführungsgesetz: „Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit, die wegen des Zusammenhangs mit Straftatbeständen von vorrangiger Bedeutung sind, wird die Regelung in Gesetzesform für unerläßlich gehalten."

Unerläßlich ist auf jeden Fall zunächst die Kontrolle der Kontrolleure. Viele „Berater", die selber lohnabhängig sind, haben sich seit der Existenz des verschärften § 218 auf die Seite des Volkes gestellt. Sie müssen ideologisch ausgerichtet werden. Deshalb legt der hessische Gesetzentwurf fest, daß Beratungsstellen künftig der Kontrolle durch den Regierungspräsidenten unterliegen. Ärzte dürfen nur als Berater tätig werden, wenn sie an einem ganz- oder mehrtägigen Seminar der Landesärztekammer teilgenommen haben. Die Anerkennung als Berater oder als Beratungsstelle kann jederzeit widerrufen werden, insbesondere, „wenn die Beratungsstelle oder der Arzt die Beratung wiederholt nur unzureichend durchführt". Die „gesetzmäßige Durchführung der Beratung" aber wird überwacht: „Die Beratungsstellen haben in Form eines jährlichen schriftlichen Berichts dem Regierungspräsidenten Auskunft übe: die Zahl der Beratungen sowie über Alter, Familienstand, Wohnsitzland und Nationalität der Beratenen" zu geben. Dabei ist die Betonung „jedoch ohne Namensnennung" reine Bauernfängerei. Spätestens über die Krankenhäuser sind die Namen erfahrbar, oder wie bereits Ende letzten Jahres eine Beraterin der „Pro Familia" Hanau in aller Offenheit zugab: „Es sei denn, der Staatsanwalt ermittelt in einem besonderen Fall." Was die Fortsetzung der Bespitzelung durch die Krankenhäuser angeht, so wird auch hier im hessischen Ländergesetz Vorsorge getroffen: Die legalen Abtreibungen sollen in erster Linie vorgenommen werden an den „Medizinischen Zentren der Universitäten des Landes", die direkt der Staatskontrolle unterliegen. Eines der Kernstücke des Ländergesetzes ist in § 4 festgelegt, in dessen Begründung es heißt: „Die ... Auskunftspflicht soll den zuständigen Behörden einen fortlaufenden Überblick über die Auswirkungen der Gesetzesreform und insbesondere die Entwicklung der Beratung unter verschiedenen Gesichtspunkten ermöglichen." Wie diese „Auswirkungen der Gesetzesreform" aussehen, das hat sich sehr deutlich in Bremen gezeigt, das als erstes Land die Ausführungsbestimmungen verabschiedet hatte. Dort wurde vor einigen Wochen eine junge Frau 20 Tage ins Gefängnis geworfen, wegen einer in Holland vorgenommenen Abtreibung. Dort wurde Frau M. zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt und stand insgesamt 4mal vor Gericht, zuletzt als Kronzeugin in einem Prozeß in Oldenburg, wo die Frau, deren Adresse sie vermittelt hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. 750 DM Geldstrafe verhängte die bürgerliche Klassenjustiz gegen 2 Arbeiterinnen in Hannover. Keinesfalls beschränkt sich die Prozeßlawine, die seit dem Inkrafttreten des verschärften § 218 am 21.6.76 angerollt ist, auf die Länder, in denen bereits Ausführungsgesetze vorliegen. Im Ruhrgebiet wurde bereits Anfang Dezember letzten Jahres ein Ehepaar auf Grundlage des § 218 zu 15 und 12 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie abgetrieben haben. Ein türkischer Arbeiter, der seine Frau dorthin begleitet hatte, bekam 900 DM Strafe. Die bürgerliche Presse hatte sich seinerzeit empört: „Mit bedenkenloser Verantwortungslosigkeit handelte das Ehepaar gegen die Vorschrift des § 218 – ihr Vorgehen war in keiner Weise mit sozialer Indikation zu entschuldigen." Empörung versuchen sie auch derzeit zu schüren, um die Anwendung des Klassenparagraphen zu rechtfertigen. So im sogenannten Engelmacherprozeß in Köln.

Wegen einer illegalen Abtreibung mit Todesfolge ist dort der „Engelmacher" Alexander S. zu 12 Jahren Gefängnis und anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt worden. Gegen den Freund der an den Folgen der Abtreibung gestorbenen Gabi Z. hat der Staatsanwalt jetzt Anklage erhoben. In Essen laufen Ermittlungsverfahren gegen eine Kinderpflegerin, die nach einer Vergewaltigung in Holland abgetrieben hatte und gegen eine 26jährige Sekretärin, die 1974 eine Abtreibung vorgenommen hatte. In Bielefeld hat der Staatsanwalt ein halbes Jahr lang gegen eine Mutter von 6 Kindern wegen Verstoßes gegen den § 218 ermittelt. In Mannheim lief ebenfalls über mehrere Monate ein Verfahren gegen eine Arzthelferin und zwei Türkinnen. In Darmstadt wird noch ermittelt gegen eine junge Frau und ihren Freund. Der Mann sitzt derzeit im Gefängnis und die Staatsanwaltschaft glaubt, in einem geöffneten Brief Hinweise auf eine Abtreibung gefunden zu haben. In Freiburg ermittelt die Staatsanwaltschaft weiterhin, um die Namen von zwei Polizisten zu bekommen, die gegenüber dem Komitee gegen den § 218 geäußert haben, daß ihre Frauen eine Abtreibung haben vornehmen lassen müssen. Andrea Luhr, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218, droht weiterhin Beugehaft zur Erpressung der Namen der Polizeibeamten.

Gegen die Strafverfahren aufgrund des § 218 haben 150 in Hannover, 400 in Freiburg demonstriert. In Oldenburg, Mannheim und Bremen konnten die Prozesse jeweils nur durch massiven Polizeieinsatz durchgeführt werden.

Unter den Forderungen der Komitees sind die staatlichen Zwangsberatungsstellen entlarvt worden in ihrer Funktion als Rechtfertigung für den § 218 und als Zuträger für den Staatsanwalt. Durch eine zweite massive Propagandawelle soll das Image dieser staatlichen Zwangsberatungsstellen aufpoliert werden. Neben den bekannten Lügen und ideologischen Manövern in der bürgerlichen Presse, im Rundfunk und Fernsehen, hat sich die Reaktion jetzt etwas Neues einfallen lassen. Insbesondere unter der Jugend soll die Rechtfertigung des Strafparagraphen und das Konzept staatlicher Zwangskontrolle Fuß fassen. Außer der Propaganda in Pro-Familia Comic-Strips und Fortsetzungsfolgen in der „Bravo" soll es jetzt „mobile Einheiten" geben, für „Leute, die nicht in die Beratungsstellen gehen" und besondere „Projekte", z.B. „Jugendliche, die geschult werden, um mit Jugendlichen zu reden".

Gegenwärtig stehen die Chemie-Arbeiter in harten Kämpfen. Spätestens im Herbst wird mit aller Schärfe zum Ausdruck kommen, welche Auswirkungen die Lohnraubabschlüsse, die die Bourgeoisie bereits in diesem Jahr durchgesetzt hat, auf die Existenzbedingungen der lohnabhängigen Massen haben. Schon jetzt schärft die Bourgeoisie alle Unterdrückungsinstrumente, die sie sich zur Niederhaltung von Widerstand geschaffen hat. Mit den Ausführungsbestimmungen zum § 218 bei gleichzeitiger verschärfter Anwendung in den Prozessen hofft sie, dieses Unterdrückergesetz endlich völlig reibungslos anwenden zu können. – (mk, Frankfurt)

Strafhaft auf unbestimmte Dauer

„Hinsichtlich des Angeklagten L. ist davon auszugehen, daß bei ihm schädliche Neigungen vorhanden sind. Er ist anfällig in bezug auf Vermögensdelikte. Es bedarf einer Umerziehung. Aus diesem Grunde war eine Jugendstrafe zu verhängen. Diese mußte eine Dauer von zwei Jahren haben", heißt es in einem Urteil des Jugendschöffengerichts Gießen. Gegangen ist es um zwei Kästen Cola aus einem Schuppen und die Veränderung von TÜV-Plaketten. Die Bourgeoisie kann noch mehr. Im Jugendgerichtsgesetz hat sie kundgetan, wie sie die „Anfälligkeit" der Arbeiterjugend in bezug auf das kapitalistische Privateigentum und seine Beseitigung niederzuschlagen gedenkt: in rund 123 Paragraphen ist das geregelt. Einer davon (§ 19 JGG) bestimmt, daß „der Richter eine Jugendstrafe von unbestimmter Dauer verhängt, wenn wegen der schädlichen Neigungen des Jugendlichen sich nicht voraussehen läßt, welche Zeit erforderlich ist, um den Jugendlichen durch den Strafvollzug zu einem rechtschaffenen Lebenswandel zu erziehen". Die Vorschrift erlaubt es der Bourgeoisie, die Strafhaft bis auf 10 Jahre zu verlängern. Für einen Warenhausdiebstahl 10 Jahre Zwangshaft und Zwangsarbeit, das ist es, was der herrschenden Klasse vorschwebt, und sie geht zielstrebig daran. Im Gallus, einem Arbeiterviertel in Frankfurt, machen zivile Sonderkommandos und Streifenwagen nachts Jagd auf Zusammenschlüsse der Jugendlichen. Die „Frankfurter Rundschau" schreibt am 27. Mai 1977 über einen der Jugendlichen aus dem Gallus, der jetzt zu 13 Monaten Jugendstrafe verurteilt wurde: „Gänzlich unüblich jugendlichen ‚Ersttäter' in Haft geschickt". Daniel S., der seit Februar in Untersuchungshaft sitzt, hat teilgenommen an den hartnäckigen Kämpfen der Frankfurter Arbeiterjugend gegen die Heimunterdrückung und Kasernierung. Er hat mit das Haus im Ziegelhüttenweg besetzt gehalten. Die Bourgeoisie antwortet mit brutaler Gewalt. Verschärfen sich die Klassenauseinandersetzungen, greift sie zu allen Möglichkeiten, die sie sich in ihrem imperialistischen Gesetzesgestrüpp längst geschaffen hat. Unüblich ist das nicht, sondern der normale Weg des imperialistischen Gewaltapparates vor seinem Untergang. So ist denn auch für die Jugendlichen in der Bundeswehr noch Besonderes geregelt. „Bedarf der Jugendliche oder Heranwachsende nach seiner sittlichen oder geistigen Entwicklung besonderer erzieherischer Einwirkung, so kann der Richter Erziehungshilfe durch den Disziplinarvorgesetzten als Erziehungsmaßregel anordnen." (§ 112 a JGG) Und: „Hat der Richter Erziehungshilfe angeordnet, so sorgt der nächste Disziplinarvorgesetzte dafür, daß der Jugendliche auch außerhalb des Dienstes überwacht und betreut wird. Zu diesem Zweck werden dem Jugendlichen Pflichten und Beschränkungen auferlegt, die sich auf den Dienst, die Freizeit, den Urlaub und die Auszahlung der Besoldung beziehen können."

Die Bourgeoisie hat jede wilde Unterdrückung und jede Gemeinheit parat, wenn es darum geht, den Profit zu sichern. Die obige Strafvorschrift stimmt jeden Bourgeois heiter, ist sie doch die vollständige Umschreibung einer Zucht- und Arbeitsanstalt. Nein. Die Arbeiterklasse wird das Zuchthaus niederreißen. – (bl, Frankfurt)

„Kernstück der Reform ist die Beratung der Schwangeren"

„Kernstück der Reform ist die Beratung der Schwangeren" – dies hatten Bundesverfassungsgericht und Parlament seit Bestehen des neuen Gesetzes richtungsweisend erklärt. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften haben die Beraterstellen gepriesen bis in den Himmel, als Einrichtung zur Hilfe und Unterstützung der Familien und Frauen. Ihre Absicht war von Anfang an Betrug an den Gewerkschaftsmitgliedern durch Verhüllung des reaktionären Charakters des Paragraphen und der Kontroll- und Unterdrückerfunktion der Beraterstellen, den Kampf gegen die ersatzlose Streichung zu zersetzen und zu unterdrücken. Die Sozialdemokraten gingen sogar soweit, zu fordern, daß die Beraterstellen endlich eingerichtet würden, daß eine ausreichende Zahl davon eröffnet werde, weil – so ihre Begründung – in der schleppenden Einrichtung dieses Kernstücks der Grund für die noch nicht in die Praxis umgesetzte Freigabe der Abtreibung läge. Der Betrug wird mit den vorliegenden Ausführungsbestimmungen offensichtlich.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus den hessischen Ausführungsbestimmungen ab:

„Wertordnung des Grundgesetzes" als Beraterqualifikation

§ 2

Anerkennung von Beratungsstellen und Ärzten

(1) Über die Anerkennung entscheidet auf Antrag der Beratungsstelle oder auf Antrag des Arztes die zuständige Stelle.
(2) Zuständig für die Anerkennung von Beratungsstellen ist der Regierungspräsident, in dessen Bezirk die Beratungsstelle ihren Sitz hat. (...)

Zu § 2:
Mit der Bestimmung des Regierungspräsidenten als der zuständigen Behörde in Abs. 2 ist eine gleichmäßigere Verfahrenspraxis gewährleistet als auf der unteren Verwaltungsstufe zu erwarten wäre, die zugleich als Träger eigener Beratungsstellen in Betracht kommt.

Unterlagen für den Staatsanwalt

§ 4

Überwachung und Auskunftspflicht

(1) Die Beratungsstellen werden von dem Regierungspräsidenten, die beratenden Ärzte von der Landesärztekammer überwacht. Die Aufsicht erstreckt sich auf die gesetzmäßige Durchführung der Beratung.
(2) Die Beratungsstellen haben in Form eines jährlichen schriftlichen Berichts dem Regierungspräsidenten Auskunft über die Zahl der Beratungen sowie über Alter, Familienstand, Wohnsitzland und Nationalität der Beratenen, jedoch ohne Namensnennung, zu geben. (...)

Zu § 4:
Durch die Überwachung der Beratung soll eine gesetzmäßige Durchführung der Beratung gewährleistet sein. Dies setzt voraus, daß eine Pflicht zur Auskunftserteilung besteht. (...)

Mehrmalige Genehmigungen auf Abtreibung bedeuten Entlassung

§ 5

Rücknahme und Widerruf der Anerkennung

(1) (...)
(2) Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn

1. auf Grund nachträglich eingetretener Tatsachen eine Versagung der Anerkennung gerechtfertigt wäre.
2. die Beratungsstelle oder der Arzt den Pflichten nach § 3 schuldhaft nicht nachkommt,
3. die Beratungsstelle oder der Arzt die Beratung wiederholt nur unzureichend durchführt. (...)

Zu § 5:
Die Vorschrift regelt, unter welchen Voraussetzungen eine Anerkennung widerrufen oder zurückgenommen werden kann. Hierdurch soll die gesetzmäßige Durchführung der Beratung gewährleistet sein und verhindert werden, daß unqualifizierte Berater tätig bleiben.

Wer Polizeidienste verweigert, kommt auf die schwarze Liste

§ 6

(1) Die Anerkennung, ihre Rücknahme und ihr Widerruf sind von dem Regierungspräsidenten im Staats-Anzeiger für das Land Hessen bekanntzugeben.

Zu § 6:
Zusätzlich wird ein von der ärztlichen Berufsvertretung zu führendes Verzeichnis insbesondere zur Unterrichtung aller Ärzte in regelmäßigen Zeitabständen im offiziellen Organ der Landesärztekammer veröffentlicht. (...)

Regierungspräsidium als Sammelstelle der „Krankenberichte"

§ 8

Zuständigkeit für die Zulassung

Zuständige Behörde für die Zulassung einer Einrichtung für Schwangerschaftsabbrüche ist der Regierungspräsident.

§ 9

Rücknahme und Widerruf der Zulassung

(1) Die Zulassung kann zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen dafür nicht vorlagen.
(2) Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn

1. (...)
2. Tatsachen bekannt werden, die darauf schließen lassen, daß Schwangerschaftsabbrüche nicht unter Beachtung der erforderlichen Sorgfalt durchgeführt werden oder dem Leiter der Einrichtung die erforderliche Zuverlässigkeit mangelt.

Nach der „legalen" Abtreibung die Strafanzeige

§ 14

Beratung nach Schwangerschaftsabbruch

Nach Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs ist der Patientin vor der Entlassung aus dem Krankenhaus oder der für Schwangerschaftsabbrüche zugelassenen Einrichtung Gelegenheit zu geben, sich von einem Arzt über die für sie geeigneten Methoden der Empfängnisregelung beraten zu lassen.

Zu § 14: Die in dieser Vorschrift geregelte ärztliche Beratungspflicht unmittelbar nach Vornahme des Schwangerschaftsabbruchs dient wegen der damit verbundenen nicht zu unterschätzenden Gefahren der Vermeidung von wiederholten Schwangerschaftsabbrüchen, die nicht als Mittel der Geburtenregelung angesehen werden können.

Fragebogenaktion in den Krankenhäusern. „... die Arbeitsmarktsituation und hier insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zwingen zu Überlegungen, wie zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können; die Kostenexplosion im Gesundheitswesen andererseits drängt zu kostensenkenden Maßnahmen auf allen Ebenen, so auch im Pflegebereich," heißt es im Vorwort zu den Fragebögen, die an die Auszubildenden in der Krankenpflege, der Kinderkrankenpflege und Krankenpflegehilfe gerichtet sind.

Damit möchte der Dienstherr „die Probleme und Meinungen der direkt Beteiligten" erfahren. Dazu dienen dann z.B. Fragen wie: „Nachstehend sind einige mögliche Motive aufgeführt, die für die Entscheidung zu Ihrer jetzigen Ausbildung wichtig sein konnten, Bitte geben Sie für jedes Motiv an, ob es für Sie sehr wichtig (1), wichtig ... gewesen ist."

Als Antwort steht z.B. zur Wahl:

„Befriedigung eines sozialen Engagements (Helfen können)" oder:

„24. Welchem der drei folgenden Sätze stimmen Sie inhaltlich am ehesten zu? Bitte kreuzen Sie nur einen Satz an!

– Bei der Entscheidung für meine jetzige Ausbildung spielte die Höhe des Gehalts während der Ausbildung keine Rolle ...

– Ich hätte mich nicht für eine Ausbildung in der Krankenpflege entschieden, wenn das Gehalt in der Ausbildung niedriger wäre ...

– Ich hätte mich auch für eine Ausbildung in der Krankenpflege entschieden, wenn das Gehalt während meiner Ausbildung niedriger gewesen wäre; allerdings hätte dieses Gehalt einen gewissen Betrag nicht unterschreiten dürfen. Die Untergrenze hätte etwa bei DM ... gelegen. (Bitte Betrag einsetzen ... "

Frech setzt der Dienstherr aufgrund der Niederlage im Lohnkampf nach. Freiwillig und für höhere Zwecke sollen die Auszubildenden im Öffentlichen Dienst weiterem Lohnraub zustimmen. Die Fragebögen dürfen nicht ausgefüllt werden. Der Kampf gegen die Kürzung des Ausbildungstarifs wird weitergeführt.

Rückgang der Teuerungsrate?

Die Teuerungsrate sei auf 3,7 Prozent im April 1977 zurückgegangen, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Monatsbericht über die Verbraucherpreise. Die von den Bourgeois veröffentlichten Zahlen mögen im einzelnen stimmen, Betrug bleibt's trotzdem. Für die Lohnabhängigen stellt sich die Entwicklung der Teuerungsrate anders dar, nicht als Rückgang, sondern als weitere Anspannung. Das in zweierlei Hinsicht:

Erstens. Nehmen wir als Beispiel den Kaffee, der einen festen Platz in den Trinkgewohnheiten der Volksmassen hat, und die Entwicklung der Kaffeepreise. Innerhalb eines Jahres sind die Kaffeepreise um 44,3 Prozent gestiegen, und sie steigen immer weiter und immer schneller. Von März auf April 77 stieg der Preis pro halbes Pfund um 35 Pfennig oder 5,2 Prozent auf 7,04 DM. Preiserhöhungen auf 7,50 DM sind für diesen Sommer noch angekündigt. Kaffeetrinken wird für die Volksmassen zum Luxus, den sie sich immer weniger leisten können. Viele trinken jetzt statt einer Tasse Kaffee, nicht immer, aber häufiger als früher, einen Tee. Schritt für Schritt drücken die Kaffeepreise den Kaffee aus ihrem Konsum. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" stellt dazu fest: „Das Überwechseln vom Kaffee zum Tee hat freilich eine Kehrseite: Die zusätzliche Nachfrage trieb die Teepreise ebenfalls hoch. (....) Deutsche Abpackfirmen haben ... weitere Anhebungen angekündigt. Genannt wurden Verteuerungen von 15 bis 20 Prozent." Verlust von Kaffeefreuden und dennoch steigenden Lebenshaltungskosten sind das Resultat. Es sei denn, der Kaffee wird ersatzlos gestrichen, oder durch billigen Muckefuck ersetzt.

Zweitens. Nehmen wir als Beispiel die Säuglingsstrampelhosen. Für keine andere Ware sind die Preise seit Januar 74 ähnlich hoch gestiegen wie hier: nämlich um 93,5 Prozent, von 6,90 DM auf 13,35 DM. Im gleichen Zeitraum sind die Geburtsraten, wie inzwischen jeder weiß, weiter gesunken. Wie verträgt sich das? Wir behaupten, gerade *weil* die Säuglingszahl abnimmt, steigen die Strampelhosenpreise, wie überhaupt die Lebenshaltungskosten für Kinder seit Jahren am schnellsten zunehmen. Wer erinnert sich nicht mehr daran, daß Strampelhosen, aus denen der Säugling entwachsen war, in der Verwandtschaft oder der Nachbarschaft weitergegeben wurde, weil irgendwo bestimmt das nächste Kind unterwegs oder gerade geboren war. Ein solches Zusammentreffen gibt es heute viel seltener. Und wer verwahrt schon jahrelang auf Verdacht getragene Strampelhosen. Man muß also im Falle einer Geburt die nötigen Strampelhosen kaufen. Das ist der Grund für die unverschämten Preise, vor denen es kein Ausweichen gibt. Da die Strampelhose durchaus stellvertretend für die Lebenshaltungskosten für Kinder steht, ist für die lohnabhängige Familie mit Kind die Steigerung der Reproduktionskosten auf jeden Fall höher als 3,7 Prozent, wo und wie auch immer sie „einspart". – (Z-Red)

90 Prozent für Streik

Nachdem die Lufthansa-Kapitalisten (die Aktien gehören zu 50 % dem Staat) im letzten Jahr einen Rekordgewinn von über 100 Millionen aus der Belegschaft herausgeholt haben, gehen sie weiter auf Expansionskurs. Ihre Mittel sind verstärkte Rationalisierung und der Angriff auf den Lohn.

In der Kölner Hauptverwaltung hatten sich Anfang des Jahres die Rationalisierungsspezialisten der Unternehmensberatungsfirma Mc Kinsey eingenistet, um zu untersuchen, wie viele Angestellte gefeuert werden können. Durch die Unruhe unter den Beschäftigten aufgeschreckt, mußte die Geschäftsleitung eine außerordentliche Betriebsversammlung ansetzen.

Einen weiteren Coup hat die Geschäftsleitung mit Hilfe der Gewerkschaftsführung in den Tarifverhandlungen gelandet. Für das Bodenpersonal (80 % der Belegschaft) haben sie einen Lohnraubabschluß von durchschnittlich 7 Prozent ausgeheckt. Das schafft gute Vorraussetzungen, um hinterher das fliegende Personal umso besser abfertigen zu können. Grade in diesem Bereich wirkt sich der verschärfte Konkurrenzkampf der Luftverkehrskapitalisten in besonderem Maße auf den Verschleiß der Arbeitskraft aus: „So fliegt die Lufthansa seit Anfang Mai mit ihrem Jumbo SL, ...die Strecke Frankfurt Los Angeles nonstop. Eine reine Flugzeit von zwölf Stunden und eine Zeitverschiebung von neun Stunden aber sei ... unmöglich mit geöffneten Augen durchzustehen. Zudem herrsche an Bord eine unerträgliche Trockenheit, die erheblich auf die Schleimhäute gehe" (Spiegel 22/77).

Unter dem fliegenden Personal gärt es. Obwohl die ÖTV dem Schlichtungsspruch schon zugestimmt hatte, sah sich die DAG (in ihr ist der größte Teil des fliegenden Personals organisiert) gezwungen, den
Personals organisiert) gezwungen, den
Schlichtungsspruch abzulehnen und die Urabstimmung für Streik einzuleiten. Im Mittelpunkt stehen hier vor allem die Forderungen nach Verkürzung der Flugdienstzeiten, nach Reduzierung der Zahl der Starts und Landungen pro Schicht, nach Herabsetzung der monatlichen Höchstflugstundenzahl und nach stabilen Einsatzplänen. Zwar haben Stewardessen und Piloten Anspruch auf 30 freie Tage pro Vierteljahr, sie können jedoch an 26 von diesen 30 Tagen jederzeit per Telefon zu einem Einsatz kommandiert werden.

Durch die mit Hilfe der Gewerkschaftsführung erreichte Spaltung der Lufthansa-Beschäftigten ist die Position des fliegenden Personals geschwächt. Aber angesichts der Tatsache, daß jeder Streiktag die Lufthansa-Kapitalisten 8 Millionen Mark kostet und weiterhin jetzt die Hauptreisezeit beginnt, ist sie stark.

Ca. 73 Prozent haben an der Urabstimmung für Streik teilgenommen. Für Streik haben 90 Prozent gestimmt.

Hannover. Am 27.5. führten wir einen Stand vor dem VW-Werk Hannover durch und sammelten Unterschriften unter den Aufruf ehemaliger Zeitsoldaten, Polizisten und Grenzschützer. Sieben Arbeiter unterstützen die Forderungen durch ihre Unterschrift, darunter ein Vertrauensmann und ein Betriebsrat. Beide wollen die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkommitees und den Aufruf in ihren Abteilungen diskutieren und im Vertrauensleutekörper die Forderungen nach Lonfortzahlung und Kündigungsrecht einbringen. „Man muß sehen, daß man mit dieser Armee fertig wird. Die nutzt den Ausbeutern und nicht uns", erklärten mehrere Kollegen. „Ich gehe morgen zum Soldaten- und Reservistentag", rief ein Arbeiter laut vor einigen Arbeitern aus. –

Am 25.5. hat der niedersächsische Landesschülerrat zum niedersächsischen Schülerkongreß aufgerufen. Eine Vereinheitlichung der Schüler ist notwendig geworden, an den Schulen brodelt es. Es hagelt Erlasse, die die Unterdrückung der Schüler verstärken sollen mittels Noten. Für die Schüler der Fachschulen für Sozialpädagogik heißt das z.B. neueingeführte Halbjahreszeugnisse. Die Anzahl der Klassenarbeiten wird dementsprechend raufgesetzt. Zur Prüfung werden drei statt bisher eine Klausur geschrieben, die Stundenzahl wurde gekürzt. 1 500 Schülervertreter sind nach Hannover gekommen, das zeigt, die Schüler wollen den Kampf gegen die Schulunterdrückung aufnehmen. Die Revisionisten, die den Landesschülerrat besetzt halten, haben als Hauptparolen propagiert: „Solidarität ist unsere Kraft" und „Recht auf Bildung". Zweck des Kongresses unter diesen Forderungen war, Dampf unter den Schülern abzulassen. Das, was die Schüler drückt, die anstehenden Zeugnisse, die Noten, der Kampf um eine Lehrstelle wurde nicht behandelt. Der Kampf dagegen sollte unterdrückt werden. Als Sprecher des Landesschülerrats trat der Bürgermeister Schmalstieg auf, der das Geschäft der Spaltung versucht hat, um die verschärfte Unterdrückung an der Schule zu rechtfertigen. Die Hauptschüler seien nicht der vernünftige Aufguß der Realschüler und Gymnasiasten. Die Hauptschüler könnten eben besser Rasenmäher reparieren, die Gymnasiasten halt besser die Literatur aller Epochen analysieren.

Die Schüler haben Orientierung erwartet, für ihren Kampf an der Schule, mit der Kultusbürokratie wollten sie sich nicht arrangieren. Sie sind gegangen. Gegen Ende der Veranstaltung waren nur noch um die 300 Schüler anwesend.

Der Kampf der Schüler gegen die Schulunterdrückung kann nur erfolgreich geführt werden unter den Forderungen: Keine 5en und 6en! Keiner soll sitzenbleiben! Weg mit den Sonderschulen! Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!

Nervenaufreibender Wettlauf mit der Zeit

Arbeitsbedingungen eines Straßenbahners

Hannover. Hauptbahnhof, Mittwoch, 16 Uhr: Wir steigen in die Linie 19 Empelde-Langenhagen. Alle Sitzplätze besetzt. Zwei Stationen weiter, richtiges Gedrängel auf dem Mittelgang. Der Fahrer, seit gut drei Stunden im Dienst, klingelt andauernd. Ein Auto biegt aus einer Seitenstraße – Klingel, obwohl genügend Platz da ist. Der erste Kreisel am Steintor: unentwegtes Klingeln, trotzdem fährt ein Auto noch schnell durch. Dasselbe am Klagesmarktkreisel. Eine Minute später kreischende Bremsen eines Autos, ruckartiges Abbremsen der Straßenbahn. Noch mal gutgegangen, ein halber Meter Platz zwischen Auto und Bahn. Aber weiter, dem Fahrer sitzt der Fahrplan im Nacken. Station „Vahrenwalder Platz", inzwischen ist kaum noch Platz zum Stehen. Ein Arbeiter kommt etwas spät an die Bahn, die Tür bleibt zu. Weiter, weiter. Der Fahrer guckt öfter zur Uhr, ob es für die Pause am Berliner Platz noch reicht?

Eine freie Strecke, schnell hoch auf 50. In der Hektik bremst er spät ab, aber noch rechtzeitig vor der Ampel. Nach 25 Minuten Fahrzeit sind wir am Berliner Platz. Schnell das Schild mit der Fahrtrichtung wechseln, den Stempel für die Fahrkarten umstellen, dann Thermosflasche raus, knapp ein halber Becher Kaffee eingeschenkt, Zigarette anzünden. Schon beim Einschenken kommen die ersten Fahrgäste, Fahrkarten abstempeln, hastig einen Schluck nehmen, zweimal an der Zigarette ziehen, abstempeln. Vier Minuten sind um, Türen zu, abfahren. Statt 12 Minuten Pause nur vier.

Auf der Fahrt nach Empelde ist die Bahn nicht mehr ganz so voll, aber noch viel Verkehr in der Innenstadt. Die Fahrzeiten sind knapp kalkuliert, jede Fahrt wird zum nervenaufreibenden Wettlauf mit der Zeit. Am Steintor und am Hauptbahnhof sind Standposten, die die Zeiten genau kontrollieren.

17 Uhr, die Hauptstoßzeit ist jetzt vorbei, aber am Schwarzen Bär wird die Bahn noch einmal richtig voll. Wir sind viel zu spät dran. Also noch schneller beschleunigen und knapper bremsen. Trotzdem: In Empelde ist die vorgesehene Achtminutenpause weg. Statt 17.22 Uhr Ankunft ist es 17.35 Uhr. Gleich weiter. Einer, der noch rein will, muß die nächste Bahn nehmen.

Wir gehen zum Fahrer vor, durch das längere Mitfahren ist uns klar, daß die Arbeit äußerst hohe Konzentration erfordert und hohen Nerververschleiß bedeutet. Wir wollen jetzt einiges genauer wissen:

Als Straßenbahnfahrer kann sich bewerben, wer nicht älter als 30 Jahre alt ist und Führerschein Klasse 3 hat (den konnte man früher bei der Straßenbahn machen). Die Auslese ist enorm verschärft worden seit dem Anschwellen der industriellen Reservearmee. Es gibt verschiedene Dienstpläne: den kleinen Dienstplan mit geteilter Arbeitszeit, zum Beispiel von 6.48 Uhr bis 10 Uhr und von 13.10 Uhr bis 18 Uhr. Kein Nachtdienst, drei Wochenenden frei, am vierten Wochenende samstags Dienst. Neue Fahrer kommen da gar nicht rein. Den „normalen" Dreischichtdienst im wöchentlichen Wechsel. Der Frühdienst beginnt ca. 4 Uhr, der Mitteldienst, wie heute, geht von 12.29 Uhr bis 20.30 Uhr. der Spätdienst endet um etwa 1 Uhr. Den Verfügungsdienst, bei dem die Fahrer keinen festen Plan haben, sondern erst am Morgen erfahren, ob und wann sie fahren. Beim Vertretungsdienst warten jeden Tag zehn bis zwölf Fahrer im Depot auf ihren Einsatz, wenn jemand ausfällt. Für die Wartezeit bekommen sie nur den Grundlohn, nur für die Fahrzeiten gibt es Fahrzulage.

„Nerven muß man haben", sagt der Fahrer, „die darf man hier nie verlieren, und gut aufstehen muß man können. Wer ein paar Mal verschläft, bekommt eine Verwarnung und nach der zweiten Verwarnung fliegt man, das können die sich heute leisten."

Nach den Beförderungsbedingungen ist das Personal noch dazu angehalten, die Fahrgäste zu kontrollieren und gegebenenfalls von der Beförderung auszuschließen. „Das ist uns doch egal, wer da mitfährt und ob bezahlt wurde. Dazu haben sie doch die Kontrolleure. Ich sehe das einfach nicht.", war die Antwort.

Ob denn der Lohn reicht für die Wiederherstellung der Arbeitskraft? „Ich fahre schon 18 Jahre, da habe ich die höchste Steigerungsstufe beim Grundlohn, das sind rund 2 200 DM brutto. Dazu kommen dann noch die Zuschläge. Netto habe ich da so um die 2 000 DM. Die sind schwer verdient. Wenn man so richtig hinter die Kulissen schaut, sieht man, daß dadurch sehr viele Ehen kaputt gehen."

Ja, der letzte Tarifabschluß war zu wenig, aber der war ja überall zu wenig. Dieses Jahr hat die Gewerkschaft den Streik nicht organisiert, vor drei Jahren, da war das anders. Die Forderung nach dem Sieben-Stundentag bei vollem Lohnausgleich finde ich richtig. So wie wir hier ran müssen, ist das nötig." – (N-Red./Bezirksred. Hannover)

Gegen BAFöG, für Tarifvertrag

Göttingen. Die Schüler der staatlichen Lehranstalt für Medizinisch-technische Assistenten an der Universität Göttingen haben in einer Resolution den Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag unterstützt. Sie begründen das so, daß sie sich selbst in einer völlig rechtlosen Lage befinden, weil sie zwar einen Ausbildungsvertrag, aber keinen Tarifvertrag haben und auf das BAFöG angewiesen sind.

Während der zweijährigen Ausbildung besteht für alle Lehrveranstaltungen Anwesenheitspflicht, die mittels Anwesenheitslisten kontrolliert wird. Dazu kommen noch eine Unmenge von Klausuren, die Mittel zum Aussieben sind.

Das BAFöG ist das Druckmittel, um den Kampf der Schüler für ihre Interessen zu verhindern. So hat von den 70 MTA-Schülern des ersten Semesters kaum einer bis jetzt das BAFöG bekommen, obwohl die Ausbildung schon im Februar begonnen hat.

Bei einigen verweigerte das BAFöG-Amt die Ausbildungsbeihilfe, weil sie vor dieser Ausbildung bereits eine andere Ausbildung abgebrochen haben (z.B. ein Hochschulstudium), und jetzt im Sinne des BAFöG-Gesetzes nicht mehr als „förderungswürdig" erscheinen.

Bei einer Schülerin ist der Schulleiter Domagk aufgefordert worden, zwei Fragen zu ihrer Person an das BAFöG-Amt zu beantworten. 1. Ob sie regelmäßig an den Lehrveranstaltungen teilnimmt und 2. ob es abzusehen wäre, daß sie diese Ausbildung beenden wird.

Diese Fragen hat er so beantwortet. 1. Daß sie an den Lehrveranstaltungen teilnimmt und 2. Daß es schwiereig sei, zu beurteilen, ob sie die Ausbildung beenden wird, da sie ja erst kurze Zeit an der Schule ist und er dies erst nach einem Semester beurteilen könne. Das ist zynisch. Ist es doch vielmehr so, daß sie diese Ausbildung nicht wird beenden können, wenn sie das BAFöG nicht sofort bekommt.

Etwa 60 Schüler der MTA-Schule haben beschlossen, zu Professor Domagk zu ziehen und ihn aufzufordern, an das Bafög-Amt zu schreiben, daß er es befürwortet, wenn die Schüler das BAFöG bekommen. Eine Medizinervollversammlung hat beschlossen, dies zu unterstützen.

Professor Domagk wurde zur Rede gestellt, der erklärte, daß er die Lage, in der sich die MTA-Schüler befinden nicht so schlimm finde, andere hätten auch so lange auf das BAFöG warten müssen.

Am Nachmittag in der Biologievorlesung hat dann Domagk gedroht, einzelne aus der Schule zu schmeißen. Einer Schülerin warf er vor, den Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag offen unterstützt zu haben.

Gipfel der Frechheit von Domagk war dann noch, zu behaupten, eine Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag für MTA-Schüler sei völlig unsinnig, weil sie ja während der Ausbildung nicht arbeiten würden.

Unter den MTA-Schülern wird jetzt beraten, welche weiteren Schritte gegangen werden müssen, um den Arbeitstarifvertrag durchzusetzen. Unsere Aktion war hierzu ein Schritt. – (Zelle Unikliniken)



Wie die Siemenskapitalisten mit dem Druckmittel der Jugendarbeitslosigkeit die Ausbildung verändern

Braunschweig. Fast tausend arbeitslose Jugendliche gibt es zur Zeit im Arbeitsamtsbezirk Braunschweig. Für den 1. September haben sich in diesem Jahr bei Siemens Braunschweig über 500 Jugendliche für eine Lehrstelle in Elektro- und metallverarbeitenden Berufen beworben. Nehmen wollen die Siemens-Kapitalisten nur 69 Lehrlinge, davon ca. 35 in Stufenausbildungsberufen. Die meisten von ihnen sollen nach der Ausbildung als angelernte Hilfsarbeiter in die Produktion gehen. Vom letzten Jahrgang z.B. haben nur vier oder fünf einen Facharbeiterplatz bei Siemens erhalten.

Die Kapitalisten haben also reichliche Auswahl und sieben aus. Dazu machen sie einen sogenannten „Eignungstest". Dieser Test wurde in diesem Jahr einheitlich für den ganzen Konzern (ca. 80 Betriebe mit Lehrlingsausbildung) eingeführt.

Getestet werden „logisches Denken", „Geschicklichkeit", schnelle Auffassungsgabe", „Gedächtnis", „Allgemeinbildung", „mathematische und physikalische Kenntnisse" sowie „Fingerfertigkeit" – besonders wichtig in der elektrotechnischen Industrie.

„Allgemeinbildung" soll dann zum Beispiel sein, wenn stumpfsinnig eine logische Zahlenreihe nach der anderen vervollständigt wird. Da wird gleich getestet, wie lange dem künftigen Lohnarbeiter stumpfsinnige Dauerbelastung zugemutet werden kann. Das gleiche beim Zuordnen von Körperschnitten zu Körpern – Sortierarbeiten werden simuliert. Die Punktanforderungen, die man für bestimmte Berufe erreichen muß, schrauben die Siemenskapitalisten entsprechend der hohen Zahl der Bewerber von Jahr zu Jahr höher. Genügten vor zwei Jahren in dem alten Test noch 95 Punkte, um eine Lehrstelle als Elektromechaniker zu erhalten, werden heute die Nachrichtengeräte-Mechaniker erst ab 105 Punkten eingestellt.

Die Ausbildung bei Siemens ist genauestens auf die Bedürfnisse der Kapitalisten ausgerichtet, vor allem durch die Stufenausbildung. Zunehmend findet eine Vereinseitigung der Ausbildung statt. In der Stufenausbildung ist die Grundausbildung Metallverarbeitung von ca. neun Monaten auf drei Monate verkürzt worden. Im Produktionsablauf selber werden die Auszubildenden bereits auf bestimmte Schwerpunktabteilungen spezialisiert, so daß sie gar nicht mehr alle Abteilungen durchlaufen. Zum Beispiel ist ein Auszubildender 14 Wochen im Prüffeld, aber nicht in der Sonderfertigung, nicht in der Fernschreiberfertigung und nicht in der Güteüberwachung. So wird der Wert der Ware Arbeitskraft gedrückt, denn die Lehrlinge haben später als Facharbeiter wesentlich schlechtere Bedingungen, ihre Arbeitskraft an einen anderen Kapitalisten zu verkaufen und wenn, dann zu einem niedrigeren Lohn.

Gleichzeitig wird die Ausbildung verkürzt. Die Lehrlinge kommen jetzt bereits Mitte des zweiten Ausbildungsjahres in die Produktionsabteilungen, was vorher erst Anfang des dritten Ausbildungsjahres der Fall war. Vor allem findet die Verkürzung der Ausbildung statt durch die Stufenausbildung selbst. In diesem Jahr sollten 14 Lehrlinge nicht in die zweite Stufe übernommen werden und gleich als Hilfsarbeiter in die Produktion geschmissen werden. Durch Druck der Jugendvertretung und der Lehrlinge konnte erreicht werden, daß „nur" sechs nicht in die zweite Stufe kamen.

Vordergründig wird die Übernahme bzw. Nichtübernahme mit den Leistungen und Qualifikationen begründet. Tatsächlich jedoch ist die Nichtübernahme abhängig von dem Bedarf der Siemens-Kapitalisten an qualifizierten Facharbeitern, und der hat sich durch Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen verringert. Gleich wurde der erforderliche Notendurchschnitt für die Übernahme in die zweite Stufe von 4,0 auf 3,75 heraufgesetzt.

Die ständige Benotung aller Arbeiten nach einem Punktesystem, das den IHK-Prüfungen entspricht (Arbeitsgüte", „Zeitaufwand" etc.), Briefe an die Eltern wegen jeder Kleinigkeit wie schlechter Schulnote oder „geringer Leistungsbereitschaft (In den Briefen heißt es immer „. . . daß im Wiederholungsfall die Fortsetzung der Ausbildung ihres Sohnes gefährdet ist") sollen die Auszubildenden für die Profitproduktion gefügig machen. Offen gedroht wird mit den arbeitslosen Jugendlichen und daß man auf die Arbeitskraft des einen oder anderen ja nicht angewiesen sei. Diese Seite soll durch Einführung neuer Beurteilungsbögen verschärft werden, in denen z.B. das „Verhalten im persönlichen Kontakt", „Lernbereitschaft" und „Ordnung" nach Kriterien wie „verhält sich eher abweisend/ist wenig verbindlich/meist unzugänglich für Anregungen/ kommt nur schwer in Kontakt" beurteilt werden.

Diese Beurteilungsbögen sind in den anderen Siemens-Betrieben bereits eingeführt und sollen in Braunschweig im Herbst eingeführt werden.

Die Lehrlinge nehmen den Kampf auf gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten. Sie schließen sich auf Forderungen wie Existenzlohn für Lehrlinge und Festgeld im Lohnkampf zusammen, wie in diesem Jahr, oder beschließen die Forderung noch Übernahme aller Lehrlinge in die zweite Stufe der Ausbildung. Die Jugendvertretung hat die Forderung nach „Abschaffung der Stufenausbildung" aufgestellt. Die Lehrlinge beraten jetzt in Gruppen, wie der neue Beurteilungsbogen verhindert werden kann. – (Zelle Siemens, Braunschweig

Eine „längst überfällige Reform"

Änderungen im „sozialen Wohnungsbau" sollen Milliarden DM an Lohngeldern in Kapitalistentaschen lenken

„Aufsehenerregender Plan von Bundeskanzler Schmidt: Millionen Mieter sollen mehr zahlen", meldet das „Hamburger Abendblatt" vom 21.5. über den 46. Deutschen Mietertag, auf dem Schmidt die nächste, eine „längst überfällige Reform" seiner Bundesregierung angekündigt hat. Die Länderbauminister steckten bereits mitten in der Arbeit an einem „gerechteren Mietensystem", und über den Hauptpunkt seien sie mit der Bundesregierung einig: über die „Freigabe der Sozialmieten durch Lösung vom Kostenprinzip".

Geht's darum, Lohngeld in Kapital zu verwandeln, auf möglichst elegante Weise die Ergebnisse des Lohnkampfes außer Kraft zu setzen, erweisen sich die Sozialdemokraten als wahre Meister der Findigkeiten und Gemeinheiten. Wenngleich, sie können sich auf die Vorarbeit aller bürgerlichen Parteien stützen, wenn sie jetzt durch „Reform der Wohnungsbauförderung" die Ernte einfahren wollen.

Noch jede Steuererhöhung haben die bürgerlichen Parteien mit Hinweis auf große „soziale Leistungen", die finanziert werden müßten, beschlossen. Welch „soziale Verbesserungen" habe nicht das Einkommenssteuerreformgesetz vom 1.1.75 erbracht, ein ganzes Kapitel in ihrem „Sozialbericht 76" widmet die Bundesregierung solchen lobhudelnden, wahrheitsverdrehenden Behauptungen. Die Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr diene, so Apel und Schmidt, vor allem dem Zweck, das Kindergeld zu verbessern. Und so weiter. Der Beginn des „Sozialen Wohnungsbaus" Anfang der 50er Jahre fällt zusammen mit einer kräftigen Erhöhung der Lohnsteuern von 4,6 auf 6,1 Prozent durchschnittlich. Auch wer es bewußt noch nicht miterlebt hat, kann sich's förmlich vorstellen, wie die Bourgeoispolitiker damals herumgetönt haben, daß die Steuererhöhung nötig sei, damit „der Staat" für Wohnungen sorgen könne, die „nach Größe, Ausstattung und Miete für die breiten Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind" (Wohnungsbaugesetz), kurz, daß jeder eine erschwingliche Wohnung bekomme. Die ganze „Fürsorge" des bürgerlichen Staates löst sich dahin auf, daß die „breiten Schichten des Volkes" doppelt zahlen für ihre Wohnung: zum einen die Miete und zum anderen die Steuererhöhung, bzw. über ihre Steuern das, was der bürgerliche Staat den haus- und grundbesitzenden Kapitalisten zusteckt.

So ging es viele Jahre, bis den Sozialdemokraten, die inzwischen die Regierung stellten, etwas Neues einfiel, wie über die Mieten noch größere Teile der Arbeiterlöhne in Kapitalistenhand geraten, nachdem man zahlreiche Steuererhöhungen bereits im Sack hatte. Man könne „den Steuerzahler" nicht weiter belasten, so ihr neuer Dreh, es ginge auch nicht an, daß ein Teil der Bevölkerung, vor allem die Mieter in den neuen „Sozialwohnungen", der „Allgemeinheit" dermaßen auf der Tasche lägen. Der Plan für die Erhöhung der „Sozialmieten" wurde Ende der sechziger Jahre gefaßt. Erster Akt: Zuerst kommen die Mieter der neuen „Sozialwohnungen" dran. Für die ab 1970 fertiggestellten „Sozialwohnungen" werden (statt wie bis dahin billige Darlehen und Kapitalzuschüsse) nunmehr Aufwendungsbeihilfen gezahlt, das sind Zinszuschüsse, die nach einem bestimmten Zeitplan abgebaut und die entsprechenden Zahlungen auf die Mieten gewälzt werden. Für die Mieter der neueren „Sozialwohnungen" heißt das: regelmäßige Mietsprünge, zusätzlich zu den Mieterhöhungen, die mit „Zinssteigerungen" und „wachsenden Betriebskosten" begründet werden. Quadratmeter-Mieten von 6 Mark und mehr sind keine Seltenheit mehr – über ein Drittel der Mieter, die in seit 1968 gebauten „Sozialwohnungen" wohnen, müssen sie zahlen.

Zweiter Akt: Schmidt entdeckt „ärgerliche Ungerechtigkeiten": „Die preiswerten älteren Sozialwohnungen seien oft von gutverdienenden sogenannten ‚Fehlbelegern' besetzt . . ." Und: „Die Miethöhe sei abhängig vom Baujahr und stehe häufig im Gegensatz zum tatsächlichen Wohnwert."

„Ärgerlich" stimmt's den Sozialdemokraten, daß es ihnen damals noch nicht gelungen ist, die älteren Sozialwohnungen in vollem Umfang mit in die Mietentwicklung miteinzubeziehen. Nicht, daß hier die Mieten sich in erträglichen Höhen bewegten: 1975 zum Beispiel mußten 84 % dieser Mieter Quadratmeter-Mieten zahlen von mehr als 4 Mark, kalt. In Berlin-Wilmersdorf zum Beispiel kosteten „Sozialwohnungen" 1959 beim Einzug 2,75 DM pro Quadratmeter, heute muß der Mieter dafür 6,25 DM zahlen. „Preiswerte ältere Sozialwohnungen"! Insgesamt jedoch liegen die Mietsteigerungsraten bei den „älteren Sozialwohnungen" leicht unter dem Schnitt: einer Mietsteigerung von 240 % in 16 Jahren.

„Genausowenig wie es auf ewig Sozialbutter und Butter zum normalen Preis gibt, muß es für alle Zeit zwei Arten von Wohnungen geben", hat Schmidt vergangenes Wochenende angekündigt. Zu deutsch: Die Zuschüsse werden gestrichen, die „Sozialmieten" freigegeben, sie steigen. Die Lohnabhängigen kostet dieser „aufsehenerregende Plan" – allein die weitere Steigerung der Zuschüsse – einige Milliarden Mark ihres Lohnes. Darüberhinaus sind gewaltige Mietsteigerungen schon eingeplant: Eine interne Studie des Wohnungs- und Städtebauministeriums hat für 1980 Kostenmieten von bis zu 17 Mark errechnet. Dreizimmerwohnungen ab 1 000 DM aufwärts – *kein* Lohnabhängiger kann das zahlen.

Wie schon heute unzählige lohnabhängige Familien die Mieten nicht mehr zahlen können, weil sie ein Drittel oder mehr des Lohns verschlingen, wird es in Zukunft nahezu unmöglich, vom Arbeiterlohn eine auch nur einigermaßen anständige Wohnung zu mieten. Als die Mieten Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre die rasante Entwicklung nahmen, haben die Bourgeoispolitiker, in Ergänzung zum „Sozialen Wohnungsbau", das Wohngeld eingeführt. Wird der Wohnungsbau generell subventioniert, wenn auch der Anspruch auf „Sozialwohnungen" an bestimmte Einkommensgrenzen im Antragsjahr gebunden ist, wird das Wohngeld direkt an die „Bedürftigkeit" des einzelnen gebunden, und zwar ständig neu. Tausend Schikanen, Offenlegung sämtlicher persönlicher Verhältnisse, bevor man Wohngeld bekommt, jeder einzelne einen anderen Betrag. Jede Lohnerhöhung bedeutet Kürzung des Wohngeldes. Jede Mietsteigerung ebenfalls, denn Wohngeld gibt's nur für billige Wohnungen, und je teurer die Wohnung, desto geringer das Wohngeld. Ein ausgezeichnetes Instrument, die Abhängigkeit des einzelnen vom bürgerlichen Staat zu verstärken und die Kontrolle über ihn auszuweiten, und sicher genug, wachsende Teile des Lohns aus den Taschen der Lohnabhängigen in die Geldsäcke der haus- und grundbesitzenden Kapitalisten zu lenken, die es zwecks weiterer Ausplünderung der Volksmassen anlegen. – (Z-Red)

Westberlin. Drei strafgefangene Jugendliche aus der Haftanstalt Plötzensee haben am 25.5.77 einen Brief an die ZANU geschrieben, in dem es heißt:

„Wir sind zur Zeit im Jugendknast Plötzensee gefangen. Einer von uns wird in einigen Monaten zur Bewährung entlassen, die anderen müsssen noch drei bzw. zweieinhalb Jahre sitzen. Wir haben gehört von der Aktion des Kommunistischen Jugendbundes (KJB) „Gewehre für die Jugend Zimbabwes". Weil das eine richtige Sache ist, wenn das Volk die Unterdrükkung und die Unterdrücker mit Waffengewalt beseitigt, unterstützen wir diese Aktion. Es ist auch richtig und notwendig, daß die Schüler in Zimbabwe; wie wir gehört haben, die Schulen verlassen und gemeinsam mit dem zimbabwesischen Volk in der ZANU für die Befreiung des gesamten Landes kämpfen. Dazu braucht man Waffen, das wissen wir auch. Wir haben nicht genug Geld, um diese Aktion auch finanziell richtig zu unterstützen. Das bißchen Geld, was wir hier in die Finger bekommen brauchen wir hier im Knast, um nicht völlig kaputt zu gehen. Wir brauchen auch Nachrichten von draußen. Wir werden aber mit den anderen Jugendlichen und den Beamten im Knast darüber sprechen. Euer Kampf ist wichtig und richtig, auch für uns"

Osnabrück. Am Samstag führte der KJB als Propagandaaktion zur Unterstützung der Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" einen Luftgewehrschießwettbewerb auf Attrappen von Ian Smith, Helmut Schmidt, Jimmy Carter und Leonid Breschnew durch. 40 Jugendliche und 20 Kinder beteiligten sich daran. Insgesamt wurden 40 DM gesammelt für ein Gewehr. Im Anschluß daran wurde ein Geländespiel durchgeführt, bei dem in der Umgebung der Polizeireviere Rosenplatz und Ragenstecherstraße truppmäßig Plakate geklebt wurden, während ein anderer Trupp mit dem zentralen Flugblatt der Soldaten- und Reservistenkomitees aufs Revier ging, um mit den diensttuenden Polizisten die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Recht auf jederzeitige Kündigung für Zeitsoldaten und Polizisten zu diskutieren. Hier kam es zu scharfen Debatten über den Zweck der Polizei. Junge Polizisten gaben zu, daß sie bei ihren Tätigkeiten oft von den Menschen auf der Straße angeriffen würden. Als erklärt wurde, daß sich darin das Bewußtsein vieler Menschen über den Klassencharakter der Polizei ausdrückt, wurde die Debatte von einem Polizeioffizier abgebrochen. Am Abend wurde ein Lagerfeuer gemacht, an dem revolutionäre Lieder gesungen und Gedichte vom Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen vorgetragen wurden.

„Gespart wird immer wieder beim Betonmischen"

„Wer nun die Stützungsmaßnahmen und die Untersuchungen, die schon

In einem Wohnblock in Wiesbaden Klarenthal schimmeln die Wände. Sie

chen „spannen", werden in Hüllrohre verlegt. Damit sie dort nicht rosten und

tion der Häuser verwendet. Nach zehn Jahren regnete es in die Häuser, und

die Debatte von einem Polizeioffizier abgebrochen. Am Abend wurde ein Lagerfeuer gemacht, an dem revolutionäre Lieder gesungen und Gedichte vom Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen vorgetragen wurden.

„Gespart wird immer wieder beim Betonmischen"

„Wer nun die Stützungsmaßnahmen und die Untersuchungen, die schon mehr als eine Million Mark kosten, zahlt, und wer für die Schäden verantwortlich gemacht werden kann, ist fraglich", berichten die Düsseldorfer Nachrichten vom 6. Nov. 1976 über die Risse im Beton einer Hochstraße auf dem Heerdter Dreieck. Jahrelang sind meist die „Sachverständigen" mit solchen Schäden beschäftigt, und die Volksmassen müssen über die Steuern für diese Schäden zahlen.

Die Bauarbeiter wissen genau, wer die Verantwortlichen dafür sind. „Ich arbeite als Schreiner und habe viel auf dem Bau zu tun. Gespart wird immer wieder beim Betonmischen. Beim Lieferbeton geht das wohl nicht so gut. Da muß von jeder Mischung ein Probeblock gegossen werden, der dann auf Druck überprüft werden muß. Aber die werden da auch ihre Tricks haben. Auf der Baustelle sieht das anders aus. Außer den Arbeitern fällt es keinem auf, wenn zu jeder Mischung halt eine Schippe Zement weniger gemacht wird. Auf den Tag gesehen sind das schon ein paar Tonnen Zement."

Auf einem in Frankfurt durchgeführten Seminar vom Bundesverband öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger (BVS) sagte Diplomingenieur Raimund Probst, daß über die Bauschäden von einem Klüngel von Funktionären und Architektenschaft, den Kammern, der Baustoffindustrie und Bauwirtschaft ein Mantel des Schweigens gebreitet wird. Daß diese Bauschäden jährlich ein Volumen von rund 1 Milliarde Mark erreichen, und den Hauptanteil daran haben seiner Meinung nach mangelhafte Baustoffe.

Profit heißt das Zauberwort für die Kapitalisten, und je mehr sie aus den Arbeitern herausholen können und je weniger sie an Baustoffen benötigen, umso besser. Das ist ihr Ziel. In Bergshausen bei Kassel mußten 200 bis 300 Meter Kanalrohre neu gelegt werden. Die Antreiberei der Kapitalisten hatte dazu geführt, daß der Boden des Grabens nicht festgestampft worden war. Außerdem hatte der Kapitalist an Kies gespart. Dadurch hatte sich der Boden gesenkt, und die Kanalrohre sind abgeknickt.

In einem Wohnblock in Wiesbaden Klarenthal schimmeln die Wände. Sie sind unzureichend isoliert worden. Die Möbel in den Wohnungen gehen kaputt. Die GENO hat diese Häuser bauen lassen, in deren Aufsichtrat u.a. auch der Stadtkämmerer Oedekoven sitzt. Im Opelwohnheim in Rüsselsheim sind die Wände so dünn, daß man das Radio der Nachbarn hört. Die Versorgungsrohre sind über Putz gelegt und die Fenster so klein, daß man auch tagsüber Licht machen muß.

Am neuen Stadion in Köln-Müngersdorf, an der Brückenzufahrt über den Deutzer Messekreisel und an der Gleisanlage der Bundesbahn sind im vorigen Jahr Spannstähle gerissen. Wie kam es dazu? Die Stähle die Betonflächen „spannen", werden in Hüllrohre verlegt. Damit sie dort nicht rosten und infolgedessen reißen können, werden die Rohre mit flüssigen Beton verfüllt. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß eine ganze Anzahl solcher Rohre nicht richtig verfüllt worden waren. Tellergroße Betonbrocken flogen durch die Gegend, und das Stadion mußte sogar vorübergehend geschlossen werden. Die Kosten für die Untersuchung der Pfuscharbeit und das Auffüllen der Rohre im Stadion wurden von der Fa. Dyckerhoff und Widmann mit rund 100 000 DM angegeben.

In der Adenauer-Siedlung hat die Baufirma billige Folien statt „zwei Lagen Glasvliespappe im Verbund geklebt" und statt Phenolharz wasserlösliche Harzstoffe für die Dachkonstruktion der Häuser verwendet. Nach zehn Jahren regnete es in die Häuser, und die Baufirma DEWOG dachte nicht daran, für den Schaden aufzukommen, da „die Gewährleistungsfristen abgelaufen seien und die Frage einer Kulanzregelung abgelehnt werden muß, da einmal der Umfang der Schäden zu groß ist und außerdem Präzedenzfälle geschaffen würden."

In der Gesamtschule Holweide führten Schüler, Lehrer und Eltern einen erbitterten Kampf gegen die Stadt. Formaldehyd strömte aus den Deckenplatten und verursachte Schleimhautreizungen, tränende Augen und Übelkeit. Eine Lehrerin mußte abtreiben lassen, weil eine Mißbildung ihres Kindes nicht auszuschließen war. – (Mi-Red)

„Jahrhundertbauwerk" Köhlbrandbrücke

Hamburg. Die Bourgeoisie ist überhaupt nicht in der Lage, die Produktionsmittel zu beherrschen – das zeigen auch die Vorfälle mit der Köhlbrandbrücke. Am 15.3.77, rund zweieinhalb Jahre nach der Einweihung der Köhlbrandbrücke (September 1974) mußte die bürgerliche Presse über das „Jahrhundertwerk" betrübt feststellen: „Köhlbrandbrücke: die Seile sind brüchig" (Morgenpost, 15.3.77). „Die Seiten reißen! Köhlbrandbrücke wird gesperrt. Europas kühnstes Bauwerk in Gefahr." (Bild, 15.3.77)

Was war geschehen? Die Brücke wird an Stahlseilen getragen, insgesamt sind es 66 Stahlseile zwischen 60 und 180 Meter lang und 58 bis 103 Millimeter stark. Ein Drahtseil mußte abmontiert werden, weil einige der 4 Millimeter dicken Einzelseile gebrochen waren. Die „Pioniere" im Profitstreben konnten nichts anderes, als ihre eigene Unfähigkeit in der Beherrschung der Produktion zugeben. „Schrägseilbrücken sind noch nicht in so großer Zahl gebaut worden, daß sie zu den Routinebauwerken gehören." (Morgenpost, 15.3.), sagte die staatliche Pressestelle. Diese Tragseile, die nach den Kapitalistenaussagen 50 Jahre haltbar sind, setzen auch schon Rost an.

Weiter haben die Kapitalisten ihre eigene Unfähigkeit kommentiert, daß „das Auftreten unerwartet war", und „noch nicht alle Beanspruchungen, die in der Praxis auftreten, seien bereits wissenschaftlich erforscht" (nach Hamburger Abendblatt, 15.3.77), für die Kapitalisten aber auch „unerwartet" gehörte, daß heftige Schwingungen auftraten, wenn das Bauwerk in hohe Windstärken gerät. Vielleicht dachten die Kapitalisten, es gibt in 200 Meter Höhe keinen Wind? Bei diesen Windböen mußte die Brücke jedenfalls immer gesperrt werden. Und ist es nicht eine weitere Pionierleistung der Kapitalisten, daß die Brücke im August 76 (2 Jahre nach der Einweihung) gesperrt werden mußte, weil sich ein langer Riß in der Fahrbahndecke zeigte? Wie gesagt: auch „unerwartet"!



Dransfeld. 14 Schüler und Kinder haben auf einem Festnachmittag der Zelle Dransfeld des KBW, Bezirk Südniedersachsen, die folgende Grußadresse beschlossen und eine Schülerin beauftragt, sie auf der Veranstaltung mit einem Vertreter der ZANU am 22.5 in Hannover vorzutragen. Da sie wegen schlechten Wetters nicht draußen bleiben konnten, haben sie beschlossen, dies bei schönem Wetter nachzuholen, dabei die Fahne der ZANU gut sichtbar in Dransfeld anzubringen und dabei die gemalten Bilder auszustellen und zu versteigern.

Grußadresse

„Wir, 14 Schüler und Jugendliche aus Dransfeld bei Göttingen, bitten die Delegation der ZANU auf der Veranstaltung in Hannover am 22.Mai, der Jugend und dem ganzen Volk von Zimbabwe unsere herzlichen Grüße zu übermitteln. Bitte sagt den Jugendlichen in den Ausbildungslagern der ZANU: Wir freuen uns, daß ihr die Schulen der Siedler verlaßt und euch dem bewaffneten Befreiungskampf angeschlossen habt. Auch wir kämpfen gegen eine Ausbildung, die uns dumm halten soll, damit die Kapitalisten uns später in ihren Betrieben, Fabriken und Büros ausbeuten und unterdrücken können. Wir sind für eine Ausbildung, die uns was nützt, die uns in die Lage versetzt, die Produktion zu beherrschen. Wir wissen, die westdeutsche Jugend und das Volk von Zimbabwe haben einen gemeinsamen Fein, die Imperialisten.

Wir werden sie gemeinsam besiegen. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen vergrößern, euren Kampf bis zum Sieg zu unterstützen. Wir werden die Sammlung für Gewehre für die Jugend Zimbabwes fortführen."

Westberlin. Folgende Resolution wurde von 14 Eltern und 100 Schülern unterstützt: „Wir erklären, daß es richtig ist, daß die Lehrerin der Klasse 4a der 14. Grundschule in Kreuzberg, Frau Huyoff, keine 5en und 6en gibt. Wir unterstützen das, weil durch das Notensystem, insbesondere durch die 5en und 6en die Schüler unterdrückt und ausgesiebt werden. 5en und 6en, Sitzenbleiben und Sonderschulen bedeuten zukünftige Arbeitslosigkeit und Verelendung. Mit dem Beamtenrecht soll Frau Huyoff gezwungen werden, das Notensystem voll anzuwenden, und falls sie das nicht macht, soll sie aus dem Schuldienst entlassen werden. Dagegen sind wir.

Keine 5en und 6en, weg mit dem Notensystem! Streichung der entsprechenden Schulgesetze! Weg mit dem Beamtenrecht! Frau Huyoff soll Lehrerin bleiben."

Kampf der Studenten in Westeuropa

Wie jetzt in der BRD, hat auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern der Kampf der besitzlosen Studentenmassen einen neuen Aufschwung genommen. Ein kurzer Überblick:

– Im *Januar* traten in *Schweden* 25 000 Studenten an über 70 Hochschulen in den Streik gegen die Verschärfung der Prüfungsordnungen.

– Im *Februar* begann der Kampf der *italienischen* Studenten gegen die geplante Universitätsreform, der bis jetzt noch anhält. Der Gesetzentwurf liegt mittlerweile vor: Zugangsbeschränkungen zur Universität und Prüfungsordnungen, die 1968 unter dem Druck heftiger Studentendemonstrationen und -streiks zurückgezogen worden waren, werden wieder eingeführt – nur mit ein bißchen „Mitbestimmung" auf Revisionistenart garniert (das Gesetz ist mit der PCI schon abgesprochen). Das Gesetz kommt in einer Situation, wo allein in Rom sich 150 000 Studenten in gänzlich unzureichenden Räumlichkeiten fast tot treten, die meisten arbeiten gehen müssen neben dem Studium und nach dem Studium zum größten Teil keine Arbeit finden. „Rund 400 000 Arbeitslose können einen Studientitel vorweisen, der zu nichts nützt." („Süddeutsche Zeitung") – Die Kämpfe nahmen ihren Ausgang von den Universitäten im Süden, wo die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend am größten ist, und breiteten sich dann über alle Universitäten aus. Die Studenten forderten in der Hauptsache freien Zugang zur Hochschule, Abschaffung der Prüfungsordnungen, staatliche Stipendien, die zum Leben ausreichen, und Arbeit oder Arbeitslosengeld nach dem Studium. Ende Februar wurde mit Hilfe der Revisionisten und unter Einsatz von Panzerwagen die Universität Roms geräumt. Alle polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen haben den Kampf nicht brechen können, trotz fortdauernder Zersetzungs- und Spaltungsversuche der spontaneistischen und reformistischen Führer der „Neuen Studentenbewegung", die mit allerhand Phantastereien über „neue Lebensformen" usw. den tatsächlichen Inhalt des Kampfes gegen das materielle Elend und die politische Reaktion vernebeln wollen.

Im *März* kam es in *Großbritannien* zu Demonstrationen und Aktionen von mehr als 100 000 Studenten. 34 Hochschulen und Colleges wurden im Verlauf der Kämpfe besetzt. Der Kampf richtete sich hier gegen die Verdoppelung, teilweise Verdreifachung der Studiengebühren, die es vielen Studenten aus den arbeitenden Volksklassen unmöglich machen, tenden Volksklassen unmöglich machen, zu studieren bzw. ihr Studium zu beenden.

– In *Finnland* fanden im März ebenfalls, nach den Streiks an den meisten Hochschulen im Herbst, neue Demonstrationen der Studenten statt. Sie richteten sich gegen die Kürzung der (von den Banken gegebenen) Darlehen um 20 bis 30 Prozent und die Erhöhung der Zinsen. Die Studenten fordern die Bezahlung ihres Studiums durch den Staat.

Heftige Auseinandersetzungen gegen materielle Verelendung, bürokratische Schikane und politische Unterdrückung haben auch die Studenten in *Griechenland, Spanien* und *Portugal* in der ersten Hälfte dieses Jahres geführt. In Porto (Portugal) haben die Studenten in diesen Tagen die Universität besetzt aus Protest gegen die Rückkehr der faschistischen Professoren und die Verschärfung der Prüfungsordnungen durch die Soares-Regierung.

Einen Rückschlag hat demgegenüber die *französische* Studentenbewegung nach der Niederlage ihres großen, wochenlangen Streiks im letzten Jahr gegen die „Reform Haby" erlitten. Numerus Clausus, Verbot des Wechsels des Studienfachs und Verschärfung der Prüfungsordnung, zusammen mit miserablen Stipendien und politischer Unterdrückung lasten jetzt schwer auf den Studenten. Ein neuer Zusammenschluß ist bisher nicht zustandegekommen, da die Führung den Reformisten und Revisionisten nicht entrissen werden konnte, obwohl ihr tatsächlicher Einfluß sinkt. In den Studentenratswahlen dieses Frühjahrs sank die Wahlbeteiligung tief ab, in Paris auf kaum 20 Prozent. Revisionisten und Rechte verloren die meisten Stimmen, die Hauptgewinner waren verschiedene „Unabhängige".

Die Hochschulreformen, die in den meisten europäischen Ländern Ende der sechziger Jahre eingeleitet wurden, haben ihren reaktionären Charakter inzwischen enthüllt. Zeitweise hat die Bourgeoisie die Schleusen der Hochschulen geöffnet, um sich aus den besitzlosen Massen ihren erweiterten Bedarf an Funktionären zu dekken, gleichzeitig die Konkurrenz unter ihren aber gewaltig zu steigern, um sie auf diese Weise zu zwingen, sich den Anschauungen und Zwecken der herrschenden Klasse zu unterwerfen. Die kapitalistische Krise hat in den westeuropäischen Ländern die materielle Lage der besitzlosen Studenten katastrophal verschlechtert und macht die weitere Anziehung der Prüfungsschikane vollends unerträglich. Daraus beziehen die heutigen Kämpfe der Studenten ihre Breite und ihre Stoßkraft. – (Z-Red)

„Mach's richtig" – Ein Jahrgang wird verhackstückt

„Mach's richtig" – mit diesem Spruch wendet sich die Bundesanstalt für Arbeit Vertraulichkeit heuchelnd an die „Hauptschulabgänger 78" und ihre Eltern. Eine 50seitige Broschüre unter diesem Titel stellt ihnen die Frage: „Wie geht es weiter mit *Ausbildung* und *Beruf?*" Für die Schüler und ihre Eltern ist das Auftakt zu einem ebenso langwierigen wie quälend langen Weg bis zum Herbst 1978, gepflastert mit ungezählten Demütigungen, Unverschämtheiten und Epressungen durch die Lehrherren, gleich ob Kapitalisten oder öffentliche Dienstherren.

Jetzt schon steht fest: Von den bald 600 000 Jugendlichen aus allen Zweigen und Stufen des Schulwesens, die für diesen Zeitpunkt nach einem Ausbildungsvertrag suchen, wird nur ein Teil diesen überhaupt erhalten. Die Sozialdemokraten unter Leitung von Helmut Schmidt lassen Sprüche los über den „Anspruch" der Jugend auf Ausbildung und auf Berufswahl. Was ist davon zu halten? Auf den Wink der Kapitalisten mit „100 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen" hat sich erst kürzlich ihr Bundestagswahlschlager „Ausbildungsplatzförderungsgesetz" als Seifenschaum herausgestellt. Gegenüber Schülern und Eltern empfehlen sie sich als Bildungsreformer und ihre Bildungsreformtaten und -vorstellungen als Gegenmittel: Der neueste Schlag von Ehrenberg ist die Ankündigung eines „Pflichtbildungsjahrs" für Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Die Kapitalisten senken rigoros das Angebot an Ausbildungsverträgen. Für 1974/75 meldete die Arbeitsamtsstatistik noch 326 000 Vertragsangebote gegenüber 375 000 Bewerbungen. Für 1975/76 verdoppelt sich der Unterschied bereits: 303 000 Vertragsangeboten von Lehrherren stehen 404 000 Nachfragen gegenüber. Für die ersten 6 Monate dieses Jahres 1976/77 kann Stingl zwar mit 261 000 Vertragsangeboten einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr vermelden, aber bereits 338 000 Bewerbungen liegen vor. Die Kapitalisten in Industrie und Handel wälzen zielstrebig die Ausbildungslasten ab, um ihre Profite zu erhöhen. Das Handwerk versucht mit der Vermehrung der Lehrlingskapazität sich über Wasser zu halten. ten.

Insgesamt sinkt dabei die Nachfrage der Kapitalisten. Der Arbeitsmarkt mit jugendlicher Arbeitskraft ist überfüllt: Noch Anfang des Monats waren 90 000 Jugendliche bis 20 Jahre ohne Arbeit.

Klar, daß die Kapitalisten davon ausgehen, die Arbeiterjugendlichen als Lehrlinge oder ungelernte Arbeiter noch zügelloser unterdrücken und billiger für ihre Profitinteressen ausnutzen zu können. Der ebenso abgefeimte wie planmäßige Charakter der Politik der Sozialdemokraten und ihr Betrug unter der Flagge „qualifizierte Ausbildung" springt ins Auge, wenn man die Ergebnisse dieser Politik für 1974 und 1975 überprüft:

– 511 000 Jugendliche treten auf den Arbeitsmarkt mit beendeter Vollzeitschulpflicht. 36 000 von ihnen haben diese Zeit in den Sonderschulen zubringen müssen. Weitere gut 90 000 Schüler im Berufsschulalter verlassen die Hauptschule ohne Abschluß oder brechen mit dem gleichen Ergebnis die Real- bzw. Oberschule vorzeitig ab, also jeder vierte ohne Abschluß.

– Dazu kommen gut 250 000 Absolventen von Realschulen oder gleichwertigen Einrichtungen. Davon wiederum haben 90 000 diesen Abschluß durch vorzeitigen Abbruch des Gymnasiums oder über Einrichtungen des „Zweiten Bildungswegs", Berufsaufbau- und Berufsfachschulen, erreicht.

– Schließlich kommen hinzu zusammen etwa 165 000 Absolventen mit „Hochschulreife", „Fachhochschulreife" oder „fachgebundener Hochschulreife", denen diese Eigenschaft auf den Gymnasien, den Abendgymnasien, den Berufsoberschulen, den Technischen Oberschulen oder den Fachgymnasien bescheinigt worden ist.

Bei dieser groben Darstellung der Arbeitsmarktlage für jugendliche Arbeitskraft als Ergebnis der Bildungspolitik, wie sie die Sozialdemokraten empfehlen und mit dem „Pflichtbildungsjahr" weiter ausbauen wollen, sind die „Feinheiten" noch gar nicht berücksichtigt, die die Drangsalierung, Schikane und Unterdrückung der Schüler erst vervollständigen: ob Hauptschulabschluß Marke „A-Kurs" oder „C-Kurs", ob mit oder ohne Englisch usw. Es genügt, um zu sehen: Bei diesem System der Zufuhr jugendlicher Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt mag sich zum Beispiel der Personalchef von Hoechst mit Genuß im Sessel zurücklehnen und das Arbeitsamt wissen lassen: 1. Die besten Abiturienten sind gerade gut genug. Aber 2.: Es sollen auch ein paar „mittlere" dabei sein, und auch für die „ganz schwachen" besteht unter „gewissen Bedingungen geeignete Verwendung"!

Im Ergebnis des Jahres 1975 sieht diese „freie Berufswahl" nach Wunsch der Kapitalisten und Empfehlung der Sozialdemokraten dann so aus:

– Unter den 1,6 Millionen Berufsschülern befinden sich 411 000 im 1. Berufsschuljahr. Aber keineswegs alle von ihnen haben einen Ausbildungs- oder Praktikantenvertrag: Insgesamt 170 000 Berufsschüler werden gesamt 170 000 Berufsschüler werden registriert als *„ungelernte Arbeiter"*. Weitere 27 000 Berufsschüler als *„ohne Beruf und/oder arbeitslos"*. Das heißt jeder achte Berufsschüler ohne Ausbildungs- oder Praktikantenvertrag und entweder billiges Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten oder ganz ohne Arbeit.

– Zwischen 200 000 und 250 000 – die amtliche Statistik gibt noch keinen genauen Aufschluß – waren etwa in dieser Lage 1975 gezwungen, entweder unentgeltlich oder bei den niedrigen BAFöG-Sätzen die vom bürgerlichen Staat im Berufsgrundbildungsjahr oder in der Berufsfachschule auf Betreiben der Kapitalisten eingerichtete sogenannte „freiwillige Berufsvorbereitung" anzunehmen, oder den Weg über die Fachoberschulen und -gymnasien anzutreten, in der Hoffnung, über die Hochschulen dieser Zwangslage auf dem Arbeitsmarkt entgehen zu können.

– 133 000 Schüler mit Hochschulreife im Wintersemester 1974/75 schließlich versuchten diesen letzten Weg direkt.

„Mach's richtig" – diese 50 Seiten Arbeitsamtsanweisungen zum „Lesen, Ankreuzen, Durcharbeiten" bedeuten für die Jugend der Lohnabhängigen sich einlassen auf dieses System von betrieblicher, berufsschulischer und schulischer Unterdrückung und Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, über das die Kapitalisten die passende Zufuhr an ausbeutbarer jugendlicher Arbeitskraft mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates regeln. Es bedeutet für die Jugend der Lohnabhängigen: Unterwerfung unter vielfache Spaltung durch das Notensystem und die Zeugnisse in den Schulen und Berufsschulen und durch das Diktat der Ausbildungsbedingungen durch den Lehrherrn. Von den Kapitalisten und ihren staatlichen Behörden wird diese Spaltung sogleich zu mannigfacher Erpressung wie jetzt „Pflichtbildungsjahr" benutzt, um die Unterdrückung und Auspressung der Arbeitskraft weiter zu steigern. Schließlich heißt diese „freie Berufswahl" für die Jugendlichen, über Jahre hinweg entweder ohne Arbeit zu sein oder in den verschiedensten „Fortbildung-" bzw. „berufsvorbereitenden Einrichtungen" der Gewalt des bürgerlichen Staates unterworfen und selbst der minimalen Rechte des freien Lohnarbeiters beraubt zu sein: die eigene Arbeitskraft gegen Geld verkaufen zu können.

Bedarf es da besonderer Erklärung, daß diese Bildungspolitik nach Empfehlung der Sozialdemokraten auf handfesten Widerstand stößt und der Kampf gegen das Notensystem und für die Einheitsschule an Boden gewinnt, die die theoretische und praktische Ausbildung in Händen des Volkes vereint?

Willy Brandt hat sich vor zwei Wochen beunruhigt gezeigt, daß die sozialdemokratische Bildungspolitik auf Unverständnis stieße und „teilweise auch gegen die Betroffenen durchgesetzt werden müsse". Er hat die Eltern für schuldig befunden, die Sache mit „mangelnder Information" bemäntelt, und in Freiburg wurde gleich zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aufgerufen. Willy Brandt ist entweder einfältig oder ein großer Lügner vor dem Herrn. Wahrscheinlich beides. Jeder kleine Betrüger weiß, daß man mit einem geplatzten Wechsel kein zweites Geschäft eröffnen kann. – (Z-Red)

Die Lehrer sollen den Test ausfüllen

In der letzten Ausgabe haben wir über einen „Selbsterfahrungstest" der Arbeitsämter berichtet (Seite 9), den die jetzt an Hauptschüler schicken bzw. über die Schulen verteilen. Unter dem Titel „STEP 1 und 2" werden angebliche Erwartungen und Fähigkeiten festgestellt, die bestimmten Berufen zugeteilt werden. Ausgefüllt werden soll der Test von den Schüler zu Hause *vor* dem Gang zum Berufsberater.

Wir haben Mitglieder der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe in Frankfurt gebeten, diesen Test auszufüllen. Die Ergebnisse von 5 solcher Tests liegen uns vor. Ausgefüllt wurden sie von 4 Lehrern, darunter einem Gymnasiallehrer, und einem Diplom-Psychologen.

Was war das Ergebnis? Uns interessiert weniger das erste Heft, in dem die „Erwartungen" aus Formen der Arbeit abgeleitet werden. Vielmehr interessiert uns wartungen" aus Formen der Arbeit abgeleitet werden. Vielmehr interessiert uns die Beantwortung der Testfragen im „STEP 2". In einem komplizierten Verfahren wurde getestet: „Räumliches Vorstellungsvermögen, Rechenfähigkeit, Formvorstellungsvermögen, Routinebefähigung, Farbwahrnehmung, allgemeine Denkfähigkeit, sprachliches Denken, Hand- und Fingergeschick." Wir haben in der letzten Woche gesagt, die Tests sind so angelegt, daß man Fehler machen *muß*. Das bestätigt sich. *Kein Test wurde fehlerfrei ausgefüllt.* In keinem Fall wurden alle Testbereiche mit „Rot", der besten Farbe, abgeschlossen. Bei den Tests „Rechenfähigkeit" und „Formvorstellungsvermögen" wurde in keinem Fall der Test bis zum Ende durchgeführt, sondern vorher kapituliert vor den Fragen. Genossen, die als Lehrer regelmäßig Korrekturen machen (also darin geübt sind), haben in der Aufgabe „Routinebefähigung", als es um den Korrekturvergleich zweier Adressenlisten geht, zirka ein Viertel der Fehler übersehen. Die „Rechenfähigkeit" wurde bei vier Genossen mit der schlechtesten der drei Farben belegt, bei einem Genossen mit Rot.

Warum führen wir einen solchen Versuch durch? Weil wir allen Schülern empfehlen, solches Ausfüllen auch von ihrem Lehrer zu fordern.

Die Schüler sollen durch den Test in erster Linie demoralisiert werden. Sie sollen zu der falschen Ansicht gelangen, Jugendarbeitslosigkeit, Zwang zur Annahme *jeder* Ausbildung bzw. Hilfsarbeit, dies sei Ergebnis ihrer Dummheit, also „mangelnder Fähigkeiten". Und sollen die Unterdrückung und Ausbeutung in den Lehrwerkstätten und an den Fließbändern hinnehmen. Lehrwerkstätten und an den Fließbändern hinnehmen. So das Kreuz gebrochen, stellen sich die Kapitalisten das Verschieben und die rasche und intensive Ausbeutung der Jugend leicht vor. Wir sind der Ansicht, daß man dies nicht zulassen darf. Man muß verlangen, daß die Lehrer vor der Schulklasse diesen Test ausfüllen. Das müssen die Schüler verlangen, auch in den Berufsschulen. Das Ergebnis wird sein, daß diejenigen, die von der Bourgeoisie für die Zwecke der Unterdrückung der Schüler und ihre Auslese ausgebildet sind, große Schwierigkeiten mit dem Test haben werden. Wie beschrieben. Das wird jedem in der Klasse klarmachen, worauf der Test zielt. Und wird wahrscheinlich heilsame Nebenfolgen für die Testbegeisterung so manches sozialdemokratischen Reformlehrers haben. – (Z-Red)

Der Opportunismus führt zur Niederlage

Am Freitag morgen durchsuchten 500 Polizisten in Göttingen die Räume des AStA, das KBW-Büro, die Drukkerei Delta sowie insgesamt 17 Wohnungen von Studenten. Der Durchsuchungsbefehl lautete auf Aufruf zu Straftaten im Zusammenhang mit den „Buback-Nachrufen" sowie im Falle des AStA wegen Organisierung von Bussen nach Brokdorf. Tags zuvor hatte Wissenschaftsminister Pestel, der die gesamte Aktion geleitet hat, im Göttinger Tageblatt schreiben lassen: „Kommt der AStA nicht zur Vernunft, werden wir die Daumenschrauben weiter zudrehn." Gleichzeitig hat er offengelegt, was seine Absichten sind: „Heute, da die Studenten in allen Hochschulgremien mit Stimmrecht vertreten seien, dürften die dem AStA noch verbleibenden hochschulpolitischen Aufgaben kaum noch den Bestand einer Zwangskörperschaft rechtfertigen." (Göttinger Tageblatt, 25.5.) Die Studentenbewegung kämpft für starke Vertretungsorgane mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat, die nicht vom bürgerlichen Staat am Gängelband geführt werden. Der Kampf um Koalitionsrechte ist der Inhalt der Kämpfe gegen die Angriffe auf die Studentenvertretungen. So haben sich in Göttingen am Freitag innerhalb weniger Stunden 2 000 Studenten zu einer Demonstration versammelt, die zum Rektorat, zur Staatsanwaltschaft und zur Polizei ging.

Der Kommunistische Studentenbund ist dafür eingetreten, zum AStA-Büro zurückzumarschieren, das immer noch von der Polizei besetzt war, uns es zu entsetzen. Auf dem Wege dorthin haben die Opportunisten, KB (Nord) und Spontis, geputscht, haben die Demonstration gespalten und einen Teil auf den Bahnhof umgeleitet. „Wir bleiben solange auf den Schienen und blockieren den Zugverkehr, bis die Polizei den AStA räumt", hat Pfeiffer, (KB Nord) vom Göttinger AStA getönt. „Zum AStA demonstrieren geht nicht, denn da ist doch die Polizei." Wie verträgt sich das – durch Blockade der Schienen die Konfration mit der Polizei vermeiden? Doch nur, wenn man die Hoffnung verbreitet, durch eine spektakuläre Aktion könne man die Bourgeoisie zum Einlenken bewegen und ein Arrangement finden nach der Art: Wir lassen den Bahnhof in Ruhe und ihr zieht aus dem AStA ab. Die Bourgeoisie hat jedoch nicht vor, sich zu arrangieren mit den Interessen der Studenten, ihre eigenen Interessen erlauben das nicht. Deshalb sind die von den Opportunisten geführten Studenten auf dem Bahnhof bald von der Polizei zu Paaren getrieben worden und es konnte gerade noch der Abzug gesichert werden. Nachdem die Opportunisten durch ihr Spaltungsmanöver die Entsetzung des AStA erfolgreich verhindert hatten, haben sie ein großes Geschimpfe begonnen über die Übermacht des bürgerlichen Staatsapparats und die Ohnmacht der Studenten. „Man kann nichts durchsetzen gegen den Staat, die Studenten sind noch nicht bewußt und politisiert genug."

Man kennt diese „Politisierung" inzwischen, wie auch den Aufschrei der Opportunisten, wenn es um den Kampf für 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, 1 500 DM Freibetrag und Koalitionsrechte geht. „Unpolitisch" und „ständisch" soll auch der Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag sein. Wenn es darum geht, eine bestimmte Forderung oder auch ein bestimmtes Aktionsziel gegen die Bourgeoisie durchzusetzen und einen Schritt voranzukommen, dann suchen die Opportunisten viele Gründe, den Kampf zu vermeiden. Dann ist es „nicht durchzusetzen", „völliger Wahnsinn". Dann finden sie lohnendere Ziele, die auch „politischer" sind wie zum Beispiel eine „zentrale Demonstration" gegen Ordnungs- und Strafverfahren, oder ein „antiatomares Zeltlager", das der AStA Uni Göttingen als nächstes vorhat oder auch eine Bahnhofsblockade zur rechten Zeit. Weitere Niederlagen der Studentenbewegung werden unvermeidlich sein, wenn sie sich nicht von der Führung dieser Kräfte frei macht. (N-Red.)

Lüneburg. Am Donnerstag kam ein Fernsehteam des NDR in das Krankenhaus Lüneburg, um einen Bericht über die PJ-Studenten aus Göttingen an diesem Krankenhaus zu drehen. Geplant war folgender „typischer Arbeitsablauf" der Studenten im Praktischen Jahr: „1. Röntgenbesprechung, 2. kurze Besprechung mit Dr. Kricke (Chefarzt), 3. Visite, 4. OP." Als die Aufnahmen begannen, gaben neun von elf Studenten vor der Kamera dazu eine Erklärung ab, in der sie dieses Programm ablehnten, weil es nicht dem tatsächlichen Arbeitsablauf entspricht und die hauptsächlichen Widersprüche im Praktischen Jahr verwischen würde. Diese seien eine „Folge des völlig unmöglichen Status als Student und Gastes am Krankenhaus." Sie schlugen deshalb vor, mit Studenten und Verantwortlichen des Akademischen Krankenhauses eine Debatte vor der Kamera zu führen, um den Forderungen der Medizinstudenten nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag Nachdruck zu verleihen.

Daraufhin hat Chefarzt Dr. Kricke die Aufnahmen gestoppt. Das sei ein hinterhältiges Verhalten der PJ-Studenten. Die PJ-Studenten könnten sich weigern, an den Aufnahmen teilzunehmen, das Krankenhaus könne sich weigern, die Studenten auszubilden. Diese neun PJ-Studenten würden ständig den Betrieb stören und das Primat des Hauses, die Versorgung der Patienten, gefährden. Die neun von den elf PJ-Studenten haben ab Freitag Hausverbot. 14 von 17 Göttinger Studenten des sechsten klinischen Semesters im Psychiatriepraktikum haben eine Resolution verabschiedet, in der sie den Versuch der Entlassung der PJ-Studenten verurteilen und fordern, daß sie weiter arbeiten können.

Stärkung der Panzerabwehr – Ausbau der Sturmtruppen gegen Osteuropa

Am 16.5. haben die Kriegsminister der „Euro-Gruppe" der NATO beschlossen, „die Panzer-Abwehr zu verstärken". Konkret heißt das die Anschaffung von mehr und technisch perfektionierten Kampfpanzern, Raketenpanzern und Kampfhubschraubern. Am gleichen Tag hat der Verteidigungsausschuß des Bundestages die Anschaffung von 1 800 Panzern des Typs Leopard II für 6 bis 7 Milliarden Mark beschlossen. Zusätzlich werden 212 Panzerhubschrauber PAH-1, ausgerüstet mit Panzerabwehrraketen, die auf „4 000 m Entfernung abgefeuert werden können", angeschafft. Die „in der Bundesrepublik stationierte 7. US-Armee wird auf Beschluß des Pentagons mit insgesamt 336 Panzerabwehrhubschraubern ausgerüstet ..." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.5.77).

Außer den Anschaffungen der übrigen NATO-Mitglieder werden die US-Imperialisten ihre Armee mit 3 300 neuen Panzern des Typs X M-1 ausrüsten. Auch sie sind vor allem für den Einsatz in Europa bestimmt. „Vorbereitungen sind getroffen, in Spannungszeiten ein amerikanisches Korps nach Europa zu verlegen." Eine Brigade wurde als „Vorhut dieses operativen Großverbandes" bereits nach Garlstedt bei Bremen verlegt. „Großzügige Bereitstellung von Transportraum soll ermöglichen, in knapp drei Wochen drei Divisionen der strategischen Reserve Amerikas nach Norddeutschland zu schicken", „... zwei bisher in Reserve gehaltene deutsche Divisionen" sollen dadurch „gestützt auf die neue Reserve weiter östlich angesetzt werden" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.77). „Der Osten zwingt uns bessere Panzer auf", überschreibt Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 16.5.77 seinen Artikel, mit dem er dem westdeutschen Volk diese ganze Aufrüstung und die damit verbundene verschärfte Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes als notwendige Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Angriff durch die sowjetischen Sozialimperialisten auszugeben versucht. Was als Stärkung der Panzerabwehr und der Verteidigung ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit der Ausbau von Sturmtruppen, die der BRD-Imperialismus für seine aggressiven Ziele gegen Osteuropa einzusetzen gedenkt.

Zur Stärkung der Verteidigung gegen einen sozialimperialistischen Angreifer bräuchte es nicht den Ausbau und die technische Perfektionierung der Panzerwaffe, sondern die Stärkung der Infanterie, die Ausrüstung des einzelnen Soldaten mit einfachen panzerbrechenden Waffen und die Organisierung von kleinen beweglichen Einheiten mit viel Freiheit zur Eigeninitiative gegen den Feind. Das erfährt man selbst aus der Diskussion der Militärs der BRD-Imperialisten. So schreibt Oberst a.D. Wilhelm Speisebecher in „Truppenpraxis" Nr. 2/77: „Hochwirksame Panzerabwehrwaffen und -mittel sind relativ billig, leicht mitzuführen, überall gut in Stellung zu bringen. Die Ausbildung an ihnen ist einfach, jeder kann ihre Bedienung in kurzer Zeit erlernen, und im Gefecht können sie fast allgegenwärtig sein. Es ist außerdem keine Frage der verfügbaren Geldmittel, wieviel Soldaten man mit ihnen ausrüsten will. Der Kostenvergleich zum Panzer ist sinnlos. Selbst wenn man, entgegen allen Erfahrungen, viele Panzerabwehrwaffen benötigt, um einen Panzer abzuschießen, wären sie noch sehr kostenwirksam. Im letzten Nahost-Krieg wurde mit ihrer Hilfe in wenigen Tagen und auf engem Raum eine Weltjahresproduktion an Panzern abgeschossen, und das geschah in einem Gelände, das für Waffen kurzer Reichweite (vor allem auf der Sinai-Halbinsel durch ägyptische Infanteristen, versteckt im Boden, Red.) recht ungünstig ist. Welche Erfolge in einem günstigeren Gelände zu erzielen sind, wenn hinter jedem Baum oder Busch, in jedem Feld, hinter jedem Haus, in jedem Graben eine Panzerabwehrwaffe stehen kann, ist leicht abzuschätzen. Angesichts dieser Tatsache dürfte ein Panzerverband schnelle, durchschlagende Erfolge nur dann erzielen, wenn er in Lücken oder schwach besetzte Räume stößt, nicht aber, wenn er einen abwehrbereiten Gegner angreift. Panzerangriffe gegen einen mit modernen Panzerabwehrwaffen aller Art hinreichend ausgerüsteten und gut organisierten Verteidiger sind also sehr schwierig geworden."

Vom militärischen Standpunkt wäre der derzeitige Panzerbestand damit mehr als ausreichend und seine technische Perfektion zweitrangig. Der Anteil und die Bewaffnung der Infanterie hingegen ist zu niedrig. Wenn trotzdem die „wirkliche Heeresform im Waffenarsenal" stattfindet und „ein Heer aus 17 Panzergrenadier- und drei Luftlandebrigaden das Endziel" sein soll (Süddeutsche Zeitung, 31.1.77), dann weil es dem BRD-Imperialismus nicht einfach um Verteidigung gegen einen Angreifer, sondern um die Eroberung und Besetzung fremder Territorien und die Unterwerfung ihrer Völker, vor allem Osteuropas, geht. Dazu brauchen sie eine Waffe, die in der Lage ist, einen Angriff aufzufangen, die Verbände einzukesseln und zu zerschlagen und einen Gegenangriff auf das Gebiet des Gegners zu tragen, oder mit rasch vorpreschenden Verbänden im Fall von Aufständen in den osteuropäischen Neokolonien des Sozialimperialismus diese Gebiete zum eigentlichen Schlachtfeld zu machen.. Das erwarten sie vom Leopard II, der schneller und beweglicher ist, größere Zielgenauigkeit und Feuerkraft und größere Reichweite besitzt. Die Panzerjagdhubschrauber und Raketenpanzer sollen, unterstützt durch 320 Schwenkflügeljagdbomber MRCA, die ab 1978 geliefert werden sollen, die Infanterie als Flankenschutz weitgehend ersetzen. Sie hoffen, sich dann im weiteren auf die aufständische Bevölkerung stützen zu können. „... infolge der sowjetischen Gewaltherrschaft (ist) auch der innere Widerstand nicht unbeträchtlich. Nationale Befreiungsbewegungen könnten die militärischen Bewegungen (der Sozialimperialisten und ihrer revisionistischen Vasallenregimes ist gemeint, Red.) behindern", schreibt E. Wagemann, ein Militarist des BRD-Imperialismus, in „Österreichische Militärische Zeitschrift" 2/77. Dabei sind sie durchaus bereit, große Teile der BRD und des Volkes der Vernichtung preiszugeben oder vorübergehend aufzugeben. Zwei Weltkriege haben gezeigt, daß die Finanzkapitalisten aus dem Krieg und danach dem Wiederaufbau riesige Profite ziehen können. So wird auch in der Diskussion um die Besetzung Norddeutschlands durch US-Panzereinheiten festgestellt, daß Bremerhaven als Brückenkopf für Truppennachschub auf keinen Fall verloren gehen dürfe, „hier laden die Amerikaner seit dreißig Jahren Material aus. Für sie ist dieser Hafen die erste Etappe in Europa." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.77)

Der Hauptgrund, weshalb die BRD-Imperialisten Angst davor haben, die Infanterie, d.h. den einzelnen einfachen Soldaten aus den Volksklassen zu stärken und ihm mehr Raum für Eigeninitiativen zu lassen, liegt in ihren durch und durch reaktionären und ungerechten Zielen, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet sind, die für sie den Raubkrieg gegen fremde Völker führen sollen. Sie wissen, daß diese die Waffen nicht nur gegen den äußeren Angreifer, sondern auch gegen sie und ihre Diktatur richten werden. Deshalb sind sie gezwungen, jede Willensregung der einfachen Soldaten und unteren Offiziersränge mit brutaler Gewalt zu unterdrücken und sich auf die technische Perfektionierung zu verlassen.

In der konkreten, konventionellen Aufrüstung der BRD-Imperialisten schlägt sich nieder, daß die beiden Supermächte und ihre Verbündeten damit rechnen, daß sie in naher Zukunft ihre Kräfte zur Neuverteilung der Einflußsphären in Europa zu messen gedenken. Wie die Arbeiterklasse sich darauf vorbereiten muß, den imperialistischen Krieg durch die Revolution zu verhindern, muß sie kämpfen für den Austritt der BRD aus der NATO, dem aggressiven Instrument des US- und BRD-Imperialismus im Ringen mit dem Sozialimperialismus um die Vorherrschaft in Europa und der Welt. – (Z-Red.)

Heinrich Heine
Zum preußischen Militär

(Aus: Deutschland, ein Wintermärchen)
– Heute auf das Offizierskorps und andere Vögel zu singen –



Ich bin in diesem langweilgen Nest
Ein Stündchen herumgeschlendert.
Sah wieder preußisches Militär,
Hat sich nicht sehr verändert.

Es sind die grauen Mäntel noch
Mit dem hohen, roten Kragen –
(Das Rot bedeutet Franzosenblut,
Sang Körner in früheren Tagen.)

Noch immer das hölzern pedantische Volk,
Noch immer ein rechter Winkel
In jeder Bewegung, und im Gesicht
Der eingefrorene Dünkel.

Sie stelzen noch immer so steif herum,
So kerzengerade geschniegelt,
Als hätten sie verschluckt den Stock,
Womit man sie einst geprügelt.

Ja, ganz verschwand die Fuchtel nie,
Sie tragen sie jetzt im Innern;
Das trauliche Du wird immer noch
An das alte Er erinnern.

Der lange Schnurrbart ist eigentlich nur
Des Zopftums neuere Phase:
Der Zopf, der ehemals hinten hing,
Der hängt jetzt unter der Nase.

Nicht übel gefiel mir das neue Kostüm
Der Reuter, das muß ich loben,
Besonders die Pickelhaube, den Helm,
Mit der stählernen Spitze nach oben.

Das ist so rittertümlich und mahnt
An der Vorzeit holde Romantik,
An die Burgfrau Johanna von Montfaucon,
An den Freiherrn Fouqué, Uhland, Tieck.

Das mahnt an das Mittelalter so schön,
An Edelknechte und Knappen,
Die in dem Herzen getragen die Treu
Und auf dem Hintern ein Wappen.

Das mahnt an Kreuzzug und Turnei,
An Minne und frommes Dienen,
An die ungedruckte Glaubenszeit,
Wo noch keine Zeitung erschienen.

Ja, ja, der Helm gefällt mir, er zeugt
Vom allerhöchsten Witze!
Ein königlicher Einfall wars!
Es fehlt nicht die Pointe, die Spitze!

Nur fürcht ich, wenn ein Gewitter entsteht,
Zieht leicht so eine Spitze
Herab auf Euer romantisches Haupt
Des Himmels modernste Blitze! – –

Zu Aachen, auf dem Posthausschild,
Sah ich den Vogel wieder,
Der mir so tief verhaßt! Voll Gift
Schaute er auf mich nieder.

Du häßlicher Vogel, wirst du einst
Mir in die Hände fallen,
So rupfe ich dir die Federn aus
Und hacke dir ab die Krallen.

Du sollst mir dann, in luftger Höh,
Auf einer Stange sitzen,
Und ich rufe zum lustigen Schießen herbei
Die Rheinischen Vogelschützen.

Wer mir den Vogel herunterschießt,
Mit Zepter und Krone belehn ich
Den wackern Mann! Wir blasen Tusch
Und rufen: es lebe der König!

„Geländemarsch"

Westberlin. Vor dem Kompaniegebäude der 41. Panzerkompanie des US-Imperialismus in Westberlin-Zehlendorf ist ein Kampfpanzer M 26 ausgestellt. Daneben eine Informationstafel, daß diese Panzer in der Schlußphase des 2. Weltkrieges und im Koreakrieg eingesetzt wurden.

Anknüpfend an dem gerechten Krieg zur Zerschlagung des Faschismus soll die „Schutzmachtideologie" aufrechterhalten werden. Die vorbeikommenden Spaziergänger im Grunewald sollen für die Tradition und die Ziele der westlichen Imperialisten gewonnen werden. Gleichzeitig ist am Zaun alle 25 Meter ein Schild befestigt: „Herumstehen verboten!". Keine 25 Meter weit trauen die Imperialisten ihrer Ideologie und treffen Sicherheitsvorkehrungen gegen die Volksmassen. Am Samstag standen dort 180 Menschen nicht herum, sondern führten organisiert eine Kundgebung durch. Die Kundgebung fand im Rahmen eines vom Soldaten- und Reservistenkomitee Westberlin organisierten Geländemarsches statt. Der heldenhafte Befreiungskampf des koreanischen Volkes gegen die US-Aggression hat dem Befreiungskampf aller unterdrückten Völker gegen Kolonialismus und Imperialismus großen Auftrieb gegeben. Heute findet die Forderung des koreanischen Volkes nach restlosem Abzug aller US-Truppen die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und aller Völker. Der wirkungsvollste Beitrag der Arbeiterklasse in Westberlin dazu ist die Vertreibung der Besatzertruppen aus Westberlin. Auf der Kundgebung wurden die Forderungen erhoben: „Besatzer raus aus Westberlin! Westdeutschland raus aus der NATO! Nieder mit US-Imperialismus und Sozialimperialismus!"

Ein inzwischen im Funkstreifenwagen herbeigeeilter Polizeioffizier wurde zusehends nervöser, wo denn die angeforderten Mannschaftswagen blieben. Die Funkstreifenbesatzung las derweil die Zeitung des Soldaten-und Reservistenkomitees. Der erste Mannschaftswagen traf ein, als wir auf dem Weg zum Munitionsdepot und Schießplatz der alliierten Besatzer waren. Das Ziel des Geländemarsches mit abschließender manövermäßiger Verpflegung war die Vorbereitung des Soldaten- und Reservistentags in Hannover. Partisanenlieder aus dem Befreiungskampf des albanischen Volkes wurden gesungen, und angesichts des



organisierten und geschlossenen Auftretens war der Versuch des Polizeioffiziers, gleich nach Eintreffen der ersten Mannschaftswagen eine Verhaftung vorzunehmen, mehr als hilflos und blieb erfolglos.

Auf dem Weg zum Schießplatz mußten wir die Autobahn unterqueren. Hier fand die Polizeiführung die Gelegenheit günstig, eine Sperre zu errichten. Es zeigt sich, zu welchen Manövern die Polizeiführung greifen muß, um den Einsatz gegenüber den Mannschaften zu rechtfertigen. Zunächst hieß es, es handle sich um eine Demonstration, die nicht angemeldet sei. Doch schon vorher hatten Polizisten geäußert, daß eigentlich doch jeder in den Grunewald gehen könne. Kaum hatten wir beschlossen, jetzt weiterzugehen, wollte die Einsatzleitung der Polizei noch einmal den Verantwortlichen sprechen. Jetzt hieß es, wir dürften weitergehen unter der Bedingung, nicht auf die Autobahn zu ziehen. Großes Gelächter. Erklärtermaßen war das nicht unser Ziel. Die Polizeiketten verschwanden und stellten sich demonstrativ an der Autobahnauffahrt auf. Wir setzten lautstark unter der Forderung „Recht auf jederzeitige Kündigung für Zeitsoldaten und Polizisten" den Marsch fort. (Soldaten- und Reservistenkomitee Westberlin/Bezirksredaktion Westberlin)

Fähnrich S.

Während meiner Grundausbildung hatte ich es mit einem häufiger auftauchenden Typ von Offizier zu tun. Fähnrich S., frisch von der Schulbank zur Bundeswehr, gleich auf vier Jahre verpflichtet, alte Offiziersfamilie.

Fähnrich S. zeichnete sich durch besondere Schikane aus und völlige Ahnungslosigkeit im Umgang mit technischem Gerät. Er war unser Zugführer. Am liebsten betrieb er Formalausbildung. Da ließ er uns am Tag mehrmals im Laufschritt nach hinten wegtreten, mit vollem Gerödel. Das sollte unsere Disziplin stärken. „Aus euch mache ich noch Männer!" schrie das Kerlchen dann mit dünner Stimme. Über den Anblick mußten einige Soldaten lachen, was ihn noch mehr in Rage brachte, so daß er uns noch öfter nach hinten wegtreten ließ.

Fähnrich S. führte auch die politische Bildung durch. So unterrichtete er uns mehrmals über die Grundrechte. Seine Argumentation war einfach: außerhalb der Kaserne habt ihr bestimmte Rechte, aber innerhalb der Kaserne müssen diese beschränkt werden, damit der Dienstbetrieb auch funktioniert. Das sei in jeder Armee der Welt so, also auch bei der Bundeswehr.

Vollkommen klar, daß er damit nicht durchkam. Ihm wurde entgegengehalten, daß es ein Widerspruch sei, wenn man angeblich die Freiheit des Volkes verteidigen solle, man hier behandelt würde wie der letzte Dreck. Besonders von ihm.

Und dann war auch schon Schluß mit der „Diskussion". Das sei eine Unverschämtheit, alles auf, der Unterricht ist beendet. Natürlich war Fähnrich S. im Offizierskasino beredsamer. Dort ließ er sich in schöner Regelmäßigkeit volllaufen, spuckte große Töne, wie er heute wieder aus Rekruten Männer gemacht habe. Und er schikanierte die Ordonnanzen. Die haben ihm dafür regelmäßig das schlechteste Fleisch serviert. Gelegentlich auch mal halbverdorbenes.

Fähnrich S. predigte die Kameradschaft. Was für einer das wirklich war, zeigte sich in seinem Umgang mit den Stammsoldaten unserer Kompanie, die mit ihm zusammen die Grundausbildung gemacht hatten. Bevor er auf den Offizierslehrgang ging, hätte er auch schon seine Mucken gehabt, meinte einer. Aber danach wäre alles aus gewesen. Da ließ er seine ehemaligen Kumpel, die UvD hatten, vor sich strammstehen und Meldung machen. Einmal hat er einem sogar befohlen, seine Stiefel zu putzen. Der hat ihm dann eine Tracht Prügel angeboten, und der Herr Fähnrich hat es vorgezogen, seine Stiefel selber zu putzen.

Ein besonderes Erlebnis war der technische Dienst unter Leitung des Fähnrich S. Einmal wollte er uns die Heizung der Panzerhaubitze M 109 erklären. Dabei geriet das Geschütz in Brand und mußte durch zwei Unteroffiziere schnell gelöscht werden. Danach haben wir ihn selten beim technischen Dienst gesehen.

Alles in allem war Fähnrich S. vier Jahre bei der Bundeswehr; völlig indoktriniert, vernagelt und ohne jedwede Kenntnisse. Die Folgen von Offizierslehrgängen sind fürchterlich. - (s, Koblenz)

Podgorny gestürzt – neue Verfassung in der Sowjetunion

In einer „Information" über eine Sitzung des ZK der KPdSU, im fünften Absatz in der vorletzten Zeile, wurde ohne Angabe von Gründen mitgeteilt, daß das Mitglied des Politbüros Podgorny von seinen Parteifunktionen „entbunden" sei. Klar ist den konkreten Umständen nach, daß es sich nicht um einfachen Rücktritt oder Personenaustausch handelt, sondern daß einer der mächtigsten revisionistischen Machthaber der Sowjetunion gestürzt ist. Podgorny ist zugleich der „Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets", aber die Sowjets, die Organe der Machtergreifung des Proletariats in der russischen Revolution, gelten unter der Diktatur der neuen Bourgeoisie nichts mehr. So gilt auch Podgorny jetzt nichts mehr. Außer Podgorny wurde auch der ZK-Sekretär Katuschew „entbunden". Katuschew war besonders für die Beziehungen zu anderen revisionistischen Parteien verantwortlich.

Die Sitzung, auf der Podgorny und Katuschew aus dem Politbüro des ZK hinausgeworfen wurden, galt hauptsächlich der Beratung über eine von Breschnew vorgelegte neue Verfassung der Sowjetunion. Sie soll die noch geltende Verfassung von 1938, die von Genossen Stalin ausgearbeitet worden war, ersetzen. Bei der Ausarbeitung der Verfassung von 1938 ging Stalin fälschlich davon aus, daß es keine antagonistischen Klassen in der Sowjetunion mehr gebe. Dennoch aber hielt Stalin daran fest, „daß die staatliche Führung der Gesellschaft (die Diktatur) der Arbeiterklasse als der fortschrittensten Klasse der Gesellschaft zukommt". Die heutigen revisionistischen Machthaber dagegen wollen nun in der Verfassung dekretiert haben, daß die heutige Sowjetunion ein „Staat des ganzen Volkes" sei. Dies war schon Chruschtschows demagogische Behauptung, mit der er die tatsächliche Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in den Mantel von „Demokratie" hüllte, so wie es die alten, ausgefuchsten Bourgeois im Westen schon lange tun. Seit 15 Jahren ist die neue Verfassung angekündigt. 15 Jahre haben die revisionistischen Machthaber gebraucht, bis sie sich getraut haben, ihre Machtergreifung „verfassungsmäßig" zu machen. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern halten das Gedenken an die Zeiten der revolutionären Sowjetmacht und die großen Siege, die errungen wurden, fest. Die Völker der Dritten Welt schließen sich fester gegen den Hegemonismus beider Supermächte zusammen. Rückzug in Zaire. Gefolgsleute des Sozialimperialismus aus der MPLA ausgeschlossen. Der Wind der Befreiung steht den Neuen Zaren ins Gesicht. – (Z-Red)

Ausverkauf Finnlands im „Geist von Helsinki"

Der finnische Staatspräsident Kekkonen ist, zum 31. Mal in seiner Amtszeit, bei den Neuen Zaren im Kreml-Palast zu „Gesprächen" angetreten. Finnland ist im sowjetischen Imperium eine Art Protektorat oder Schutzgebiet. Es ist dem RGW assoziiert. Die Besuche des finnischen Staatspräsidenten haben daher nicht mehr den Charakter von Staatsbesuchen, sondern es sind eben „Gespräche". Natürlich funktioniert diese Art Freundschaft nur in der einen Richtung: Als Kossygin dieses Jahr Finnland bereiste, war das selbstverständlich ein Staatsbesuch. Kekkonen wird begleitet von einer Delegation aus Vertretern aller sechs staatstragenden Parteien. Auch das ist schon üblich geworden: Sie müssen ebenfalls ihre „Freundschaft" bezeugen. Breschnew weiß dann, wo er dran ist. Das ist eine zusätzliche Sicherung zur verfassungsrechtlichen Konstruktion, die die Überwachung der Außenpolitik – und das heißt im Fall Finnlands eben: der Ausrichtung auf die Sowjetunion – dem Staatspräsidenten überträgt.

Die jetzigen Gespräche in Moskau werden in der Unterzeichnung eines fünfzehnjährigen Vertrags zur Erweiterung der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik münden. 15 Jahre sind eine lange Zeit. Finnland soll tiefer in die „internationale Arbeitsteilung" im RGW einbezogen werden. Vor allem soll Finnland in das „Komplexprogramm" des RGW einbezogen werden. Finnische Firmen sollen für den Bau von Fabriken und Gruben in der UdSSR Ausrüstungen und Arbeiter liefern und müssen dann von diesen Fabriken (die volles Eigentum des sowjetischen Staatsmonopols werden) sich langfristig beliefern lassen. Hauptprojekte sind ein großes Holzkombinat und ein Eisenhüttenwerk mit kompletter Wohnstadt in Sowjetisch-Karelien, direkt an der Grenze.

Zweiter Hauptpunkt der Gespräche dürfte die Ausrichtung der finnischen Delegation auf die nächste KSZE-Folgekonferenz in Belgrad sein. Der finnische Staatspräsident soll dort den „Geist von Helsinki" beschwören, d.h. die segensreiche Auswirkung der Unterstellung der europäischen Staaten unter das Protektorat der Supermächte, besonders aber der Sowjetunion als der aufstrebenden Supermacht. Finnland vom finnischen Staatspräsidenten als freies Land gepriesen – da können sich die Sozialimperialisten vor Entzücken wiehernd auf die Schenkel schlagen. Dann ist für sie das Betrügsmanöver dieser Friedenskonferenz schon halb gewonnen – denken sie sich. – (Z-Red)

„Welcher Russe Chauvinist ist, der wird auch früher oder später auf die Knie fallen vor dem Zarentum" (Friedrich Engels)

Sozialimperialisten greifen nach den Balkanländern

Die Imperialisten beginnen in der Öffentlichkeit erneut eine Debatte darüber anzuzetteln unter dem Motto *„Wem gehören die Länder des Balkan?"* In ihrer Zeitung „Frankfurter Allgemeine" haben sie unter Überschriften wie *„Was sind die Mazedonier? Streit über die Geschichte als Mittel der Politik"* oder *„Schnittpunkt Mazedonien – das ‚Herzstück des Balkan' als politisches und militärisches Glacis"* damit begonnen. Sie schreiben: *„Trotz Fixierung der Grenzen ist jener Komplex, den man traditionell als ‚mazedonische Frage' bezeichnet, keineswegs vergessen. Nicht einmal unterschwellig, sondern nahe der Oberfläche bestehen die alten Ansprüche und Befürchtungen weiter ... Wo der Status Quo innerlich oder nur unter Vorbehalten akzeptiert wird, herrscht Unsicherheit. Es stimmt somit keineswegs, daß die Bildung einer selbständigen slawischen Nation in Jugoslawisch-Mazedonien samt staatsrechtlicher Autonomie die ‚mazedonische Frage' ein für allemal ‚gelöst' habe."*

Dies ist die Aufforderung, die Tradition der Unterdrückung und Spaltung der Völker des Balkan fortzusetzen und „endgültig" zu lösen. Der Status Quo, die Unabhängigkeit der Völker seit dem Ende des 19. und mit Beginn des 20. Jahrhunderts soll beseitigt werden, denn *„neue Aspekte"* hätten sich ergeben, schreiben die westdeutschen Imperialisten. Diese „neuen Aspekte" bestehen darin, daß die Sozialimperialisten einen großen Teil der Länder des Balkan wirtschaftlich in ihre Abhängigkeit gebracht haben und danach trachten, sich auch diejenigen Länder, die sie nicht unter ihrer Fuchtel zur freien Ausraubung und Ausnützung der Arbeitskräfte haben, erneut nach dem Vorbild des zaristischen Rußland zu unterwerfen, um freien Zugang zum Schwarzen Meer zu erlangen und so den ganzen Mittelmeerraum beherrschen zu können. Die westlichen Imperialisten sehen dies voller Unbehagen und überlegen sich, wie sie dies verhindern und zu ihren Gunsten entscheiden können.

Die neuen Zaren im Kreml übertref-
Die neuen Zaren im Kreml übertref-
fen die Zaren des alten Rußland an Chauvinismus, Lügen und Expansionsdrang bei weitem. Anläßlich des hundertjährigen Unabhängigkeitstages von Rumänien haben sie in ihrer im Moskauer Trud-Verlag erscheinenden Zeitschrift „Neue Zeit" einen Aufsatz veröffentlicht, der ihre finsteren Absichten dokumentiert:

„Die Resultate der türkisch-russischen Kriege hatten für die Donaufürstentümer, für Bulgarien, Serbien und die anderen Balkanländer große fortschrittliche Bedeutung. Die nacheinander gegen das osmanische Reich geführten Schläge schwächten es überhaupt und damit auch seine Macht über die unterjochten Völker. Die siegreichen russischen Feldzüge spornten die Balkanvölker und die Donaufürstentümer nicht nur in ihrem Freiheitskampf an, sie bestärkten sie auch in der Hoffnung, sich aus der Macht der Hohen Pforte zu befreien. Engels stellte fest, daß die Balkanvölker mit den Russen sympathisierten, daß sie in Rußland ‚ihre einzige Stütze, ihren Befreier, ihren Messias' sehen. (...) Unter großen Schwierigkeiten, im Kampf mit der Türkei und mit europäischen Mächten setzte die russische Diplomatie Zugeständnisse an die unter der Macht des Sultans stehenden Völker durch."

Ein Hohelied auf die Außenpolitik des zaristischen Rußland stimmen die Sozialimperialisten an, weil ihre „Unterstützungstätigkeit" heute gegenüber den Völkern des Balkan den expansionistischen Absichten der zaristischen Außenpolitik in nichts nachsteht, sondern sie noch übertrifft. Zur Verdeckung ihrer Absichten zitieren sie, wenn auch ohne genaue Quellenangabe, angeblich Engels und glauben so ihre Politik als sozialistisch ausgeben zu können.

Tatsächlich schreibt Engels dazu in dem Aufsatz „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums":

„Mit eiserner Ausdauer, unverrückt den Blick aufs Ziel geheftet, vor keinem Treuebruch, keinem Verrat, keinem Meuchelmord, keiner Kriecherei zurückschreckend, Bestechungsgelder mit vollen Händen austeilend, durch keinen Sieg übermütig, durch keine Niederlage verzagt gemacht, über die Leichen von Millionen Soldaten und wenigstens eines Zaren hinweg, hat diese ebenso gewissenlose wie talentvolle Bande (gemeint is. die russische Diplomatie, d. Red.) mehr als alle russischen Armeen dazu beigetragen, die Grenzen Rußlands vom Dnepr und der Dwina bis über die Weichsel, bis an den Pruth, die Donau und das Schwarze Meer, vom Don und der Wolga bis über den Kaukasus und zu den Quellengebieten des Oxus und Jaxartes vorzuschieben, Rußland groß, gewaltig gefürchtet zu machen und ihm den Weg zur Weltherrschaft zu eröffnen. (...) Welcher Russe also Chauvinist ist, der wird auch früher oder später auf die Knie fallen vor dem Zarentum." (Marx-Engels-Werke, Band 22, Seite 15)

„Zaregrad (damals Konstantinopel, d. Red.) als dritte russische Hauptstadt neben Moskau und Petersburg, das hieß aber nicht nur moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, das war auch die entscheidende Etappe zur Herrschaft über Europa. Das war Alleinherrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinsel. Das war, sobald der Zar wollte, die Schließung des Schwarzen Meeres für alle Handels- und Kriegsflotten außer der russischen, seine Verwandlung in einen russischen Kriegshafen und ein ausschließliches Manöverfeld der russischen Flotte, die aus dieser sicheren Reservestellung durch den befestigten Bosporus ausfallen und zu
aus dieser sicheren Reservestellung durch den befestigten Bosporus ausfallen und zu
ihr zurückflüchten konnte, so oft es ihr gefiel. Die Herrschaft über die Balkanhalbinsel würde Rußland bis an das adriatische Meer bringen." (Dito, Seite 17)

Dies waren die Ziele des zaristischen Rußland, die bereits die russische Diplomatie damals mit „Befreiung der Völker vom Türkenjoch" bezeichnete, und es sind die Ziele der Sozialimperialisten heute. Zwar nützten die russisch-türkischen Feldzüge den Völkern des Balkan objektiv im Kampf gegen das osmanische Reich, da sie Kräfte gebunden haben, keineswegs war aber die Absicht des zaristischen Rußland, den Kampf der Völker des Balkan zu unterstützen. Es hat stattdessen bei jeder sich bietenden Gelegenheit und unter Ausnutzung aller Widersprüche der Balkanvölker untereinander und gegen das österreichisch-ungarische Reich sich diese Völker selbst unterworfen. Im 14. und 15. Jahrhundert unterwirft der türkische Sultan die untereinander zersplitterten Balkanvölker seiner Herrschaft und Tributpflicht. Endgültig gelingt es den Balkanvölkern erst Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Vorherrschaft des Sultanats zu besiegen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erheben sich Mazedonien und Siebenbürgen gegen das türkische Sultanat. Das zaristische Rußland „unterstützt" dies mit dem Ergebnis, daß Rußland seine Herrschaft auf Bessarabien ausdehnen kann. Gegen die Bauern der Walachei, die sich gegen Fronzins und Tribut erheben, werden russische Truppen eingesetzt.

Während die westlichen Länder durch die Revolution der Bauern und Volksmassen gegen den Feudalismus geschüttelt werden, nutzt das zaristische Rußland die Situation für seine expansionistischen Ziele. Engels schreibt:

„Die russische Diplomatie hatte nun schon so viel westeuropäische Revolutionen nicht nur ohne Schaden, sondern mit direktem Profit überstanden, daß sie den Ausbruch der Februarrevolution von 1848 als ein überaus günstiges Ereignis zu begrüßen imstande war. (...) Und als nun gar die Revolution sich bis in die Donauprovinzen ausdehnte, da hatte die russische Diplomatie, was sie wollte: Vorwand zu neuem Einmarsch in die Moldau und die Walachei, um die Ordnung wiederherzustellen und die russische Herrschaft hier mehr und mehr zu befestigen. Damit nicht genug, Österreich, der zäheste, hartnäckigste Gegner Rußlands an den Grenzen der Balkanhalbinsel, war durch den ungarischen und Wiener Aufstand an den Rand des Untergangs gebracht. Der Sieg der Ungarn war aber gleichbedeutend mit dem erneuten Ausbruch der europäischen Revolution, und die zahlreichen Polen im ungarischen Heer bürgten dafür, daß diese Revolution nicht wieder an der polnischen Grenze haltmachte. Da spielte Nikolaus den Großmütigen. Er ließ seine Armee in Ungarn einbrechen, erdrückte das ungarische Heer mit Übermacht und besiegelte damit die Niederlage der europäischen Revolution." (Marx-Engels-Werke, Band 22, Seite 35)

Als Gendarm der europäischen Konterrevolution festigt das zaristische Rußland seine Herrschaft und dehnt sie auf dem Balkan auch auf Siebenbürgen aus.


Die türkischen Truppen müssen sich geschlagen zurückziehen

1876 erhebt sich Bosnien gegen das osmanische Reich, Serbien schließt sich an und errichtet eine selbständige serbische Regierung. Erneut nutzt der Zar die Gelegenheit, erklärt der Türkei den Krieg und rückt bis Konstantinopel vor. In einem Friedensabkom-
kei den Krieg und rückt bis Konstantinopel vor. In einem Friedensabkom-
men sichert Rußland sich die Herrschaft über Bulgarien, Ostrumelien und Mazedonien. Die Sozialimperialisten heute schreiben das in ihrem Aufsatz so: *„Nachdem die russischen Truppen über den Prut gesetzt waren, rückten sie in Eilmärschen zur Donau vor und kamen den Türken zuvor, so daß diese nicht in Rumänien einfallen konnten."* (Neue Zeit, April 1977)

Als die russischen Flotten durch den Bosporus fahren wollten, um den Vormarsch Rußlands fortzusetzen, wurden sie dort von englischen Schiffen gestoppt. England sah seine Stellung als Seemacht durch eine Besetzung des Bosporus durch das zaristische Rußland gefährdet. Es verbündete sich mit Frankreich und Österreich, um dies zu verhindern. Die Sozialimperialisten erklären dies, um von dem expansionistischen Charakter des russischen Feldzuges abzulenken, so: *„London und Wien gerieten über die Ausrufung der Unabhängigkeit Rumäniens in Rage. (...) Nur Rußland stand diesem Akt freundschaftlich gegenüber."* Während die übrigen Großmächte sich in ihrem Expansionsdrang heftig in die Haare kriegen, das ursprüngliche Friedensabkommen Rußlands aufgehoben und ein neues unter Beteiligung aller Großmächte ausgehandelt wird, erzwingt Rumänien seine Unabhängigkeit und die mazedonischen Bauern werfen den Fronzins ab.

1912 schließen sich Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland gegen die türkische Oberherrschaft zusammen, um die Türkei endgültig bis nach Konstantinopel zurückzudrängen. Die Balkanländer errichten ihre Unabhängigkeit. Lenin schreibt dazu in der „Prawda" im Oktober 1912:

„Die Niederlage der Türkei steht außer Zweifel. Die Siege der im Viererbund vereinigten Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland) sind gewaltig. Das Bündnis dieser vier Staaten ist Tatsache geworden: ‚Der Balkan den Balkanvölkern': das ist schon erreicht. Was für eine Bedeutung aber hat das neue Kapitel der Weltgeschichte? In Osteuropa (Österreich, Balkan und Rußland) sind bis heute die starken Überreste des Mittelalters, die die gesellschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Proletariats so sehr aufhalten, noch nicht beseitigt. Diese Überreste sind: Absolutismus (unumschränkte selbstherrliche Macht), Feudalismus (Grundbesitz und Privilegien der feudalen Gutsbesitzer) und Unterdrückung der Nationalitäten. Die klassenbewußten Arbeiter der Balkanländer haben als erste die Losung der konsequenten demokratischen Lösung der nationalen Frage auf dem Balkan aufgestellt. Diese Losung lautet: föderative Balkanrepublik. Die Schwäche der demokratischen Klassen in den heutigen Balkanstaaten (das Proletariat ist zahlenmäßig schwach, die Bauern sind unterdrückt, zersplittert und ungebildet) führte dazu, daß das ökonomisch und politisch notwendige Bündnis zu einem Bündnis der Balkanmonarchien wurde. (...) Obwohl auf dem Balkan ein Bündnis der Monarchien und nicht ein Bündnis der Republiken entstanden ist, obwohl dieses Bündnis durch den Krieg und nicht durch die Revolution hergestellt wurde, ist dennoch ein Schritt vorwärts zur Vernichtung der Überreste des Mittelalters in ganz Osteuropa getan. In Westeuropa aber verkündet das Proletariat noch nachdrücklicher die Losung: Keine Einmischung! Der Balkan den Balkanvölkern!" (Lenin Werke Band 18, Seite 361)

Für die Arbeiterdelegierten der
Für die Arbeiterdelegierten der
Duma geben die Bolschewiki die Weisung:

„Auch der russische Arbeiterdeputierte muß die Losung proklamieren: Föderative Balkanrepublik. Gegen die slawisch-türkische Feindschaft. *Für* Freiheit und Gleichberechtigung *aller* Balkanvölker. Gegen die Einmischung anderer Mächte in den Balkankrieg. (...) Krieg dem Kriege! Gegen jede Einmischung! Für den Frieden! Das sind die Losungen der Arbeiter. Gegen die Außenpolitik der russischen Regierung überhaupt – unter besonderer Erwähnung der Eroberungs„gelüste" (und der bereits begonnenen Eroberungen): Bosporus, Türkisch-Armenien, Persien, Mongolei." (Lenin Werke Band 18, Seite 409)

Das revolutionäre Rußland unter der Führung der bolschewistischen Partei verfolgte genau diese Linie gegenüber den Völkern des Balkan.

Im Kampf gegen den Faschismus und die faschistischen Invasoren im Zweiten Weltkrieg stürzen die Völker des Balkan die Herrschaft ihrer Ausbeuter und Unterdrücker im eigenen Land und kämpfen an der Seite des revolutionären Rußland unter der Führung Stalins. Die bolschewistische Partei verfolgt gegenüber den Ländern des Balkan eine Politik der gegenseitigen Nichteinmischung und der Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen.

Mit der Machtergreifung der Bourgeoisie innerhalb der bolschewistischen Partei unter Chruschtschow wandelte sich die Politik der KPdSU gegenüber den Balkanvölkern grundlegend. Schritt für Schritt brachten die Sozialimperialisten diese Länder in wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit von sich. Dazu nutzten sie die Rohstoffabhängigkeit dieser Länder und führten die „internationale Arbeitsteilung" einer erzwungenen einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung ein. Albanien wurde so z.B. von den Sozialimperialisten angeboten, zum „Obstgarten" Osteuropas zu werden. Das Hohelied der Sozialimperialisten auf das zaristische Rußland, die lügenhaften Behauptungen und Geschichtsfälschungen zeigen, daß die Absichten der neuen Zaren genau die gleichen wie die der alten sind. Sie wollen sich die Länder des Balkan unterwerfen, sich Zugang zum Mittelmeer über den Bosporus verschaffen, um die Vorherrschaft in Europa zu errichten. – (Z-Red.)

Vernichtungskonkurrenz der US-Monopole auf dem EG-Agrarmarkt

Die US- und EG-Imperialisten bekämpfen die gerechten Zusammenschlüsse der rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt. „Der US-Handelsbeauftragte plädiert für freien und fairen Welthandel". „Der Gefährdung des freien Welthandels durch die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einem integrierten Rohstoffprogramm muß die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland ‚mit Nachdruck' entgegentreten", sind die Losungen der Blätter des westdeutschen Finanzkapitals.

Auf dem kürzlichen Londoner Treffen der Häuptlinge der westlichen imperialistischen Mächte bekräftigen sie sich gegenseitig ewige Treue zum „freien Welthandel", der in Wirklichkeit von den Monopolkapitalisten schon lange geschlachtet wurde, seit nämlich der Kapitalismus sich zum Imperialismus entwickelt hat und sie untereinander mit aller Gewalt um Marktbeherrschung ringen. Gemeinsam verteidigen sie dieses Vorherrschaftsstreben als Monopol gegen die Dritte Welt. Sie fordern, daß jeweils die anderen ihre Wirtschaft der Ruinierung durch die stärkere Konkurrenz aussetzen, während sie im Konkurrenzkampf auf eigener Seite alle Möglichkeiten des Protektionismus einsetzen. So führen sie derzeit in Genf miteinander Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), über die das „Handelsblatt" berichtet: „Inzwischen tritt man in Genf zwar nicht auf der Stelle, erzielt man aber auch nur wenig Fortschritte. Der neue Schwung, der laut Abschlußerklärung des Londoner Gipfels die Tokiorunde vorantreiben soll, ist noch nicht spürbar. Trotz des erneuten Bekenntnisses zum freien Welthandel beherrscht die Gefahr des Protektionismus weiterhin die Gedanken der Genfer Unterhändler." (18.5.77) Um Bewegung in den Haufen ineinander verbissener Wölfe zu bringen, erpressen nun die US-Imperialisten die EG mit der Androhung eines „Ausgleichszolls" auf alle Warenimporte aus der EG, da der Mehrwertsteuererlaß für Exporte in den EG-Ländern Exportsubvention sei.

Besonders heftig haben die US-Imperialisten und EG-Imperialisten sich über den Agraraußenhandel in der Wolle. „Agraraußenhandel bleibt Stein des Anstoßes auf beiden Seiten", berichtet das „Handelsblatt" (21.4.).

Monopol der US-Imperialisten im Agraraußenhandel

Die USA gehören zu den größten Agrarproduzenten der Erde, wenn auch der Anteil der Agrarproduktion am Bruttosozialprodukt nur 4 % ausmacht und nur 4 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft registriert sind. Das liegt an den besonders günstigen natürlichen Bedingungen, der fortgeschrittenen Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und dem hohen Konzentrationsgrad und der sklavenmäßigen Ausbeutung von Millionen nicht registrierter Landarbeiter, vornehmlich Neger und Mexikaner, auf den großen Plantagen. Eigenständige Farmer sind weitestgehend vernichtet und die Betriebe durch das Finanzkapital angeeignet. Über die Hälfte des gesamten landwirtschaftlich genutzten Landes ist in der Hand von nur 5 % der Eigentümer. Die statistisch durchschnittliche Betriebsgröße ist 156 Hektar (gegenüber 12 Hektar in der BRD). Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums dürfte die Hälfte der 2,3 Millionen Farmbetriebe nicht einmal als Farmen angesehen werden, da ihre Umsätze unter 5 000 Dollar liegen und nur 5 % der „gesamten Bareinnahmen" in der Landwirtschaft ausmachen. In der Produktion von Baumwolle, Weizen, Mais, Hirse (Sorghum), Kartoffeln, Tabak, Sojabohnen und Zitrusfrüchten stehen die USA an erster oder zweiter Stelle der Weltproduktion, außerdem werden große Mengen Zukkerrüben, Zuckerrohr und Fleisch (Rind, Schwein, Schafe, Hühner) produziert.

Etwa 15 Prozent der Produktion werden exportiert. Gegen die Überlegenheit der US-Monopolkapitalisten haben sich die imperialistischen Länder Westeuropas in der EG zusammengeschlossen, um ihren Markt abzuschirmen. Verbunden mit dem Abbau der Zölle innerhalb der EG-Staaten erfolgt die Preisfestlegung für Produkte aus Drittländern auf der Höhe eines Richtpreises, der dem EG-Preis entspricht. Die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis der importierten Ware plus den Transportkosten und dem Richtpreis wird von der EG „abgeschöpft", also als Schutzzoll erhoben. Die EG-Imperialisten wollen im Innern durch die systematische Vernichtung der Masse der Bauernwirtschaften und Aneignung des Landes durchs Finanzkapital die Kapitalisierung und den Konzentrationsprozeß vorantreiben, um gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder antreten zu können.

Diesen Zusammenschluß der EG-Staaten versuchen die US-Imperialisten aufzubrechen.

Konkurrenzschlacht zur Zerstörung der selbständigen Landwirtschaft anderer Länder

Das Programm gegen die EG stellte der US-Imperialismus unter Nixon auf. 1970 schlug die US-Wirtschaftskrise voll durch, die Zahlungsbilanz geriet zunehmend in die roten Zahlen und 1971 hatten die USA das erste Handelsbilanzdefizit des Jahrhunderts. Unter den siegreichen Schlägen der Völker Indochinas waren die US-Imperialisten als Papiertiger entlarvt, und ihre Vormachtstellung als imperialistische Macht wankte. Sie hatten diese dazu genutzt, den Dollar zum Weltgeld zu machen. Die Länder der Welt präsentierten ihnen jetzt die Dollars als Schuldscheine zur Einlösung in Gold. Aber kurzerhand entledigten die US-Imperialisten sich ihrer Verpflichtung und strichen ihre Schulden zusammen, indem sie den Dollar abwerteten. Das war nichts anderes, als Raub am Eigentum fremder Länder. In der Ausdehnung der Agrarexporte sahen sie das Hauptinstrument, um das Handelsbilanzdefizit wieder auszugleichen, Devisen für Kapitalexport in die Hände zu bekommen und sich ein Monopol über die Nahrungsmittel des Weltmarktes zu verschaffen und darüber die selbständigen Landwirtschaften anderer Länder zu zerstören und diese von sich wieder verstärkt in Abhängigkeit zu bringen.

Dazu propagieren sie mit Nixon die Theorie vom „komparativen Vorteil", d.h. ihr imperialistisches System „internationaler Arbeitsteilung". Da die USA einen natürlichen Vorteil und den höchsten Stand der Mechanisierung hätten, habe, sollten die anderen Länder ihre Getreideproduktion verringern, die westeuropäischen Staaten sich auf Fleischproduktion und die Entwicklungsländer entsprechend ihres „komparativen Vorteils" – billiger Arbeitskraft – auf Obst und Gemüse spezialisieren, und mit den Einnahmen für diese Produkte Getreide aus den USA kaufen. Das Ganze sei im Interesse der gesamten Menschheit, weil notwendig zur „rationalen Nutzung der Weltressourcen". „Der Agrarhandel müßte deshalb von seinen nationalen Schranken befreit und jede nationale Politik beendet werden", mit der „ineffiziente" Farmer gefördert würden. Das Ziel sei die „Eroberung der Märkte Japans, Westeuropas und der Länder der Dritten Welt", erklärte offen die Williams-Kommission, die für die Nixon-Regierung die Planung betrieb. Das Bauernlegen in der EG, dem von 1959 bis 1968 4,2 Millionen Bauern und 850 000 Landarbeiter zum Opfer fielen, war ihnen nicht genug. Sie wetterten gegen die EG-Schutzzölle. Diese Stützungsmaßnahmen würden „Millionen kleiner und leistungsschwacher Bauern am Leben halten". (Alle Zitate aus dem Bericht der Williams-Kommission für den US-Kongreß)

Während des Indochina-Krieges hatten die Getreidespekulanten, subventioniert durch die US-Regierung, ungeheure Getreidelager angelegt und gehortet. Die Verbilligung des Getreides durch die Dollarabwertung führte in den beiden Quartalen nach der Abwertung zur Verdreifachung des US-Weizenexports. Die Maisausfuhr stieg um 20 Prozent. Zwischen 1972 und 1974 bewirkte die „Neue Wirtschaftspolitik" Nixons eine 39prozentige Exportsteigerung. Die Agrarexporte erreichten Rekordhöhen: 1968 5 Milliarden, 1972 11 Milliarden, 1974 22 Milliarden US-Dollar. „Die USA haben ihre Agrarausfuhren in die EG seit 1972 von 2,7 auf 6,4 Milliarden US-Dollar 1976 steigern können, während der EG-Agrarabsatz in die USA nach 0,8 Milliarden US-Dollar in 1972 nur 1,2 Milliarden US-Dollar in 1976 erreichte", berichtet das „Handelsblatt". „Die Analyse der Entwicklung der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten gegenüber der Europäischen Gemeinschaft im Agrarbereich zeigt, daß der amerikanische Agrarexportüberschuß von 1,9 Milliarden Dollar im Jahr 1972 auf 4,4 Milliarden Dollar im Jahr 1975 gestiegen ist ... Außerdem sind die Preise der von den Vereinigten Staaten ausgeführten Waren stärker gestiegen, als die Preise der Exporterzeugnisse der Gemeinschaft." (Blick durch die Wirtschaft, 11/77) „Aus Zahlen, die aus Anlaß der Konsultationen EG – USA in Brüssel zusammengestellt wurden, ergibt sich, daß die Agrarausfuhren 1976 einen Anteil von 20 Prozent an den Gesamtexporten der USA hatten. Etwa ein Viertel der US-Agrarexporte geht in die EG, die damit mit Abstand wichtigster Auslandsmarkt für die US-Landwirtschaft ist." (Handelblatt, 21.4.) Die Handelsbilanz, die von 1971 bis 1974 defizitär gewesen war, „schloß 1975 bei Exporten in Höhe von 107,7 Milliarden US-Dollar und Importen von 103,4 Milliarden US-Dollar mit einem Überschuß von gut 4,2 Milliarden US-Dollar ab. Hauptsächliche Agrarausfuhrwaren sind Futtergetreide, Soja und Rindfleisch."

Preisentwicklung auf dem Weltmarkt

	1971	1972	1973	1974	1975
Weizen	176,05	191,09	397,90	553,40	500,82
Mais	136,58	129,35	218,10	321,09	290,14
Sojabohnen	311,78	350,05	711,72	682,31	546,22
Rohzucker	4,46	7,26	9,47	29,65	20,66

Statistisches Jahrbuch 1976, Statistisches Bundesamt

Herrschaft des Monopolkapitals – steigende Weltlebensmittelpreise – sinkendes Lebensniveau

Der Imperialismus ist faulender Kapitalismus. Für die amerikanischen und westeuropäischen Arbeiter und Bauern bedeutete die Expansion der landwirtschaftlichen Produktion und des Handels jedoch nicht Verbesserung, sondern Verschlechterung ihrer Lage. Im Laufe der letzten 20 Jahre hat sich die Zahl der Farmen in den USA um zwei Drittel vermindert. Die Verschuldung ist um 355 Prozent gestiegen, die Nahrungsmittelpreise stiegen in den USA um 43 Prozent, die Erzeugerpreise jedoch nur um 6 Prozent. Das Finanzkapital im Agrargeschäft nutzte die Exportoffensive, um die Erzeugerpreise niedrig zu halten, die Preise für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, Chemikalien, Maschinen usw. (Wert 75 Milliarden Dollar), die 70 Prozent der Produktionskosten ausmachen, hochzuschrauben, Getreide zu horten und riesige Spekulationsgewinne einzusacken. Die Lebensmittelpreise im ganzen Bereich des „internationalen Weltmarktes" unter Kontrolle des US-Imperialismus schnellten in die Höhe. Den größten Exportboom erzielten sie 1972 durch den sowjetischen Getreideimport im Wert von über 1 Milliarde US-Dollar für mehr als ein Viertel der amerikanischen Weizenernte. Im November 1971 hatten die Sozialimperialisten bereits 3,3 Millionen Tonnen US-Futtergetreide gekauft. Die Zahlungsbilanz der USA besserte sich schlagartig, die Lager der Spekulanten leerten sich und der Weltnahrungsmittelpreis schnellte in die Höhe.

Die US-Getreidekonzerne zwangen zunächst die europäischen Bauern zur Umstellung auf Fleischproduktion, um ihr Getreide als Futtermittel abzusetzen. Dann erhöhten sie die Preise für Futtergetreide und ruinierten mehr und mehr Fleischproduktion in Westeuropa und expandieren den eigenen Fleischexport. Anstelle national erzeugter Nahrungsmittel werden jetzt Steaks, Hamburger, Kentucky-Brathähnchen und Weizenprodukte in der ganzen Welt verkauft. Nunmehr sind sie im Verein mit den Monopolkapitalisten in Westeuropa dabei, die Arbeiterklasse vom Umweg der Verwertung des Futtergetreides über Fleisch (1 Pfund Fleisch-Eiweiß braucht 21 Pfund Getreide-Eiweiß zur Produktion) direkt auf Futtergetreide umzustellen. In der Dritten Welt betrieben sie das von Anfang an, z.B. wurden in Brasilien zunächst durch Schenkungen von Mischfutter Schulspeisungsprogramme der US-Imperialisten gefördert. Die anschließenden kommerziellen Mischfutterimporte durch die brasilianische Regierung zur Fortsetzung des Programms brachte den amerikanischen Getreideverarbeitungskapitalisten ein blühendes Geschäft.

Für die Völker der Dritten Welt bedeutet die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt den Hungertod von Millionen mehr Menschen, weil die Regierungen mit ihren geringen Devisen immer weniger Lebensmittel importieren und die Massen immer weniger kaufen können.

Carter versucht gleichzeitig, die amerikanischen Farmer verstärkt für die aggressive Politik der US-Monopole und die Kriegsvorbereitung einzusetzen, er hat die Anlage von Getreidereserven in Höhe von 8,1 Millionen Tonnen durch die Farmer selber „zur Sicherung der Welternährung" angekündigt. Schon Nixon hat, während die Erzeugerpreise im Land unter die Produktionskosten gedrückt wurden, die Farmer ins Exportgeschäft gezwungen, um Gewinne zu erzielen. „Die Farmer müssen zu einer Hauptkraft der USA im Streben nach einer international orientierten Politik werden", erklärte sein Wirtschaftsberater. – (Z-Red)

Fünf Konzerne – Cargill, Continental Grain, Cook Industries, Bunge und Dreyfus – kontrollieren den Welt-Getreidehandel und etwa 85 % der US-Getreideausfuhr. Der größte, Cargill, hatte 1975 einen Weltumsatz von 9 Milliarden Dollar, etwa zwei Drittel aus dem Getreidehandel. Er kontrolliert etwa ein Viertel und zusammen mit Continental Grain Company über 50 % des gesamten internationalen Getreidehandels. Cargill rangiert auf Platz 16 auf der Liste der größten US-Monopole.

Anzeige des Continental Grain Konzerns:

Spezialisierung ist kaum eine neue Idee.
In weiten Teilen der Welt hat sich der Lebensstandard durch Spezialisierung der Arbeit und der Ressourcen verbessert.
Völker, die ihre Bemühungen auf Gebiete, auf denen sie selbst am leistungsfähigsten sind, konzentrieren, genießen einen vergleichsweisen Vorteil im Welthandel.
Und heute haben verbessertes Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie Liberalisierung des Handels die Spezialisierung in einem höheren Grade denn je zuvor ermöglicht.
Doch mit der Spezialisierung kommt auch die gegenseitige Abhängigkeit.
Die Vereinigten Staaten sind in der Lage, Getreide und andere Nahrungsmittel in reichlichen Mengen zu erzeugen. Gleichzeitig sind wir auf andere Länder angewiesen hinsichtlich solcher Rohstoffe wie Erdöl, Manganerz, Kupfer usw.
Japan hat einen Vorteil auf vielen Gebieten entwickelt, einschließlich der Elektronik und Fotoausrüstungen. Aber in der Versorgung mit Sojabohnen, Futtergetreide und Weizen sind sie auf uns angewiesen.
Wenn wir und die anderen Völker auch weiterhin die Segnungen der Spezialisierung ernten wollen, muß sich ein stärkerer Geist internationaler Gegenseitigkeit entwickeln.
Der Gedanke miteinander zum gegenseitigen Wohl zusammenarbeitender Völker ist ebensowenig neu. Aber wenn es darum geht, ihn in die Tat umzusetzen, haben wir noch einen langen Weg vor uns.

Continental Grain Company, 2 Broadway, New York, N.Y. 10004
Continental Grain
Dieser Tag ist der Tag der gegenseitigen Abhängigkeit

Continental Grain Co.-Anzeige in einer Farmerzeitschrift («Feedstuffs», 21. Oktober 1974)

Großbritanniens Schwierigkeiten mit dem Commonwealth

Vom 8. bis 16. Juni soll in London eine Konferenz der etwa 30 im Commonwealth zusammengefaßten Länder stattfinden. Bevor etwas über den geplanten Inhalt der Konferenz bekannt ist, ist auf jeden Fall bekannt, daß die britischen Imperialisten den Widerstand der beteiligten Länder der Dritten Welt zu spüren bekommen. Abenteuerliches haben sie sich ausgedacht, um den Präsidenten der Republik Uganda, Amin, an der Teilnahme zu hindern. Es ist geplant, sein Flugzeug bei Eintritt in den britischen Luftraum mit Jagdfluzeugen abzufangen, auf dem Londoner Flughafen festzusetzen und zum Rückflug zu zwingen. Obwohl die britischen Imperialisten eigens den Lord Thomson in der ersten Mai-Hälfte rund um die Welt geschickt haben, um Stimmen gegen Uganda und Amin zu erpressen, ist es ihnen nicht gelungen, eine Erklärung zustandezubringen, die ihre Absichten unterstützen würde. Der Versuch, gegen Amin zu hetzen, um eine einheitliche Front gegen den britischen Imperialismus zu verhindern, ist damit fehlgeschlagen.

Die Länder, die im Commonwealth zusammengefaßt sind, waren ehemals Kolonien des britischen Empire. Sie haben ihre Erfahrungen mit Großbritannien. Bei der ersten Commonwealth-Konferenz von 1887 waren es noch die britischen Gouverneure der Kolonien, die sich trafen. Um 1900 umfaßte das britische Kolonialreich rund ein Viertel der Erde und ein Viertel der Weltbevölkerung. Heute sind alle die ehemaligen Kolonien selbständige Staaten. Meist mußten sie sich ihre Unabhängigkeit von Großbritannien mit Waffengewalt erkämpfen. Großbritannien hat bereits früh versucht, Vorkehrungen zu treffen, daß es die Länder auch nach der Unabhängigkeit weiter ausbeuten kann und seinen Einfluß gegen die imperialistischen Konkurrenten gesichert. So gewährte es niedrigere Zölle und band ihre Währung an das englische Pfund Sterling. Der Währungsblock ist zerfallen und der Zollverbund zerfällt mit dem Beitritt Großbritanniens zur EG. Was jedoch noch bleibt, sind die Kapitalexporte und die Handelswege in britischer Hand. Mit Erstarken der Dritten Welt verschwindet auch dies.

Die Commonwealth-Konferenz sollte dazu dienen, den alten Einfluß zu nutzen, um die Dritte Welt zu spalten und Konkurrenten auszubooten. Es sollte eine festliche Feier werden, zum Silbernen Jubiläum der Krönung der englischen Königin. Da sollte Amin die Briten nicht an manche Demütigung erinnern, die er der einstigen Kolonialmacht verpaßt hat. Aus dem Fest wird jetzt nichts werden.

Minister Friderichs auf der Suche nach Uran in Tunesien

Vom 18. bis 20. Mai hat Bundeswirtschaftsminister Friderichs einen Besuch in Tunesien abgestattet. Mehrere westdeutsche Kapitalisten haben ihn begleitet.

Der deutsche Imperialismus ist in Tunesien kein Unbekannter, seit die Armee Hitlers im November 1942 das Land besetzte. Damals wie heute ging es um imperialistische Interessen. Friderichs lobte die Beziehungen zwischen der BRD und Tunesien als modellhaft. Das Land hat einiges zu bieten: Phosphat, Olivenöl, Erdöl. 1965 konnten die westdeutschen Imperialisten erst zu 1,9 % an der Ausfuhr teilnehmen, 1971 war ihr Anteil bereits über 13 %. Der Kapitalexport hat das Land geöffnet. Die Regierung biete ausländischem Kapital Vorzugsbedingungen und niedrige Löhne an, registriert die „Frankfurter Allgemeine". Seit 1972 haben 60 Kapitalisten Fabriken aufgemacht – vor allem Textilfabriken, worin sie 6.500 Arbeiter zu niedrigsten Löhnen ausbeuten. Der Mindestlohn für einen Facharbeiter beträgt 1,10 DM in der Stunde.

All dies ist schon verlockend genug für die Profitgier der westdeutschen Imperialisten, jetzt haben sie noch Besseres entdeckt. Friderichs hat verhandelt über ein Projekt zur Uranförderung in Tunesien. Er hat angekündigt, daß sich die Kapitalisten jetzt um die Details kümmern würden.

Es ist kein Wunder, daß Tunesien ein bevorzugtes Land der „Gesellschaft für wirtschaftliche Entwicklung", DEG, die Kredite für Kapitalexport verleiht und deren Vorsitzender der Aufsichtsratvorsitzende der Deutschen Bank ist, Tunesien zu ihrem Schwerpunkt ausersehen hat. Tunesien liegt in der Mitte der Mittelmeerküste, gegenüber von Sizilien, weit vorgeschoben. Es ist wichtig für die Beherrschung des Mittelmeers wie für den Zugang zum afrikanischen Kontinent in Nordafrika. Wenn die westdeutschen Imperialisten jetzt auch noch Uranlager in Besitz nehmen können, so wären sie in der Absicherung ihres Energieprogramms und in der Unabhängigkeit von den Lieferungen der USA ein gutes Stück weiter. Durch Erpressung werden sie sich dort weiter einnisten.

Castro und Carter – Verständigung im Geist der „Jeffersonschen Demokratie“

„Amerikanische Jazzmusiker gaben ein triumphales Konzert in Havanna, das in den frühen Morgenstunden mit stehenden Ovationen der gemischten amerikanischen und kubanischen Zuhörerschaft endete. (. . .) Die Amerikaner unter den Zuhörern waren unter der ersten Gruppe US-amerikanischer Touristen, die das Land seit 16 Jahren besuchten.“ (The Times, 20. Mai) Zuvor war bereits eine Delegation aus der US-Geschäftswelt zusammen mit einigen führenden Presseleuten dort gewesen. Davor eine Basketballmannschaft. Davor der ehemalige Präsidentschaftskandidat McGovern. Usf.

Präsident Carter ist den verschiedenen Avancen, die ihm gleich nach seiner Wahl der kubanische „Maximo Lider“ Fidel Castro gemacht hat, gern entgegengekommen. In Kuba wieder ins Geschäft einsteigen würde ihm ausgezeichnet in sein Konzept der „Auflockerung der Blöcke“ passen, d.h. der Einleitung einer Gegenoffensive des US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft.

Castro hatte gleich nach der Wahl Carters über die Presse mitteilen lassen, daß er ihn für einen „Mann mit Moral“ halte. Besonders habe ihn das Interview Carters im „Playboy“ gefallen, worin der Pfaffe mitgeteilt hatte, er habe häufiger Frauen in Sünde angeschaut, aber dann hätte ihm das Gebet geholfen. Außerdem versicherte Castro, schon immer habe auch er, wie Carter, die Ideale des Thomas Jefferson geteilt. Jefferson war einer der „Väter der Verfassung“ und ersten Präsidenten der USA gewesen, der sich besonders hervorgetan hatte in dem demagogischen Versprechen von „Freiheit, Gleichheit und Streben nach Glück“. Tatsächlich war er, wie die anderen Staatsgründer der USA, ein großer Sklavenhalter und Ausbeuter gewesen.

Allerdings hat der Dr. Castro die Ideale des Thomas Jefferson sein Leben lang geteilt. Das Ziel der kleinbürgerlich-revolutionären „26.-Juli-Bewegung“, mit der er, gestützt auf einen gewaltigen spontanen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Volksmassen im ganzen Land, 1958/59 die Batista-Diktatur stürzte und die Macht ergriff, war laut ihrem Programm eine „Jeffersonsche Demokratie“ und eine „Regierung des ganzen Volkes“. Die praktischen Forderungen liefen auf die Aufhebung der Importquoten für kubanischen Zucker durch die US-Imperialisten, die Einschränkung der Macht der großen Grundbesitzer durch Verteilung des unbebauten und direkt geraubten Landes an die
bauten und direkt geraubten Landes an die
Bauern, Gewinnbeteiligung für die städtischen Arbeiter, eine Art Mitbestimmung, und demokratische Rechte hinaus. Also ein bürgerliches Programm.

Unmittelbar nach der Bildung der neuen Regierung, im April 1959, begab sich Castro in die USA, um die Eisenhower-Regierung für die Anerkennung und Unterstützung seiner Regierung zu gewinnen. Er sagte damals vor der Presse: „Ich habe klar und definitiv gesagt, daß wir keine Kommunisten sind. (. . .) Die Tore sind weit offen für private Investitionen, die zur Entwicklung Kubas beitragen.“ (Hispanic-American Report, Mai 1959)

Bei einer siebenstündigen Plauderei mit amerikanischen Journalisten, darunter dem Direktor der „Washington Post“, im Riviera-Hotel in Havanna, hat Castro vor kurzem noch einmal bedauernd hervorgehoben, daß 1959 die Herstellung eines herzlichen Einvernehmens nur an der Sturheit des US-Vizepräsidenten Nixon gescheitert war. Selbst die relativ bescheidenen Reformen, die Castro durchführte, galten den US-Imperialisten damals schon als Herausforderung ihrer Stellung als Welthegemon. Angesichts ihrer wilden Drohungen warf sich Castro 1960/61 in einem abrupten Schwenk den sowjetischen Revisionisten in die Arme, die Kuba im Lauf weniger Jahre zur Zuckerplantage ihres Blocks ausbauten.

Bei alledem hat Castro aber niemals den Gedanken fallengelassen, sein Land an *beide* Supermächte zu verkaufen. Schließlich war Kuba früher nicht nur Zuckerplantage, sondern auch Bordell und Spielhölle für die US-Bourgeoisie gewesen, wobei mancher gute Dollar gerollt ist.

In der US-Presse mehren sich jedenfalls schwüle Schwärmereien, daß die Kubaner gar nicht so wären, wie man sich das vorstellt. In der führenden US-Zeitung „Washington Post“ berichtet eine Sally Quinn in die Heimat: „Man kann hier den Sex in der Atmosphäre, auf der Straße, in den Gesprächen und den Bewegungen der Leute spüren.“ Der Herausgeber der größten Kulturzeitschrift Kubas erklärt der unternehmungslustigen Dame die Freuden der Revolution durch den Vergleich mit einem Liebesakt. Wenn man ihn durchs Schlüsselloch betrachte, sehe er schmutzig aus. Man müsse vielmehr an der Revolution teilnehmen, sagte er grinsend. Der Herausgeber der Abendzeitung „Rebellische Jugend“ ließ sich da nicht lumpen: „Lassen Sie es mich auf diese Weise erklären. Wir Kubaner sind leidenschaftlich. (. . .) Wir mögen keine Liebes-Embargos.“ Es scheint, daß die US-Imperialisten ihr Embargo gegen das Kuba des Dr. Castro bald aufheben werden.

„Wenn der Feind Gewehre benutzt, muß der Bauer auch Gewehre benutzen“

Fortschritte in der Agrarrevolution und im Befreiungskampf in Thailand

„Es ist wie der Alptraum eines Tages im frühen Vietnam: Düsenflugzeuge jagen im Tiefflug über Palmen, um unter Donnergetöse ihre Bomben abzuwerfen. Batterien schwerer Geschütze feuern in die Ferne. Von einem vorgeschobenen Spähtrupp kommt über Feldfunk die Meldung, die jeden im Lager in Alarmbereitschaft versetzt: ‚Feindberührung, Feindberührung. Wir liegen unter Beschuß.‘ Die Kommandogruppen eilen zu den wartenden Hubschraubern, die unverzüglich aufsteigen, undurchsichtige Wolken roten Staubs aufwirbelnd. Bei Einbruch der Dunkelheit kehren die Hubschrauber zurück – voller Verwundeter. ‚Sprengfallen‘, sagt Hauptmann Manocha . . .“

Der Frontberichterstatter des „Spiegel“, Terziani, wurde nach Malaysia losgeschickt, um sich vor Ort ein Bild der Lage zu machen. (Spiegel, 25.4.77) Die Imperialisten sind aufgeschreckt. Der Befreiungskampf der Völker Südostasiens geht mit Riesenschritten voran, besonders in Thailand, Burma, Malaysia (Malaya und Nord-Kalimantan).

Am 10. April brachte der Sender der Kommunistischen Partei Thailands, die „Stimme des Thailändischen Volkes“, die überall im Land gehört wird, einen Überblick über die Entwicklung des Volkskrieges seit dem Massaker in der Thammasat-Universität und dem Putsch der Generale am 6. Oktober 1976. Die Volksbefreiungskräfte sind an allen Fronten in die Offensive gegangen. Sie haben die Angriffe auf die Posten der feindlichen „Dorfwachen“, die die Bauern unter KZ-ähnliches Regime stellen sollen, die Po-lizeistationen, Regierungsämter und Lager der feindlichen Streitkräfte unablässig intensiviert. Von Oktober bis Februar lieferten sie dem Feind 246 Gefechte und Schlachten und setzten dabei 1 281 Feinde außer Gefecht, davon 532 getötet, schossen ein Flugzeug ab und erbeuteten große Mengen militärischen Materials. Diese Erfolge konnten erzielt werden, weil die Volksstreitkräfte „strikt der korrekten Linie und Politik der Kommunistischen Partei Thailands folgen, am Vertrauen auf die Massen festhalten, diese voll mobilisieren und organisatorisch in den Krieg einbeziehen“ (zitiert nach: Peking Rundschau, 3. Mai 1977).

Die Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzüge der Regierungstruppen, die im Grenzgebiet zu Malaysia mit malaysischen Armeeeinheiten durchgeführt werden (wegen der engen Zusammenarbeit der thailändischen und malayischen Volksbefreiungskräfte in diesem Gebiet, das großteils schon befreit ist), waren bis jetzt ein völliger Fehlschlag. Davon handelt der Bericht des „Spiegel“-Korrespondenten.

Anfang Februar mußte dies auch der Kommandeur der 4. Armeeregion in einer Sendung in Radio Bangkok selbst zugeben. Er sagte, die Kommunisten hätten sich die meiste Zeit darauf konzentriert,

„die Bevölkerung gegen die Regierung zu mobilisieren . . . Aus diesem Grund seien die Gegenoperationen nicht so wirkungsvoll gewesen, wie sie sein sollten, und deshalb herrscht der kommunistische Einfluß in jenen Gebieten weiter vor. Er sagte, die Regierung habe sie in der Vergangenheit nicht in diesen Gebieten einschließen können, da die herrschende politische Situation für die Gegenoperationen nicht günstig gewesen sei“.

Entscheidend für den großen Aufschwung des Volkskriegs in Thailand wie in den anderen südostasiatischen Ländern ist die korrekte Führung des Kampfs durch die Kommunistischen Parteien, die den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen gegen den Revisionismus verteidigt und schöpferisch auf die konkreten Bedingungen in ihren Ländern angewendet haben. Am 1. Dezember 1976, dem 34. Jahrestag ihrer Gründung, veröffentlichte die Kommunistische Partei Thailands eine Neufassung ihres 10-Punkte-Programms von 1964, auf dessen Grundlage 1965 das 6-Punkte-Programm der Thai-Patriotischen Front als breiter demokratischer Einheitsfront formuliert worden war. Die Kommunistische Partei Thailands bekräftigt die damals bereits formulierten Aufgaben: den Volkskrieg zu entwickeln, um den US-Imperialismus und die faschistische, landesverräterische Clique an der Macht zu vertreiben und an ihre Stelle eine Volksregierung zu setzen, „die sich aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Bauern, des Kleinbürgertums, der nationalen Bourgeoisie und der patriotischen und demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzt und die ernsthaft eine Politik der Unabhängigkeit und Demokratie durchführt“. Durchführung einer tiefgreifenden Landreform durch entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes und Verteilung an die Bauern, Wahrung der nationalen Ressourcen und Aufbau einer nationalen Industrie, Förderung von Handwerk und Handel, Anhebung der Arbeiterlöhne, völlige Gleichberechtigung der Frauen und Förderung ihrer Teilnahme an der Produktion und der Revolution, gleiche Rechte und Autonomie für die Nationalitäten – das sind einige der wichtigsten Punkte im Programm. Ergänzt wurde das Programm jetzt durch die Festlegung, daß die Kommunistische Partei Thailands eintritt „für eine auswärtige Politik der Unabhängigkeit und Souveränität, der Auflösung aller ungerechten und landesverräterischen Verträge, Abmachungen und Pakte, des Kampfs gegen den Imperialismus, besonders das Hegemoniestreben der beiden Supermächte“ (Punkt 4).



Truppen der laotischen Volksbefreiungsarmee Anfang der siebziger Jahre in einem Dorf in Laos. Nach Jahrzehnten des bewaffneten Kampfes wurde Laos 1975 vollständig vom Imperialismus und seinen Marionetten befreit.

Auf Grundlage dieses korrekten Programms war es möglich, insbesondere nach dem Militärputsch die patriotische Einheitsfront bedeutend zu erweitern und weiter zu festigen. Die Grundlage dazu hat der große Aufschwung der Kämpfe auf dem Land und in der Stadt in den JJahren 1973 bis 76 geschaffen.

Nach der Vertreibung der faschistischen Thanom-Clique 1973 durch die Arbeiter und Studenten Bangkoks, die sich zum Aufstand erhoben, haben die Arbeiter überall sich durch Streiks eine Erhöhung ihrer Elendslöhne und minimale Rechte erkämpft. In diesen Kämpfen haben sie Gewerkschaften aufgebaut, die 1976 zu einem machtvollen Dachverband mit einer revolutionären Führung zusammengeschlossen wurden. Ebenso hat die Nationale Studenten-Föderation Thailands unter der Führung patriotischer und revolutionärer Kräfte, die in Verbindung zur Thai-Patriotischen Front standen, den Kampf um den Abzug der amerikanischen Imperialisten energisch weitergeführt. Der tatsächliche Abzug der US-Truppen 1975 war ein großer Sieg des thailändischen Volkes.

Die vielleicht bedeutendste Entwicklung dieser Jahre war jedoch die sprunghafte Ausbreitung der Bauernligen über das ganze Land, die binnen kurzem Millionen Mitglieder zählten und sich ebenfalls zusammenschlossen zum „Bauernverband von Thailand“. 1975 ermordeten Killertrupps der Grundherren allein von April bis Juli 21 Führer der Bauern in den Provinzen. Die Regierung verhaftete andere Bauernführer, mußte sie jedoch unter dem Druck großer Demonstrationen von Bauern, Arbeitern und Studenten in Bangkok und an anderen Orten wieder freilassen. Der Generalsekretär des Bauernverbandes von Thailand,



Dorfbewohner im Nordwesten Thailands beobachten feindselig königliche Truppen beim Planieren von Straßen, auf denen der Nachschub für die Ausrottungsfeldzüge gegen die befreiten Gebiete herangeführt werden soll.

Intha Sriwongvorn, rief am 20. Juli in der Zeitung seiner Organisation, dem „Thai Farmer“, die Mitglieder auf, sich nicht einschüchtern zu lassen von der Eskalation der Gewalt „durch blutsaugende Grundherren und ihre Gefolgsleute“.

„Unser Kampf kann nicht gewaltlos sein . . . Die Bauern lieben den Frieden, . . . aber Ereignisse wie diese, mit denen sie unterdrückt werden, können nicht hingenommen werden. Darum muß die Losung der unterdrückten Bauern sein: Blut kann nur mit Blut abgewaschen werden. Was der Feind tut, muß der Bauer auch tun. Wenn der Feind Gewehre benutzt, muß der Bauer auch Gewehre benutzen.“ (Bangkok Post, 17.8.75)

Elf Tage später wurde auch Intha ermordet. Die Bangkok Post schrieb voller Schrecken:

„Der Kampf der Bauern für Gerechtigkeit ist damit in eine neues und gefährliches Stadium getreten, mit tiefen Auswirkungen auf die Zukunft Thailands. (. . .) Der Boden ist jetzt bereitet für eine gewaltsame und bittere Konfrontation zwischen der privilegierten Elite und den Bauern, und das könnte der Keim eines Bürgerkriegs sein.“

Eben das ist eingetreten. Die Agrar-
Eben das ist eingetreten. Die Agrar-
revolution hat einen stürmischen Aufschwung genommen. Anfang 1977 sind 33 von insgesamt 72 Provinzen unter Kriegsrecht gestellt. In den befreiten Gebieten vor allem im Norden und Süden sind die Grundbesitzer bereits vertrieben und die Bauern bearbeiten, in Genossenschaften zusammengeschlossen, den Boden, der ihnen gehört. Sie werden ihn niemals mehr hergeben.

Der Putsch und die blutrünstige Unterdrückung der Studenten hat schließlich auch dazu geführt, daß seit dem Oktober 1976 große Teile des städtischen Kleinbürgertums, woraus die demokratischen Studenten zum größten Teil kommen, auf die Seite der Revolution übergegangen sind. Das Regime selbst schätzt, daß wenigstens 20 000 Studenten, Lehrer, Professoren, Künstler, Journalisten und andere Angehörige der Intelligenz und der Kleinbourgeoisie in die befreiten Gebiete gegangen sind und sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen haben. Die Sozialistische Partei, die gerade in diesen Teilen des Volkes, aber auch auf Teile der Arbeiterklasse, Einfluß besitzt und zu den größten Parteien des Landes gehört, hat sich durch Beschluß ihrer Führung ebenfalls der Patriotischen Front angeschlossen. Ihr Vorsitzender hat über die „Stimme des thailändischen Volkes“ aufgerufen, gegen die faschistische Militärclique den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Der Dachverband der Gewerkschaften, der Bauernverband, der nationale Studentenverband, die Sozialistische Partei und eine Reihe von kleineren Parteien und Organisationen sind heute alle Mitglieder der von der Kommunistischen Partei Thailands geführten „Thai-Patriotischen Front“. Das sind glänzende Bedingungen, um den Sieg zu erringen.

Die US-Imperialisten sind fieberhaft bemüht, die faschistische Militärclique und den Marionettenkönig (der selbst zu den größten Grundbesitzern gehört), aufzurüsten. 1966/67 sind mehr Waffen ins Land gepumpt worden als in zehn Jahren vorher. Die allgemeine Wehrpflicht ist angeordnet worden. Durch die Provozierung fortlaufender Grenzzwischenfälle mit Kampuchea und Laos und eine Greuelpropaganda, worin die von der thailändischen Luftwaffe bombardierten Dörfer im Grenzgebiet (das eines der Hauptaufstandsgebiete ist) als „Überfälle der Roten Khmer“ usw. ausgegeben werden, soll ein künstlicher Chau-
fälle der Roten Khmer“ usw. ausgegeben werden, soll ein künstlicher Chau-
vinismus angeheizt werden und sollen Vorwände für eine erneute Intervention der US-Imperialisten geschaffen werden.

Die bereiten sich darauf vor. Vom 9. bis 12. Januar bereiste der Oberkommandierende der US-Pazifikflotte, Admiral Weisner, Thailand mit nicht näher angegebenem Ziel. Bekannt ist, daß er den Bau eines neuen Marinestützpunktes in Pangana besichtigte, der kaum den Bedürfnissen der kleinen thailändischen Marine entspricht, es (mit dem Stützpunkt Diego Garcia zusammen) allerdings den US-Imperialisten erlauben würde, nicht nur die Straße von Malakka, sondern den ganzen Raum zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean zu kontrollieren. Weisner inspizierte auch die stillgelegten US-Flugplätze im Nordosten, von denen aus die Bomberflotten nach Laos, Kambodscha und Vietnam gestartet waren. Wie bekannt wurde, lagern dort sorgsam eingemottete große Mengen an Waffen und Ausrüstungen, von thailändischen Truppen bewacht. Praktisch können die Flugplätze von einem Tag auf den anderen wieder eröffnet werden. Es ist sicher, daß die US-Imperialisten das vorhaben.

Ob ihnen das gelingt, ist allerdings fraglich. Nicht weit entfernt beginnen die befreiten Gebiete. – (Z-Red)

Kob,
bist du das,
aufgehängt am Tamarindenbaum
blutig –
warum haben sie deine Hände abgehackt?
Du sagtest, du würdest auf jede Weise kämpfen
Kob, ich glaube, du hattest recht.

Erinnerst du dich,
an den Morgen, wir gingen auf dem lehmigen Pfad
zu dem Dorf.
Die Sonne war heiß, der Weg lang,
ich versuchte mit dir Schritt zu halten, aber meine
Beine waren müde,
immer rutschte ich aus.
Du hieltest inne, um auf mich zu warten,
und um die Zeit, die wir gingen, zu verkürzen,
erzähltest du mir die lustige Geschichte von
dem Mädchen, das im Regen zur Schule mußte,
aber bei jedem Schritt vorwärts, den sie machte,
glitt sie zwei Schritt zurück,
weil die Straße glitschig war.
Also drehte sie sich um und lief rückwärts,
und so war sie in Nullkommanichts bei der Schule.
Wir lachten, und dann war das Dorf in Sicht,
meine Beine kamen mir wieder kräftig vor.
Du sagtest, du würdest auf jede Weise kämpfen,
Kob,
ich glaube, du hattest recht.

Heute, Kob,
als ich dich sah,
aufgehängt am Tamarindenbaum,
deine Hände abgehackt,
dachte ich, ich könnte nicht mehr weitergehen,
niemals mehr.
Aber dann erinnerte ich mich an dein Lachen,
und wie du sagtest, du würdest auf jede Weise
kämpfen,
da war ich wieder stark.
Kob, du hast recht.

Von dem Freund eines der Studenten, der bei dem Massaker in der Thammasat-Universität von den Faschisten gehängt, verstümmelt und später mit Benzin übergossen und verbrannt wurde.

Erklärung zur Absetzung der a.o. Mitgliederversammlung der VDS vom 28.5.77 durch Putsch im Zentralrat der VDS

Wir, unterzeichnende Mitglieder in Vertretungskörperschaften der Studenten und gewählte Vertreter zur a.o. VDS-MV erklären:

1. Nachdem am Freitag die Landesregierung in Göttingen durch Polizeibesetzung und Durchsuchung des AStA die politischen Betätigungsrechte der Studenten angegriffen hatte, 17 Wohnungen, eine Druckerei sowie Buchläden und das KBW-Büro durchsuchen ließ, beantragte die VDS-Fraktion von Sozialistischen Basisgruppen, Sozialistischem Büro und KB (Nord) im Zentralrat der VDS die Verlegung der MV nach Göttingen. Begründet wurde das mit „psychologischen Solidarisierungseffekten". In Göttingen hatten diese Kräfte, die dort den AStA stellen, bereits am Nachmittag den Widerstand gegen diese Polizeimaßnahmen gespalten und die Vertreibung der Polizei aus dem AStA durch Belagerung des AStA verhindert. Zuvor bereits waren sie der Aufforderung der Reaktion, von dem von ihnen im AStA-info veröffentlichten Buback-Nachruf abzurücken, nachgekommen. Mit dem Antrag auf Verlegung der MV nach Göttingen aufgrund der Polizeimaßnahme sollte die weitere Blamage im Widerstand dagegen unterstützt werden und die Aufgaben der westdeutschen und Westberliner Studentenschaften im Kampf gegen die Reaktion auf „Solidarität gegen Repression" heruntergebracht werden. Deswegen haben wir uns gegen diesen Vorschlag gewandt. Die DKP-Studenten behaupteten, daß die Göttinger Studenten selber schuld an diesem Angriff auf die politischen Vertretungsrechte der Studenten seien und jetzt die Folgen zu tragen hätten. Der Juso-Bundesgeschäftsführer Hartung schließlich stellte den Antrag, die a.o. MV durch den Vorstand für abgesetzt erklären zu lassen, weil eine „weitergehende Einigung als auf der letzten Mitgliederversammlung" nicht zu erreichen sei, sich die Vorstandsfraktionen „in der Diskussion über bundesweiten Streik weitgehend einig seien". Als Ergebnis der Diskussion solle „eine Woche gestreikt werden", die „Hochschulen könnten ja dann entscheiden, ob sie weiterstreiken wollten". (7 Ja, 6 Nein, 6 Enthaltungen)

Somit wurde vom Zentralrat ohne satzungsmäßige Befugnis die Absetzung der MV beschlossen, damit den Angriffen der Reaktion und dem Vorstand der VDS freie Hand gelassen.



In vor Studenten sicherer Abgeschiedenheit wird die a.o. VDS-MV „locker" eröffnet. Derweil tagt die Basisgruppenfraktion auf der Wiese für sich. Die Absetzung der MV ist von den Opportunisten, verschreckt durch den Medizinerstreik, von vornherein geplant.

2. Wir halten fest: In den vergangenen Semestern und in der ersten Hälfte des jetzigen Sommersemesters hat die Studentenbewegung an den Hochschulen in der BRD und in Westberlin große Anstrengungen unternommen und große Kämpfe geführt, um folgendes zu erreichen: eine angemessene Bezahlung der Arbeitskraft, die der bürgerliche Staat zwecks Ausbildung an den Hochschulen beansprucht; die Anerkennung der Fachschaften und Studentenausschüsse als ausschließlich dem Willen der Studenten unterworfene Vertretungen ihrer Interessen; schließlich die Anerkennung des Streikrechts und die Aufhebung des Ordnungsrechts. Obwohl jeder einzelne dieser großen Kämpfe die Kraft des Zusammenschlusses tausender Studenten für gemeinsame Interessen demonstriert hat, und obwohl alle diese Kämpfe zusammengenommen eine große Anstrengung zur Durchsetzung dieser Interessen gegen den Staatsapparat und die Hochschulbeamten darstellen, steht ihr Ergebnis dennoch in gar keinem Verhältnis dazu. Der Grund dafür besteht darin, daß es nicht gelungen ist, die Zersplitterung des Kampfes zu überwinden und politische Spaltung nicht verhindert werden konnte.

3. Die Reaktionäre rechnen fest, daß sie durch die einmal erfolgte Spaltung des Kampfes der Studenten unbezwingbar geworden sind. Sie machen jetzt Vorbereitungen, um dem Kampf für die Durchsetzung der Interessen der Studenten jeden Raum zu nehmen und die Unterdrückung und Abhängigkeit der Studenten einen entscheidenden Schritt weiter zu treiben. Angestrebt wird, das BAFöG vollständig auf Darlehen umzustellen und Gebühren zu erheben; Streiks mit Hilfe des Ordnungsrechts vollständig zu unterdrücken; die Verfaßte Studentenschaft noch weiter als bisher einzuschränken durch die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft und schließlich Hochschuleingangsprüfungen einzuführen. Die Verhinderung dieser a.o. MV der VDS durch Putsch im Zentralrat seitens der politischen Gruppierungen, die den Vorstand tragen, ist die Bankrotterklärung einer Politik der VDS, die sich hartnäckig weigert, den Zusammenschluß und Angriff der Studenten gegen ihre Abhängigkeit und Unterdrückung durch die Professoren und Kultusbeamten bedingungslos zu unterstützen, sondern dagegen danach trachtete, die Studenten auf einen Weg der Einigung und Versöhnung mit diesen Vertretern des Staatsapparates zu führen, den es nicht gibt.

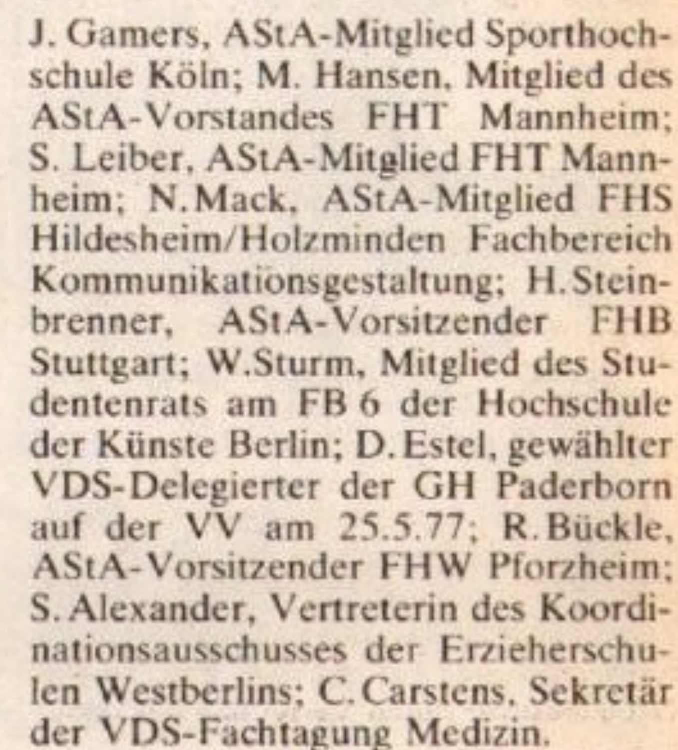
4. Wer glaubt, die Durchsetzung der Reaktion an der Hochschule bestünde darin, ein paar knöcherne Gesetzestexte für wirksam zu erklären, um ihnen dann Respekt und Geltung zu verschaffen, der irrt. Die Durchsetzung der Ziele der Reaktion an der Hochschule besteht in der Unterdrückung der Interessen der Studenten. Ob dies gelingt oder nicht, entscheidet über den Fortbestand oder die Erweiterung dieser oder jener gesetzlichen Fassung der Geschäftsordnung zur Unterdrückung der Studenten an der Hochschule mittels Rahmengesetzen, Studienordnungen ebenso wie mittels Professorenreaktion, für die diese Gesetze ja nur den Rahmen bilden. Gegen diese Art der Geschäftsordnung wird der Kampf seit Semestern geführt. Durchsetzen können die Studenten ihre Interessen nach einer Bezahlung ihrer Arbeitskraft in Ausbildung und nach Regelung der Bedingungen dieser Ausbildung nur, wenn sie die Geschäftsordnung radikal umwälzen, wenn sie anstatt Leibeigene der Hochschule und Hochschullehrer zu sein ihre Kampfrechte, Koalitionsrecht und Streikrecht, durchsetzen.

Dagegen wehren sich die Reaktionäre, und dagegen wehren sich die VDS-Vorstandsfraktionen.

Der Kampf ist nicht entschieden.

Gleichwohl sieht sich die Reaktion durch die bisherigen Kämpfe gestärkt, wie sie sich auch gezwungen sieht, aufgrund der Stärke, die die Studentenbewegung in diesen Kämpfen schon demonstriert hat, die Marken der Unterdrückung der Interessen der Studenten fortwährend weiter und schärfer zu fassen und zugleich ihre Beamten und Hilfstruppen in der Studentenschaft zu ermuntern, den „Rahmen des geltenden Rechts voll auszuschöpfen".

5. Aus diesen Gründen halten wir fest an der Notwendigkeit der Durchführung einer a.o. MV der VDS, um die Auseinandersetzung mit der bisherigen Politik der VDS zu führen, die Aufgaben zu klären und die notwendige Einheit als Bedingung der erfolgreichen bundesweiten Streikaktion herzustellen. Alles andere ist Abenteurertum und enthält von vornherein die Kapitulation vor der Reaktion als Ergebnis des Kampfes, den die Studentenmassen unter großen Opfern führen.



Wir treten ein für die Durchführung einer Urabstimmung für Streik zu einheitlichem Zeitpunkt an allen Hochschulen nach Beginn des kommenden Semesters, um die folgenden Forderungen durchzusetzen:

- 100,– DM mehr für alle BAFöG-Bezieher,
- 1 500,– DM Elternfreibetrag rückwirkend zum 1.10.76,
- Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts der Studenten,
- Rücknahme aller Maßregelungen und Aufhebung der Ordnungsrechtsmaßnahmen!

J. Gamers, AStA-Mitglied Sporthochschule Köln; M. Hansen, Mitglied des AStA-Vorstandes FHT Mannheim; S. Leiber, AStA-Mitglied FHT Mannheim; N. Mack, AStA-Mitglied FHS Hildesheim/Holzminden Fachbereich Kommunikationsgestaltung; H. Steinbrenner, AStA-Vorsitzender FHB Stuttgart; W. Sturm, Mitglied des Studentenrats am FB 6 der Hochschule der Künste Berlin; D. Estel, gewählter VDS-Delegierter der GH Paderborn auf der VV am 25.5.77; R. Bückle, AStA-Vorsitzender FHW Pforzheim; S. Alexander, Vertreterin des Koordinationsausschusses der Erzieherschulen Westberlins; C. Carstens, Sekretär der VDS-Fachtagung Medizin.

Dortmund, 28.5.1977

Italien: Bankrott des Spontaneismus

Drei Mal in den letzten 20 Jahren hat die italienische imperialistische Bourgeoisie zu Wellen der Reaktion ausgeholt, um die Arbeiterklasse niederzuschlagen und den Weg für imperialistische Expansion zu bahnen. 1960 mit der von den Faschisten unterstützten Regierung Tambroni, die nach wenigen Wochen durch Generalstreik gestürzt wurde. 1969 mit der „Strategie der Spannung", einer Welle faschistischen Terrors. Zu Beginn der siebziger Jahre mit der ersten Regierung Andreotti, die ebenfalls mit Streiks aus dem Amt gejagt wurde.

Mit dem Regierungsprogramm des „historischen Kompromisses", über das die italienischen Revisionisten in diesen Wochen mit der Christdemokratie verhandeln, will die italienische Bourgeoisie alles das noch in den Schatten stellen, was sie *ohne* die Revisionisten nicht geschafft hat. Was die italienische Finanzbourgeoisie selbst vorhat und was ihr die stärkeren Imperialisten vorschreiben, kann man in der „Absichtserklärung" der Regierung Andreotti an den Internationalen Währungsfonds nachlesen: weitere drastische Lohnsenkung, verschärfte Plünderung durch Steuern und Tarife. Die Revisionisten werfen den Christdemokraten mangelnden Einfallsreichtum bei der Durchsetzung dieser Absichten vor. Ein Teil der DC würde sich auf „einseitige Positionen" versteifen, „als ob die Frage der Arbeitskosten nicht weiter wäre als die der gleitenden Lohnskala". (Unità, 22.5.) Das Getöse um die „gleitende Lohnskala", die den italienischen Arbeitern als höchste Errungenschaft gepriesen wird, entpuppt sich als Ablenkungs- und Spaltungsmanöver, um „ansonsten" der Phantasie beim Lohnraub keinerlei Schranken zu setzen.

Während die Regierung der Polizei in Formation wie in Gestalt „ziviler" Provokateure Schießbefehl auf Demonstranten gibt, brüllt der Revisionismus nach „Ausräucherung der Höhlen", womit *nicht* das Innenministerium gemeint ist. Während im Polizeiapparat die Zersetzung voranschreitet und der Kampf für Koalitionsfreiheit der Polizisten geführt wird, tritt die PCI gegen das Streikrecht für Polizisten auf. Die Polizisten sollen lieber „verstehen, daß der Kampf nicht zwischen ihnen und den Terroristen geführt wird, sondern zwischen dem demokratischen Staat und denjenigen, die seinen Zusammenbruch herbeiführen wollen." (Unità, 16.5.) *Das* wollen die Revisionisten beileibe nicht.

Aber große Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die die Revisionisten mit klassenversöhnlerischer Ideologie eingeschnürt als ihren Anteil in den „historischen Kompromiß" einzubringen versprechen, *wollen*. Der Verlauf des Kongresses der Metallarbeitergewerkschaft FIOM, wo zahlreiche Delegierte Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft für die demokratischen Rechte forderten, zeigt das ebenso wie die andauernden Aktionen der Jugendlichen und Studenten und die Streikkämpfe in den großen Fabriken Norditaliens.

„Linksregierung": opportunistisches Projekt der Versöhnung mit dem Revisionismus

Um in der umfassenden Krise des Imperialismus den revolutionären Sturz der alten Gesellschaft vorzubereiten, braucht die revolutionäre Massenbewegung eine marxistisch-leninistische Partei, die ihre Kämpfe führen und zusammenfassen kann zum bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisherrschaft.

Diese Partei gibt es in Italien nicht. Die Kräfte, die sich ihren Aufbau zum Ziel gesetzt haben, sind schwach und zersplittert. Opportunisten und Spontaneisten, die sich als „revolutionäre Linke" ausgeben, taumeln seit fast einem Jahr in Agonie. Die opportunistischen Organisationen PdUP (Partei der proletarischen Einheit) und „Avanguardia Operaia" haben sich über Kreuz gespalten. Der eine Teil, geschart um die Zeitung „Manifesto", hat den Rückmarsch Richtung PCI angetreten, was ihm 20 ZK seine Führer kamen. Der Rest will sich mit der Mehrheit von „Avantguardia Operia" und einer kleineren Organisation (Lega dei Comunisti) zu einer „revolutionären Partei" zusammentun. Bis zur Spaltung waren auch die „Manifesto"-Leute mit von der Partie. Die dereinst von jedem westdeutschen „Sponti" angebetete „Lotta Continua" hat es auf ihrem letzten Kongreß im November, direkt nach der ersten Welle von Streiks gegen die Regierung Andreotti, geschafft, geschlagene fünf Tage mit „Frauenversammlung" und ähnlichem zuzubringen, ohne auf die brennenden Fragen des Klassenkampfes *irgendeine* Antwort zu geben.

Die jetzige Krise dieser Organisationen ist der Kater nach dem opportunistischen Traum von einer „Linksregierung" unter Führung der Revisionisten. Unter dieser Losung waren diese Organisationen allesamt, vereinigt als „Proletarische Demokratie", zu den Parlamentswahlen des letzten Jahres angetreten. „Macht denen, die arbeiten!" hatten sie gerufen, und das parlamentarische Rezept dafür hatten sie auch parat: „Mit 51 % (der Sitze im Parlament) kann man beginnen. Regierung der Linken!" stand auf den Wahlplakaten. Am liebsten hätten sie gleich auf der Regierungsbank Platz genommen. Jedenfalls waren schon Pläne ausgearbeitet, an denen Togliatti, der Erfinder des revisionistischen „neuen Entwicklungsmodells", seine helle Freude gehabt hätte. Die Verschiebung von Geldkapital ins Ausland verhindert, und schon ist das Defizit in der Zahlungsbilanz behoben. Das Geld in Italien angelegt, und die Arbeitslosigkeit ist beseitigt. Die Steuerhinterziehung bekämpft, und schon ist Geld da, damit der Staat die Landwirtschaft modernisiert. Irgendwann in ferner Zukunft komme dann der „Bruch" und, plumps, ist die italienische Arbeiterklasse an der Macht. Und dies Wunderwerk sollte zustande gebracht werden, einfach indem Revisionisten und Reformisten die Regierung übernehmen.

Leider kam alles anders. Die DC wurde nicht dezimiert, sondern hielt sich mit den faschistischen Stimmen. Nicht mal rechnerisch konnte die „Linksregierung" vom Stapel gelassen werden, weil PCI, PSI und „Democrazia Proletaria" zusammen knapp die parlamentarische Mehrheit verfehlten. Die Liste „Proletarische Demokratie" blieb mit 1,6 % weit hinter den kühnen Hoffnungen der Opportunisten.

Der Katzenjammer war groß. Diesen „Revolutionären" war das ganze Konzept verdorben worden – an den Urnen. Es wäre auch sonst nichts geworden. Unmöglich kann die Arbeiterklasse, ohne die politische Macht zu erobern und den bürgerlichen Staatsapparat zu stürzen, Schritt für Schritt die Übel des Kapitalismus beseitigen. Unmöglich kann die Arbeiterklasse ihre Partei aufbauen und Revolution machen, ohne vollständig mit dem Revisionismus zu brechen.

„Kettenreaktion von Brüchen"

Nachdem aus der Linksregierung nichts geworden ist und der Regierungsantritt der Revisionisten immer näher rückt, wenden sich die Herren Opportunisten jetzt – der „Opposition" zu. „Die nächste Phase wird nicht die der Regierung sein, sondern die der Opposition", hat der PdUP-Führer Miniati kürzlich verkündet. „Lotta Continua" will eine „Arbeiteropposition gegen den historischen Kompromiß" begründen.

Was soll die Arbeiterklasse machen in der Opposition? „Der Kampf für die organisierte politische Einheit der Klasse stellt sich heute als die einzige Alternative zur Niederlage des Proletariats", erfahren wir von Pino Feraris (PdUP). Und wie? „ . . . mit einer Macht der Arbeiterkontrolle, die gerichtet ist auf die gesellschaftliche Kontrolle der Ökonomie." Die reformistischen Projekte des „Kampfes für die Beschäftigung" sollen jetzt statt von den Regierungsbänken in der Opposition verfolgt werden. Die Frage der Staatsmacht wird umschifft wie eh und je, denn „Prozesse" gewaltigen Ausmaßes sind in Sicht. „ . . . Krise des christdemokratischen Regimes bedeutet heute eine teilweise Krise des repräsentativen Staates, die . . . in Verbindung mit Formen der direkten Demokratie und Elementen der Arbeiter- und gesellschaftlichen Kontrolle irreversible Prozesse in Richtung auf weitere und tiefergehende Brüche entfesseln kann."

Da sind sie wieder, die Brüche. Und wohin führen sie? Zur altbekannten – Linksregierung. „Opposition der Alternative, Demokratie der Arbeiterkontrolle und politische Vereinheitlichung des Proletariats, Krise des politischen Regimes und Linksregierung stellen sicher nicht die ‚Diktatur des Proletariats' dar, den endgültigen Bruch . . . ". In der Tat, aber noch ist nicht zuende „gebrochen": „ . . . aber die mögliche Einleitung der Kettenreaktion von Brüchen, in der sich ein Prozeß der ‚permanenten Revolution' entwickeln kann." (Alle Zitate aus: Quotidiano dei Lavoratori, 7.5.77)

Daß solche Leute nicht umsonst „Diktatur des Proletariats" nur in Anführungszeichen schreiben, dafür hat „Lotta Continua", die sich an Wortradikalität noch nie von irgendwem übertreffen ließ und jetzt angesichts der blutigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Massendemonstrationen hysterisch von „Staatsfaschismus" redet, jüngst ein neues Beispiel geliefert. Magnago, der Vorsitzende der reaktionären „Südtiroler Volkspartei", die eng mit dem westdeutschen Imperialismus verbunden ist, hatte angedroht, im Fall eines Regierungseintritts der Revisionisten würde Südtirol Österreich angeschlossen und zur Not würden halt die Schützen dazu mobilisiert. Dafür hat er sich eine Strafanzeige eingehandelt – von dem führenden Lotta-Continua-Funktionär Doktor Boato. Dieser großartige Revolutionär empfiehlt Magnago dem wachsamen Auge der Staatsanwaltschaft wegen „subversiver und antinationaler Propaganda" und Aufruf zum „Attentat gegen die Verfassung" und „bewaffneten Aufstand gegen die Staatsmacht".

Solange die Revolutionäre, die es zweifellos in diesen Organisationen auch gibt, nicht radikal mit allen bürgerlichen und opportunistischen Anschauungen brechen, werden sie keinen Beitrag leisten können zum Aufbau der selbständigen Partei der italienischen Arbeiterklasse. Die Zeit drängt. – (N-Red.)

„Leider Mangelhaft“

Die ideologische Verkrampfung eines Schulmeisters beim Korrigieren eines Deutschaufsatzes

Aufsatzschreiben ist das Herzstück vom Deutschunterricht, der Deutschunterricht das Herzstück der bürgerlichen Schule in unserem Land. Gern werden Aufsätze nicht geschrieben, übrigens auch nicht korrigiert. Das liegt nicht nur daran, daß so ein Aufsatz seine 20 handgeschriebenen Seiten lang sein mag. Welcher Lehrer, der noch nicht völlig abgestumpft und kein ausgemachter Sadist ist, kann ein Vergnügen daran haben, eine Klasse stundenlang über ihren Heften brüten zu sehen. Ich habe einen Aufsatz vor mir liegen. Da steht: „Vorgabe der Lektüre: 7.45 bis 8.15 Uhr. Eigentliche Arbeitszeit: 8.15 bis 13.15 Uhr. Hilfsmittel: Rechtschreibduden, Grundgesetz, unkommentierte Ausgabe.“

Die Kunst, die beim Deutschen Aufsatz gemessen wird, besteht darin, aus dem hohlen Bauch dem Lehrer nach dem Mund zu reden. Wers kann, bekommt eine gute Note. Andernfalls wird die Note eben schlecht. Das ist eine Form der Erziehung. Deshalb spielt der Aufsatz so eine wichtige Rolle im Unterricht, nicht nur in der BRD. Das war im alten China so, noch die Kulturrevolution mußte gegen derartige Aufsatzprüfungen Sturm laufen.

Das Beispiel, das ich vor mir habe, ist kein gewöhnliches. Der Schüler, der den Aufsatz geschrieben hat, ist Kommunist. Wir Kommunisten verhehlen unsere Auffassungen nicht. Man kann aus dem Aufsatz allerhand erkennen über das, was ein Schulmeister denkt, wenn er Aufsätze korrigiert. Man sieht es gerade, weil ein Extrembeispiel, besonders klar.



Das erste, was ein Lehrer denkt, der einen Aufsatz schreiben läßt, ist: Was für ein Thema nehme ich bloß? Was für ein Thema er nimmt, das enthüllt bereits Charakteristisches über seine Gedankenwelt. Unser Lehrer hat das Thema gestellt:

„Verbände in der Demokratie. 1. Vergleichen Sie die Texte von Ernst Fraenkel und Heiner Geißler. 2. Erörtern Sie die Möglichkeiten, Verbände so in das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik einzubauen, daß sie Freiheit und Gleichheit nicht behindern, sondern fördern.“

Soll also über Einbaumöglichkeiten sinniert werden. Wer baut da ein? Was? Wo? Wie? Wird der Schüler je in die Lage kommen, so einen „Einbau“ vorzunehmen? Ist es überhaupt möglich, so einen Einbau zu machen? Je mehr man darüber nachdenkt, desto schwindliger wird einem. Hochgestochener Blödsinn ist das. Solchen Wirrwarr verlangen die Lehrer aber *gewöhnlich* in den Deutschaufsätzen. Über Gott und die Welt müssen sich die Schüler Gedanken machen. „Die Technik - Fluch oder Segen?“ usw. usf.

Was also denkt ein Lehrer, der so ein Thema stellt. Falls er überhaupt etwas dabei denkt, und nicht bloß aus Büchern abschreibt, denkt er, daß es die Ideologen sind, die die Welt bewegen. Und daß es darauf ankommt, „weltbewegende Gedanken“ denken zu lernen und honett niederzuschreiben. Die Schule erzieht zum Idealismus. Mit den *Tatsachen* hat das nur so viel zu tun, als jeder Gedanke daran, wie die Welt *wirklich* umgestaltet wird, zu verhindern ist.

Die Texte, die der Lehrer auswählt, verraten auch was über seine Gedankenwelt. Sie bewegen sich in zwei „Alternativen“ bürgerlichen Denkens. Der kapitalistischen Gesellschaft und dem bürgerlichen Staat gegenüber ist entweder kritisches Bejahen oder bejahende Kritik erlaubt. Verboten ist eine *radikale* Kritik. Wer sich daran nicht hält, wird bestraft. Die Aussage der vorgelegten Texte ist: Demokratie ist gut, Pluralismus ist gut, Verbände gehören zum Pluralismus, Verbände sind gut. Wer das nicht einsieht, ist totalitär. Die Massen sind reaktionär, weil sie das nicht einsehen.

Was kann man zu so etwas schreiben? Der Genosse, der den Aufsatz verfaßt hat, ist zu dem Schluß gekommen: Fraenkel sagt, die Verbände sind gut, um den Klassengegensatz zu kaschieren und den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Geißler sagt, die Verbände bringen es nicht, man muß sich neue Methoden einfallen lassen. Gegen den Sozialismus sind beide. Gleichheit und Freiheit garantiert beiden der Kapitalismus, auf der Grundlage des Privateigentums. Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeutet das Unfreiheit. Dagegen muß man sein.

Im übrigen zu den Verbänden: Sofern es Verbände der Massen sind und im Interesse der Massen, sind sie gegen den Staat und werden vom Staat bekämpft. Da gibt es nichts „einzubauen“. Aufbauen muß man die kommunistische Partei. Das wird auch so kommen, weil sich die sozialen Interessen nicht unterdrücken lassen.

Das ist ganz richtig. So etwas tut einem bürgerlichen Schulmeister weh. Man merkt es seiner Behandlung des Aufsatzes an.

1. Der bürgerliche Schulmeister ist borniert und versteht nichts.

Immer wo der Aufsatz in die Tiefe geht, wo hinter der Erscheinung das Wesen aufgefunden wird, ist für ihn der Pfad der Tugend verlassen. Der Tugendpfad der bürgerlichen Schule ist, das weiß jeder Schüler, und jeder Referendar, der an die Schule kommt, merkt es aufs Neue: Das seichte, oberflächliche Gewäsch.

Der Genosse hat das nicht mitgemacht, sondern das Wesen der Sache herausgearbeitet. Z.B. schreibt er: „Unter ‚heterogenem Charakter‘ einer Gesellschaft versteht Fraenkel eine aus verschiedenen Interessengruppen bestehende Ordnung, ein System, das auf Klassenspaltung beruht.“ - "Doch nicht identisch", kritzelt der Pauker an den Rand. Dem Augenschein nach nicht. *Tatsache* ist aber, daß Fraenkel von der *bestehenden* Gesellschaft spricht, und daß diese Gesellschaft auf Klassenspaltung *beruht.* Der Schüler beweist das: „Die Existenz des ‚Antagonismus von Kapital und Arbeit‘ in der heutigen Gesellschaft die Fraenkel als ‚heterogen‘ bezeichnet, leugnet er auch nicht.“ Das ist eine korrekte Folgerung, für den Lehrer indes handelt es sich um „Verdrehungen“. Weiter: Fraenkel hat argumentiert: „Der Pluralismus erblickt in diesem Antagonismus (zwischen Kapital und Arbeit) ... eine besondere markante Erscheinungsform einer ... Kette von Interessengegensätzen, die nur dann nicht zur Desintegration von Staat und Gesellschaft zu führen geeignet sind, wenn es den Verbänden nicht verwehrt ist, sie offen auszutragen und dem Staat die Möglichkeit gewährt ist, bei ihrer ... Schlichtung mitzuwirken.“ Aus diesen gewundenen Gedankengängen zieht der Schüler den einfachen, aber zutreffenden Schluß: „Eine Gesellschaft, die auf dem Privateigentum von Produktionsmitteln einer verschwindend kleinen Minderheit und der Besitzlosigkeit der ungeheuren Mehrheit beruht, ist für ihn also von großer Bedeutung für Recht und Freiheit.“ Und weiter, daß in den Verbänden die „organisatorischen Strukturen geschaffen sind, um die Arbeiterklasse und das Volk mit dem Klassenversöhnlertum ideologisch und organisatorisch zu fesseln.“ Natürlich der Lehrer darauf: „Wieder die typische Verdrehung, als ob Fraenkel das so sage.“

Hiervon gibt es noch viele Beispiele. Der Deutschlehrer macht das zu einem Hauptanklagepunkt. In seiner Beurteilung schreibt er: Was zunächst als Wiedergabe des Textes ... gedacht zu sein scheint, geht schnell über in eine Kommentierung und punktuelle Auseinandersetzung mit dem Text. Dabei wird der Gedankengang und die Argumentationsstruktur des Textes nur teilweise sichtbar, wichtige Aussagen werden ausgespart, andere verzerrt und umgedeutet. ... Immer sehen Sie in den Textaussagen vor allem Aufhänger für die Darstellung Ihrer Weltanschauung.“ Einseitigkeit und Oberflächlichkeit wirft er vor, was er will ist: Nachplappern der Texte, oberflächliches Herumdeuteln.

2. Der bürgerliche Schulmeister ist Apologet. Er beschönigt die Wirklichkeit.

Wird sie beschrieben, wie sie ist, setzt es was. Besonders zum Kreischen hat ihn die Stelle gebracht: „Ferner legt das Grundgesetz fest, daß der gesamte Verwaltungsapparat und Machtapparat des bürgerlichen Staates jeglichen Einfluß des Volkes nach dem Motto ‚Gewaltenteilung‘ entzogen ist.“ - „Völlig unzutreffend“, hat er an den Rand geschrieben, „a)weder im GG, b) noch in der Realität!“. Vergleichbar ist auch die Behauptung des Lehrers, daß „Bürgerinitiativen doch nicht von den Volksmassen“ aufgebaut würden. Die bürgerliche Aufsatzerziehung läuft darauf hinaus, aus weiß schwarz zu machen. Sage die Wahrheit, und eine schlechte Note ist dir gewiß.

3. Der bürgerliche Schulmeister ist empfindlich.

Bei jedem Hieb, der seinen Herrn, die Bourgeoisie, trifft, jault er wie ein getretener Hund. Das ist noch so schlimm, daß harmlose Mittel der Polemik wie „der Herr Geißler“ oder „die Fraenkel und Geißler“ ein „St.“ am Rand nach sich ziehen, für Stil. Schreibt ein Schüler über „sozialdemokratische Verräter“, kommentiert der Lehrer: „Polemik ersetzt keine Argumentation“.

Der Himmel verhüte, daß der Bourgeoisie gegenüber Haß geäußert wird in den Mauern der bürgerlichen Schule.

4. Der bürgerliche Schulmeister fürchtet sich.

Die Fesseln des Reformismus, stellt der Schüler in seinem Aufsatz fest, wird die Arbeiterbewegung von sich streifen. Das ist sicher, denn ihre sozialen Interessen lassen sich nicht unterdrücken.“ - „D“ schreibt der Lehrer an den Rand, für: Denkfehler, und „Prophetie“. Und wann immer die Absichten der Bourgeoispolitiker enthüllt werden, ist er mit diesem „D“ zur Hand oder mit „Textaussage gar nicht verstanden“. – Zum Geißler-Text steht im Aufsatz: „Geht es etwa den kinderreichen Familien eines Herrn Abs, Schleyer, von Amerongen usw schlecht? Wird es der Witwe oder Ex-Frau irgendeines Bourgeois oder deren Kindern schlecht gehen?“ – „Trifft die Aussage des Autors in keiner Weise!“

Nein, Herr Lehrer, Sie irren. *Nur zu gut* trifft das die Aussage. Deshalb schreiben Sie ja „Denkfehler“, das Denken soll verbogen werden, und wo es sich nicht verbiegen läßt, verbo- „Denkfehler“, das Denken soll verbogen werden, und wo es sich nicht verbiegen läßt, verboten.

So ist es mit all den Anklagepunkten des Lehrers gegen den Schüler. Falsch nennt er, im Aufsatz zu schreiben, wie es wirklich ist. Eigentlich eine hilflose Position. In die Ecke gedrängt, werden die Reaktionäre allerdings bösartig. Und wenigstens das noch macht unser Beispiel eines ausgemachten Reaktionärs ausgiebig. Er will sich lustig machen. Den Marxismus-Leninismus will er ins Lächerliche ziehen, ironisch sein. Dem Schüler seine Weltanschauung vorhaltend schreibt er in seiner Schlußbemerkung: „Die Art Ihrer Auseinandersetzung mit den Texten läßt sich keineswegs mit dem Inhalt ihrer Weltanschauung begründen; damit täte man ihr großes Unrecht an, wenn man davon ausgeht, daß diese Weltanschauung am Prinzip der Wissenschaftlichkeit festhält.“ Das von einem, der bei jeder Behandlung des Wesens schreibt: „Gehört nicht zum Text.“ Was er wohl zu dem Satz von Marx sagen würde: „Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen.“ Aber er wills nun mal flach, wie es einem Flachkopf gebührt.

Er spricht von „ideologischer Fixierung und Verkrampfung“, er billigt „mildernde Umstände“ zu, er gibt sich gönnerhaft, um dem Schüler das Gefühl der Ohnmacht zu geben. Er bedauert, daß „die wohl (!) vorhandenen kritischen Frageansätze verloren gehen!“ Ansätze darf es geben, Fragen schon nimmer, aber gar eine Antwort, das ist zu viel. Zumal, wenn die Antwort Parteiaufbau heißt. Die Ansätze – immerhin – erlauben es, „die 2. Aufgabe – mit viel Wohlwollen – als *bedingt gelöst* zu betrachten.“ Auch eine Art, Unverschämtheiten zu servieren.

„... gehen Sie von vornherein zu einer Auseinandersetzung über, die durch Einseitigkeit, Polemik, Bekennertum und am Ende durch Prophetie gekennzeichnet ist.“ Diese Dürftigkeiten krönen die Auseinandersetzungen mit der politischen Linie, die der Aufsatz verfolgt. Was dem Pauker bleibt, ist das Formale. Die *Aufgabe* sei nicht bewältigt, weder der Textvergleich, noch die Erörterung.

Verglichen hat der Schüler die Texte, indem er sie auf den Kern brachte. Er hat nicht viel hin- und herinterpretiert zwischen dem einen und dem anderen. Stattdessen hat er den Zusammenhang entwickelt. Zusammenhänge zu erkennen ist die bürgerliche Klasse nicht in der Lage. Die bürgerliche Schule soll verhindern, daß sie erkannt werden, etwa der Zusammenhang zwischen Produktionsweise, Eigentumsverhältnissen und Ausbeutung, oder der Zusammenhang zwischen der Freiheit und Gleichheit auf dem Markt, wo formal betrachtet die Arbeiter den Kapitalisten ebenbürtig gegenüberstehen, und der durch die Produktionsverhältnisse erzeugten Unfreiheit, in die der Arbeiter hineingeboren ist, schließt er sich nicht mit seinen Klassengenossen im Kampf für den Sozialismus zusammen. Diese Zusammenhänge sind zu gefährlich, als daß sie im Deutschen Aufsatz entfaltet werden dürften. Der
im Kampf für den Sozialismus zusammen. Diese Zusammenhänge sind zu gefährlich, als daß sie im Deutschen Aufsatz entfaltet werden dürften. Der
Schüler hat vom Kapitalismus geredet statt von der parlamentarischen Demokratie. Er hat „das Thema verändert“. Er hat eine Fünf bekommen.

Dieser Lehrer kommt sich wie ein Denker vor. Wagt es der *Schüler* zu denken, streicht man ihm einen Denkfehler an. Der Ideologe ist ein Ideologe des Stumpfsinns. Man muß sich bloß mal ansehen, was dieser Holzkopf an den Rand geschrieben hat: „Wo im Text? Wo im Text? So nicht zutreffend. So nirgends im Text. Wo? Problem des Textes anscheinend überhaupt nicht erkannt. Text nicht verstanden! Wo das im Text? Fraenkel doch nicht, höchstens Sie! Deutlich machen, daß Sie das sagen! Trifft doch die Aussage des Autors in keiner Weise. Wo war das so im Text? Auf welche Textaussage beziehen sie sich hier? Aufgabenstellung beachten! Wo im Text ...“ und so weiter. Hohle und platte Wiederholungen stets derselben Leier, so erzieht er den Schüler.

Wozu solche Bildung? Die Knechtseligkeit ist kein Ideal an sich. Der bürgerliche Staat drückt die Lehrer nicht um des bloßen Untertanengeistes willen, und verlangt auch nicht von ihnen, aus reinem Sadismus die Schüler mit der Notenpeitsche zu züchtigen. Die bürgerliche Klasse, deren Herrschaft auf der Ausbeutung und Ausplünderung der großen Mehrheit des Volkes beruht, ist darauf angewiesen, daß die Massen sich ihrer Interessen nicht bewußt werden. Das soll die bürgerliche Erziehung bezwecken. Vertuschen soll sie, daß die Arbeiterklasse, Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, in der Lage ist und ein Interesse hat, die Ausbeutergesellschaft beiseitezufegen. Weil diese Erkenntnis den Tatsachen entspringt, ist sie nicht auszulöschen, unterdrücken aber sollen sie die Lehrer. Die Lehrer müssen sich von solchen Knechtsgedanken freimachen. – (Mi-Red)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)